

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Einleger in der Post-Zeitungs-Vertheilung für 1896 unter Nr. 7277.

Insertions-Gebühr beträgt für die kleinste Zeile 20 Pf. für die erste Woche 1,00 Mark, für die zweite Woche 0,80 Mark, für die dritte Woche 0,60 Mark, für die vierte Woche 0,40 Mark. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 22. Januar 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Sozialdemokratie und das bürgerliche Gesetzbuch.

Der dem konstituierenden Reichstage des Norddeutschen Bundes am 4. März 1867 unterbreitete Verfassungsentwurf überwies der Gesetzgebungskompetenz des Bundes die Zivilprozessordnung, das Konkursverfahren, das Wechsel- und Handelsrecht. Im Parlament wurden Erweiterungsvorschläge gestellt (der weitgehendste einer Kompetenz zur gemeinsamen Gesetzgebung über das bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren von Miquel), jedoch abgelehnt, und beschlossen: „Der Beaufsichtigung seitens des Bundes und der Gesetzgebung desselben unterliegen... die gemeinsame Gesetzgebung über das Obligationenrecht, Strafrecht, Handels- und Wechselrecht und das gerichtliche Verfahren.“ Dementsprechend wurde Art. 4 Nr. 13 der Norddeutschen Bundesverfassung Gesetz und ging, obgleich der Reichstag im Jahre 1869 auf die vordem abgelehnte Erweiterung zurückkam (angenommener Antrag Miquel-Lasker), unverändert in die Reichsverfassung über. Die Jahre 1871, 1872 und 1873 brachten den Antrag des Jahres 1869 unter dem Namen Lasker's von neuem, der Reichstag genehmigte denselben gegen den Widerspruch einer Minderheit, und am 2. April 1873 erklärte der Präsident des Reichskanzleramts, Staatsminister Delbrück, es sei im Bundesrathe begründete Aussicht auf die Annahme des Antrages vorhanden, und ferner: „Die verbündeten Regierungen beabsichtigen in diesem Falle, gleichzeitig mit der Verkündung der Verfassungsänderung eine Kommission zu berufen zur Ausarbeitung des Entwurfes eines Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, indem sie davon ausgehen, daß die Einheit des bürgerlichen Rechtes in Deutschland der wesentlichste Zweck und das wesentlichste Ziel des vorliegenden Antrages ist.“ Dieser Erklärung wurde im Reichstag nicht widersprochen und demgemäß im Bundesrathe 1874 zuerst eine Vorcommission von 5 Juristen bestellt, um Vorschläge über Plan und Methode, wonach bei Ausarbeitung des Entwurfes zu verfahren sei, zu machen. Diese Vorschläge genehmigte der Bundesrathe und berief noch im selben Jahre eine Kommission von 11 Juristen, hiervon 6 Richter in höherer Stellung, 3 Ministerialräthe und 2 Professoren. Diese Kommission arbeitete 13 Jahre und 4 Monate und überreichte am 27. Dezember 1887 den fertig gestellten Entwurf dem Reichskanzler. Die sehr umfangreichen Motive und Beratungsprotokolle wurden nicht veröffentlicht. Was dem Entwurf unter der Bezeichnung „Motive“ beigegeben war, ist ein von den Hilfsarbeitern der Kommission, zum Theil unter Anleitung der Redaktoren, angefertigter Auszug aus den vollständigen Motiven, der jedoch der Prüfung der Gesamtkommission nicht unterlegen hat.

Dasjenige, was während dieser 13 Jahre von dem Gang der Arbeit in die Öffentlichkeit drang, war so gering, daß gelegentlich in einer juristischen Zeitschrift, von der bereits prähistorisch werden der Zivilgesetzkommision in Berlin“ gespottet werden konnte. Im Reichstage erhob sich dann und wann ein Abgeordneter beim Etat des Reichs-

Justizamtes, worauf ein Regierungsvertreter prompt erklärte, die Arbeit ginge ausgezeichnet vorwärts — und damit war es gut.

Im Jahre 1888 erschien das Werk der Kommission (Entwurf und Motive) in 6 Bänden von zusammen 4660 Druckseiten im Buchhandel. Die im Reichs-Justizamt angearbeitete Einleitung des Entwurfes schloß mit den Worten: „Es kann nur willkommen sein, wenn nicht bloß die Vertreter der Rechtswissenschaft und die zur Rechtspflege Berufenen, sondern auch die Vertreter wirtschaftlicher Interessen von demselben Kenntniß nehmen und mit ihren Urtheilen und Vorschlägen zur Verwerthung für die weitere Beschlussfassung über den Entwurf hervortreten. Solche Kundgebungen können bei dem Reichskanzler (Reichs-Justizamt) eingereicht werden.“ Diese Aufforderung entfiel eine Fluth von Kritiken und Vorschlägen, deren Ergebnis ein so ungünstiges war, daß der Bundesrathe die nach dem ursprünglichen Arbeitsplane von derselben Kommission vorzunehmende zweite Lesung ihr nicht zu überlassen für angemessen hielt. Vielmehr berief er eine neue verstärkte Kommission, in welcher den ständigen juristischen Mitgliedern — zum Theil Mitgliedern der ersten Kommission — 12 unständige, hiervon 7 nicht juristische Mitglieder zur Seite traten, die „unbeschadet ihres Rechtes, an sämtlichen Sitzungen theilzunehmen, zum Erscheinen nur insoweit verpflichtet sein sollten, als der Vorsitzende der Kommission das in betracht der zur Verathung gelangenden Rechtsmaterie für erforderlich hielt.“

Der seither durch seine Ausstufung aus dem Richterstande bekannt gewordene württembergische Landrichter, jetzige Rechtsanwalt G. Rizer, von jeher ein volksthümlich wirkender Publizist, schrieb über diese Zusammenfassung im Jahre 1892: „Von einem in erheblichem Umfang maßgebenden Einfluß der 12 unständigen Mitglieder auf die künftige Gestaltung des Entwurfes kann wohl keine Rede sein. Wenn dies aber auch anders wäre, so ist doch so viel klar, daß die Stimmen dieser zwölf Mitglieder ganz und gar keinen Ersatz für die Stimme des Volkes bieten können.“ Diese Kommission, die im Gegensatz zur ersten fortlaufend Berichte über ihre Verhandlungen in die Zeitungen gelangen ließ, trat Ende 1890 zusammen und beendete ihre Ueberarbeitung, die zweite Lesung, im Herbst vorigen Jahres. Der Bundesrathe, dem es gelegentlich, wie einst Herr v. Mittnacht im Reichstage ausplauderte, „an Zeit und noch einigem anderen“ gebricht, genehmigte den Entwurf der zweiten Lesung ziemlich unverändert, und die Thronrede vom 8. Dezember kündigte die demnächstige Vorlage mit Worten an, die dem Reichstage unmissverständlich das gute Beispiel des Bundesrathes vorrückten. Am 17. Januar d. J. brachte sodann, wie in frischster Erinnerung, der Reichskanzler den Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches“ an den Reichstag, von neuem der Hoffnung Ausdruck gebend, der Reichstag werde sich von gleichem Geiste leiten lassen, damit der Abschluß des umfassenden Gesetzgebungswerkes nicht durch Bedenken und Sonderwünsche verzögert werde.

Wie obige summarische Darstellung ergibt, hat bis jetzt alles in den Händen der Juristen gelegen. Und mit den Regierungen hat sich die Mehrzahl der Juristen für den Entwurf

erklärt. So hat die in Bremen vom 9.—13. Sept. v. J. abgehaltene Wanderversammlung des Deutschen Juristentages mit 330 gegen 4 Stimmen (unter den 4 Dissidenten: der hervorragende Berliner Germanist Gierke) den Wunsch ausgedrückt, „daß Bundesrath und Reichstag das baldige Zustandekommen des deutschen bürgerlichen Gesetzbuches herbeiführen mögen“, was nichts anderes bedeutete, als daß der Juristentag im wesentlichen mit dem Entwurf einverstanden sei und dem Reichstage zumuthe, denselben — mit Ausschluß einiger verbesserungsbedürftiger Einzelheiten — auf den Kredit eines hohen Juristentages hin gleichfalls zu akzeptiren. Auch glaubt sich ein Schwarm von juristischen Broschürenschribern nicht genug tummeln zu können, um das bürgerliche Recht Deutschlands, das „gleichwie ein verzauberter Berg seiner Erlösung harret“, als erste hoffähige Gratulanten zu begrüßen, und kann schon lange nicht mehr die Zeit erwarten, daß der Zauberbaum gelöst werde. Ja sie reden recht gefühlvoll von der Sehnsucht des deutschen Volkes, von Pflichten gegen die deutsche Rechtseinheit, von der berechtigten Erwartung der Nation; die Rechtsentwicklung werde in den Sattel gesetzt, reiten werden sie schon können, und was solch schöne Sachen mehr sind. Daneben bekunden sie ein abgründiges Verständniß für den sozialen Zwiespalt der Zeit. So hält der Berliner Justizrath Berg, einer der Chorusgratulanten, den Gegenjah von Schuldner und Gläubiger für einen sozial ausgleichenden Klassengegensatz, und Herr Professor Sohn zu Leipzig, selbst gewesenes Mitglied der verstärkten Kommission, erklärt das Urtheil des Juristenstandes Deutschlands für das Gesamtbewußtsein des Volkes. Derselbe Herr versichert uns ohne unziemliche Scheu vor Selbstlob, daß der Entwurf würdig sei, Gesetz und Grundlage der kommenden deutschen Rechtsentwicklung zu werden, und beruhigt hartnäckige Zweifler mit dem lapidaren Satz: „Die Pflicht giebt uns das Amt, und das Amt muß uns den Verstand geben.“

Prüfen wir demgegenüber die Stellung des Juristen zum Recht, des Juristenstandes zum vorliegenden Gesetzgebungswerk.

Als bald nach Zertrümmerung der französischen Fremdherrschaft durch die Freiheitskriege erhob sich, unterstützt von Thibaut, einem angesehenen Rechtslehrer, in Deutschland der Ruf nach einem bürgerlichen Gesetzbuch, um die politisch so wichtige Einheit, zugleich aber auch die Rechtspflege und die Rechtswissenschaft zu fördern. Dem Thibaut'schen Vorschlage trat Friedrich Carl v. Savigny in einer noch heute klaffenden Schrift: „Von dem Verufe unserer Zeit für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft“ erfolgreich entgegen. Savigny ging davon aus, daß das Recht entstehe aus dem gemeinsamen Bewußtsein des Volkes, der gemeinsamen Ueberzeugung von seiner inneren Nothwendigkeit und sich dadurch in unlässbarem Zusammenhang mit der Gesamtentwicklung des Volkes befinde; bei steigender Kultur bildet sich nach dem Gesetze der Arbeitstheilung der Juristenstand, das Recht nimmt eine wissenschaftliche Richtung an und führt von jetzt an ein doppeltes Leben, einmal als Theil des ganzen Volkslebens (politisches Element des Rechts), dann als besondere Wissenschaft in den Händen der Juristen

die nicht umsonst für die Pflicht gestorben sein. Ehret sie durch Nachfolge!

An Gelegenheit dazu läßt es uns die wieder einmal mächtig ihr Gorgonenhaupt erhebende Reaktion ja auch heute nicht fehlen!

Aber unsere Todten sind nicht todt! Ihre Werke sind nicht mit ihnen zu Grabe gegangen: sie wirken und werden!

Zum Jahreswechsel schickte dem Schreiber dieses ein guter alter Freund, ein schlichter Fabrikarbeiter, folgenden Reimgruß: „Mehr Licht!“ beim Sterben Goethe sprach, „Mehr Recht!“ ru' ich am heutigen Tag. Kämpfend vereint woll'n wir's im neuen Jahr erwerben, Und sollten wir dafür auch sterben.

Ich brauche wohl nicht hinzuzufügen, daß bei diesem einfachen Sohn der Arbeit in einer ganz privaten Zuschrift einem alten, langjährigen Freunde gegenüber nicht ein Hauch von renumismischer Großmannschucht anzunehmen ist. Ich füge noch hinzu, daß der Wohnsitz meines Freundes im Provinziallande der Reaktion, im Königreich Sachsen, liegt, also jenseit von den Reaktionen die Art an die Reichsverfassung, an das allgemeine direkte geheime Wahlrecht gelegt werden soll. So steht es, also beim sächsischen Armeekorps der Sozialdemokratie aus! Die Reaktionen werden, um einmal mit Luther zu reden, bald merken, in wen sie gestochen haben mit ihrem direkten Attentat gegen das sächsische Landtags-Wahlrecht, das indirekt und vorbereitend ein Attentat auf das Reichstags-Wahlrecht ist und bleibt.

Und zum Schluß nochmals: Ehre und Dank den Todten von den Lebenden! M. W.

(Auf dem Kirchhof in der Seestraße, wo die drei Märtyrer ruhen, ist ihnen ein einfacher Denkstein gesetzt mit der Aufschrift: Beweidet den am 23. Januar Verunglückten. Ehre ihrem Andenken! (N. d. „V.“)

Ein Todtenopfer.

Zum 22./23. Januar.

In Nr. 6 des damals in Jülich erscheinenden Blattes „Der Sozialdemokrat“, Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge, vom 4. Februar 1887 liest man:

„Im Dienste der Pflicht verunglückt sind vergangene Woche — in der Nacht vom 22. auf 23. Januar — drei wackere Berliner Genossen. Der Gärtler N. Nauen, der Schlosser Paul Densel und der Former Otto Lachmann“ wollten, von einer Vertrauensmänner-Versammlung zurückkehrend, die Wahllisten möglichst schnell in Sicherheit bringen und versuchten deshalb den Weg über den zugefrorenen Spandauer Schiffahrtskanal. Leider trug sie jedoch das Eis nicht und sie ertranken. Die Berliner Genossen haben diesen neuen Opfern des Schandgesetzes — denn ohne dieses wäre die Heimlichkeit bei den Wahlvorbereitungen nicht nöthig gewesen — am Sonnabend ein würdiges Begräbniß bereitet. Ehre dem Andenken der Gefallenen! Ihr Andenken wurde bald darauf würdig geehrt. Bei der Wahl jenes Jahres am 21. Februar, welche die drei obengenannten Märtyrer unserer guten Sache vorbereiteten und darüber das Leben ließen, ging der Märtyrerverfall frohlich auf.

Unsere Genossen Patschewer und Singer wurden im 4. und 6. Berliner Wahlkreis mit 72 000 von 92 000 Stimmen in die Vertretung des deutschen Volkes entsandt von den Wählern der Stadt Berlin, in welcher die Opfer der Bismarck'schen Politik gelebt und gewirkt hatten. Christensen kam in Stichwahl; die Stimmenzahl in ganz Deutschland war um rund 150 000 gewachsen.

In der Natur geht kein Atom verloren; sollten in einer so gewaltigen Volks-, besser Menschheitsbewegung, wie die moderne Arbeiterbewegung eine ist, so große Opfer vergehen!

dargebracht worden sein, wie das unserer wackeren Genossen Nauen, Densel und Lachmann eines gewesen?

Nein, und tausendmal Nein!
Der Dichter sagt:
Was du ererbt von deinen Vätern hast,
Erwirb es, um es zu besitzen.

Nun gut! Wir haben den Ehrentitel eines grenzenlosen Opfermuthes, einer heldenhaften Auddauer und unbeflegelter Tapferkeit von unseren Vorkämpfern, namentlich von den Volkshelden, die dem Sozialistengesetz zum Opfer fielen, ererbt; diese Erbschaft legt uns nach Goethe's Wort die Pflicht auf, diesen Ehrentitel uns zu verdienen, zu erwerben, indem wir es jenen gleich thun.

Das sind die besten Ehrendenkmal, welche wir wahrhaft um des Volkes und Vaterlandes Wohl verdienten Personen errichten können!

Ehrendes, dankbares Erinnern an unsere drei im Dienst der Pflicht gefallenen Genossen wird am heutigen Tage nicht fehlen, besonders in Berlin nicht, wo die Gefallenen den guten Kampf gelämpft haben unter den schweren Verhältnissen des Ausnahmengesetzes.

Nun, Genossen und Genossen allerwärts, auch für uns gilt das Sprichwort: Noblesse oblige! Die Ruhmetitel der Partei legen uns die Pflicht auf, daß jeder einzelne sich dieser Ehre würdig erweise. Der unabsehbar lange Zug der Opfer des Sozialistengesetzes, der edlen Märtyrer unserer guten Sache, welche die beste Sache ist, die es je unter Menschen gegeben hat, geht mahnend an unserm geistigen Auge vorüber. Vergeßt die treuen Todten nicht! Lebt sie nicht umsonst geliebt und gestrebt haben! Lebt

*) Vergleiche die Broschüre: Nach zehn Jahren, Material und Stoffen zur Geschichte des Sozialistengesetzes. Theil II. Die Opfer. London 1890.

*) Im „Sozialdemokrat“ irrtümlich Nachmann gedruckt.

(technisches Element des Rechts). Diese Begriffsfeststellung Savignys legen wir allem folgenden zu Grunde. Das Wesen jedes Rechts ist ein Gebot oder Verbot, ein Sein sollen, auch wenn der Ausdruck nicht imperativisch (befehlend) lautet. Zwar ist der imperativische Ausdruck auch die ursprüngliche Form des Gesetzes, das bürgerliche Recht hat sie aber längst abgestreift, ohne deshalb sein begriffliches Wesen zu verändern. Die Methode der Rechtswissenschaft besteht nun in Umgestaltung aller Rechtsätze zu einem System von Begriffen, vermittelt dessen durch bloß logische Operation die vorhandenen Gebote und Verbote gerechtfertigt, die fehlenden ergänzt und alle Vorgänge des Lebens unter eine entsprechende begriffliche Beziehung gebracht werden. Diese Begriffssystematik dient also der Rechtsanwendung und der formellen Seite der Gesetzgebung, und in ihr erschöpft sich in Wahrheit das technische Element des Rechts; in der Gesetzgebung hat sie ihren Inhalt von dem politischen Element des Rechts zu empfangen. Im übrigen steht der Jurist dem Laien, der Juristenstand dem Gesamtvolk in der Gesetzgebung nur mit seiner besonderen berufsmäßigen Erfahrung, etwa ebenso wie der Historiker, der Nationalökonom oder jeder andere Kundige eines Wissens- oder Erfahrungsgebietes sachverständig zur Seite. So lange nun die die Rechtsüberzeugung bildenden Faktoren ein wesentlich gemeinsames Rechtsbewußtsein im Volke erhalten, muß auch das im Juristenstand lebende Recht notwendig diesem gemeinsamen Rechtsbewußtsein entsprechen, gewissermaßen eine durch die juristische Methode kristallisierte, höhere Form desselben darstellend, und der Jurist, der nur die Wirkung des politischen Elementes als Mandatar des ganzen Volkes ausspricht, kann ohne weiteres Gesetzgeber sein. Wie dagegen, wenn die die Rechtsüberzeugung bildenden Faktoren ein gemeinsames Rechtsbewußtsein nicht herzustellen vermögen? Wenn die wirtschaftlichen Existenzbedingungen, die Lebensgewohnheiten, die Sitten und die dominierenden Vorstellungen Theile desselben Volkes so von einander entfernen, daß ihnen als gutes Recht verteidigt wird, was drüben als ein empörendes Unrecht gilt, hier verehrt, was dort geschmäht wird? Der Sozialismus mit dem Ziele einer prinzipiellen Umgestaltung der heutigen Rechtsordnung erfüllt einen so erheblichen Theil der Nation, daß das geltende Recht von einem gemeinsamen Bewußtsein nicht mehr getragen wird. Diese Thatsache einer Spaltung des Rechtsbewußtseins, des Gegensatzes der wichtigsten aus der Vergangenheit stammenden Rechtsinstitute zu den Forderungen des Sozialismus ist unbestreitbar. Das schwebte offenbar auch Lassalle vor, als er 1861 schrieb: „Der Begriff des erworbenen Rechts ist wieder einmal streitig geworden — und dieser Streit ist es, der das Herz der heutigen Welt durchgittert und die tief inwendigste Grundlage der politischen Kämpfe des Jahrhunderts bildet! Im Juristischen, Politischen, Oekonomischen ist der Begriff des erworbenen Rechts der treibende Springquell aller weiteren Gestaltung, und wo sich das Juristische als das Privatrechtliche völlig von dem Politischen abzulösen scheint, da ist es noch viel politischer als das Politische selbst, denn da ist es das soziale Element.“ Das politische Element des Rechtes ist in Gährung begriffen, und damit wird jede Neuordnung des bürgerlichen Rechtes in erster Linie zur Sache der politischen Auseinandersetzung. Das Mandat des Juristen zur Gesetzgebung außer für deren formelle Seite ist erloschen. Kann also in diesen Zeitläuften etwas verblendet sein als die Einbildung des deutschen Juristenstandes, der durchaus im Lager der Bourgeoisie steht, Willensvollstrecker des Gesamtvolkes zu sein, oder gefährlicher als das Bestreben, den Spielraum des politischen Elementes möglichst einzuschränken? Und doch hat dasselbe Bestreben den Bundesrath von Anfang an geleitet, als er für die Vorschläge über Plan und Methode und für die grundlegende erste Lesung ausschließlich Juristen berief, als er durch die Geheimhaltung der Kommissionsarbeiten der öffentlichen Meinung jeden Einfluß auf die erste Lesung entzog; und selbst, nachdem der Mißerfolg dieser methodischen Verfindung an den Naturgesetzen des Rechtslebens trotz Talent, Scharfsinn und Fleiß der Redaktoren an das Tageslicht getreten war, genügte ihm eine

Kunst und Wissenschaft.

Der dritte internationale Kongress für Psychologie soll in München vom 4.—7. August d. J. in den Räumen der Königl. Universität abgehalten werden. Erster Präsident ist Professor Dr. Stumpf-Berlin, zweiter Präsident Professor Lipps-München, Generalsekretär Dr. v. Schrenk-Nohing in München. Zu Gunsten des Kongresses hat das Kultusministerium eine Summe bewilligt.

Zu der Urania wurde am Montag Abend vor überfülltem Hause von Herrn Spies ein Experimentalvortrag über die Röntgen'schen Strahlen gehalten. Ueber die Entstehung und Entdeckung dieser Strahlen verweisen wir unsere Leser auf unsere Nummer vom 5. Januar. Herr Spies zeigte sowohl das Leuchten einer gewöhnlichen Geißler'schen Röhre, als auch bei stärkerer Verdünnung das grüne Fluoresciren ihres Glases unter dem Einfluß der sogenannten Kathodenstrahlen. Recht deutlich trat auch die Ablenkung dieser Strahlen unter dem Einfluß eines Magneten auf, eine Eigenschaft, welche den Röntgen'schen Strahlen nicht zukommt und durch welche sie von den erstgenannten unterscheiden will, obwohl auch unter diesen vom Magneten nicht ablenkbare vorkommen.

Zu den neuen Strahlen übergehend zeigte Herr Spies dann, wie im völlig dunklen Raume, und obwohl jede Lichtwirkung seitens der Röhre durch Umhüllung mit schwarzem Lichte und Abblendung durch undurchsichtige Pappschichten ausgeschlossen war, ein mit Bariumplatinosulfat besetzter Schirm in grünlichem Fluorescenzlicht ausleuchtete, während die elektrischen Entladungen in der Röhre vor sich gingen. Die Strahlen, welche ihr Vorhandensein auf diese Weise verriethen, wirkten auch auf die photographische Platte, und zwar wurde ein schwarzes Lederportemonnaie ihrem Einfluß 5—10 Minuten lang ausgesetzt; es zeigte sich dann, daß das Leder die Strahlen, welche bereits durch eine dicke Polysulfide gegangen waren, auch nicht aufgehalten hatte; wohl aber hatten diese der metallene Bügel des Portemonnaies, sowie ein in demselben enthaltener Schlüssel und ein Geldstück gethan, deren Silber sehr deutlich auf der photographischen Platte zum Vorschein kamen.

Neben den sonstigen mit Röntgen'schen Strahlen aufgenommenen Photographien zeigte Herr Spies auch die einer elektrisirten Hand, welche ein industriöses bürgerliches illustriertes Blatt, das „Echo“, aus irgend einem anatomischen Atlas entlehnt und seinen Lesern fälschlicherweise als die Röntgen'sche Photographie vorgeführt hatte.

Unter den Aufnahmen des Herrn Spies war besonders interessant die eines menschlichen Unterarmes, in welcher die Knochen, Ulln und Speiche deutlich hervor-

traten; ebenso die der Mittelhand eines in der Urania angefertigten Glasbläfers, welchem vor mehreren Jahren ein Glassplitter in die Hand gerathen war. Da Glas für die Röntgen'schen Strahlen nicht besonders gut durchlässig ist, so erschien der Splitter in seiner Lage neben den Handknochen sehr deutlich.

Mit einem Hinweis auf die mögliche Tragweite der neuen Entdeckung wurde der Vortrag geschlossen, welcher hoffentlich so oft wiederholt werden wird, daß auch jeder Arbeiter die Zeit findet, sich in ihm liegenden lehrreichen Genuß zu verschaffen. Vielleicht ist es den Arbeiterorganisationen auch möglich, die Urania des Nachmittags für diesen Vortrag zu gewinnen, wodurch sich der Preis für die einzelnen erheblich ermäßigen würde.

National-Theater. Diesem Kunstinstitut will es immer noch nicht glücken, einmal eine Novität zu bringen, die von dem altbewährten Schema abweicht. Das neueste Schauspiel, das auf der Bühne des Herrn Samst servirt wurde, heißt „Opfer der Großthat“; Verfasser ist ein Herr Reich. Ganz wie sonst findet sich auch in dieser Leistung der gottvergessene Schurke und Mädchenjäger, die verfolgte Unschuld und der edle Jüngling, der sich um sie müht. Eine kleine Konzeption ist insoweit der „neueren Richtung“ gemacht worden, als die Unschuld als eine vom Vater verstoßene Proletarierin erscheint, die sich dem edlen Jüngling, der sie leider satt bekam, in Liebe hingeeben und es dann zu einer gediegenen Sängerin gebracht hatte. Als der Jüngling die alte Liebe später im neuen Glanze wieder sieht, will er sich mit ihr vom Pastor trauen lassen; er wird aber abgewiesen. Nunmehr geht das Verhängniß seinen Gang. Der Schurke, der die Unschuld nicht allein verfolgt, sondern sie auch aus Rache blödsinnig, verschmäht aus Freigebigkeit das Duell, das ihm der edle Jüngling anbietet, und wird dafür aus allen Rennklubs ausgestoßen. Aber auch der Jüngling wird ein Opfer der Gesellschaft, denn er hat zu viel Spielschulden und muß sich deshalb umbringen. An der Leiche des Edlen verschönern sich Vater und verstorbene Tochter. Dieser Stoff, naiv mit hochtrabenden und hohlen Redensarten übergoßen, erschien am Montag als neuestes Produkt auf der Bühne des Theaters. Das Publikum bewies, daß seine Auffassungsgabe infolge der Klaffler-Aufführungen der letzten Zeit entschieden Fortschritte gemacht hat; bei allen sentimentalen Stellen lachte es herzlich. — Eine Erholung bot die überaus drollige Parodie auf das gegenwärtig in Zürich Buch gegebene Ausstattungsstück, die dem Drama folgte. Namentlich ein Glanzstück, mit dem Fräulein Samst am Schluß der Wasserfeste das Publikum überraschte, gefiel außerordentlich.

Das Recht des Entwurfs ist Klassenrecht. Und noch ein anderes Verhängniß wurde durch die Unterdrückung des politischen Elementes heraufbeschworen — zum zweiten Mal in unserer Geschichte. Schon einmal hat das deutsche Volk in jahrhundertlangem schmerzlichem Kampf mit dem gleichen Verhängniß gerungen, als die Rezeption*) des römischen Rechts das politische Element des Rechts dem technischen unterworfen hatte:

Das Recht des Entwurfs ist Juristenrecht.

Politische Uebersicht.

Berlin, 21. Januar.

Der Reichstag setzte heute die Postdebatte fort. Immer das alte Lied und die alten Klagen. Diesmal war es der Fortschrittler Lenzmann, der die Rolle des Staatsanwalts übernahm. Er litt nicht an Stoffmangel und hielt Herrn v. Stephan verschiedene seiner Vergehungs- und Unterlassungsünden so nachdrucksvoll vor, daß der Allgewaltige, der, gleich seinem einstigen Vorbild Bismarck unfehlbar zu sein glaubt, ihm recht bisig antwortete. Herr Stephan betrachtet sich als den Sonnenkönig im Postreiche — „ich bin das Reich, und inwiefern ich mich wohl fühle, ist alles Recht in dem Postreich!“ Und Herr Stephan fühlt sich nicht bloß wohl, er fühlt sich auch groß. Er kann alles — dichten, Bücher schreiben, malen, singen, komponiren, schießen und ist nebenbei auch der größte Postmeister der Welt.

Nach Stephan Förster — nach dem harten Autokraten und Bureaucraten der blige Schamredner. Herr Förster vertritt das lyrisch-melancholisch-didaktische Element in dem antisemitischen Konglomerat, wo er in diesem Genre keine Konkurrenten hat. Er ist auch poetisch veranlagt und wenn er auf der Rednerbühne steht, erinnert er lebhaft an das berühmte Bild von dem blinden Mädchen, das durch das Mohnfeld wandelt. Gleich dem blinden Mädchen hält er die Augen festgeschlossen, damit er ja nicht in den Verdacht kommt, mit äußerem Auge zu sehen, was rings um ihn ist und vorgeht. Und in der That, es ist ihm gelungen, jeden berartigen Verdacht auszuschließen. Herr Förster, das muß sein grimmigster Feind ihm lassen, hat noch niemals ein Wort gesprochen, das auch nur von dem leisesten Bewußtsein der schändlichen, rauhen Wirklichkeit der Menschen und Dinge wie sie sind, angekränkt war.

Er ragt mit seinem Haupt hoch in die Wolken, vergißt jedoch nicht das blühende Feld, welches er durchschreitet, und pflückt massenweise die schönen Mohnblumen, deren wunderbare, traumhaften Schlummer erregende Eigenschaften den alten Griechen schon bekannt waren, und wirft sie vergnügt lächelnd, aber immer mit geschlossenen Augen den Zuhörern hin, von denen auch der Nervenstärkste bald dem Allbezwinger Schlaf erliegt — wenn er nicht durch rasche Flucht sich rettet. Das ist es, was die Mehrzahl des Reichstags zu thun pflegt, wenn das Schreckenswort ertönt: Abgeordneter Förster hat das Wort! Auch heute war's so. Und glücklich, wenn die Flucht noch gelang. Denn unser Mohnpflücker war heute melancholischer als je, und er sprach weit über eine Stunde.

Also Herr Förster ist sehr melancholisch und sehr ausführlich — Aesthetik und Philosophie in die Post bringen ist keine so leichte Sache.

*) Rezeption wird der für die ganze bisherige Rechtsentwicklung in Deutschland entscheidende Vorgang der Aufnahme und Anpassung des römischen Rechts durch die wissenschaftliche Jurisprudenz des Mittelalters genannt; ein Vorgang, der mit dem Ende des 15. Jahrhunderts abgeschlossen war.

Die Wirkung des Förster'schen Mohns ist nachhallig.

Keiner der nachfolgenden Redner — nicht einmal die Reichs-Jubel-Lerche und Reichs-Gründer-Nachtigall Gammacher kann sich dem betäubenden Einfluß entziehen, und sein Lobdithirambus auf den größten aller Post-Sultane verhallt tonlos. Herr Stumm, der mit seiner Scharfmacherei an einer anderen Stelle arg hereingefallen war, versuchte es heute damit bei Stephan, dem er rieth: scharf und gerecht! Aber das „scharf“ klang gar müde und matt. Es sprachen nach Linsen, der Geißige, Jekrant, die lauteste Stimme der Antisemiten — heute recht mild —. Hiße der fromme Katholik und Sozialpolitiker, Scholl, der fromme Protestant und Duellfreund, Lieber, der von Tag zu Tag erkennbarer die Maske Windthorst's trägt, und das Räuspern und Spucken ihm bereits erfolgreich abgelernt hat, Werner, die zweit-lauteste Stimme der Antisemiten, Herr Fischer, Stephan's Präsumtiv-Erbe — das mende der Leser durch-einander und er hat den Säringssalat der heutigen Postdebatte.

Erst am Schluß der Sitzung gab es noch ein kleines, recht lebhaftes Krängen der Rlingen zwischen Stephan und dem schwäbischen Zentrumsführer Gröber, der das hufarenmäßige Verfahren bei Befehung der Postsekretärstellen rügte und den Schädler'schen Antrag, das Civilelement dem Militärelement gegenüber im Postdienst zur Geltung zu bringen, warm befürwortete.

Um 6 Uhr verlagt sich das Haus, obgleich die Absicht bestanden hatte, den ordentlichen Postetat in zweiter Lesung zu erledigen. Morgen Schwerinstag: Antrag zur Sicherung der Banarbeiter. Abänderung des Wahlrechts. Sozialistischer Antrag zur Sicherung des Vereins- und Versammlungsgesetz- und Koalitionsrechts.

Das preussische Abgeordnetenhaus begann am Dienstag die erste Berathung des Staatshaushaltsetats. Im Reichstage pflegen sich die Statdebatten infolge des Eingreifens unserer Genossen fast immer zu hochpolitischen und interessanten Erörterungen zu entwickeln. Im Abgeordneten-hause hingegen kommt es wohl ab und an zu harten Zusammenstößen zwischen der Regierung und einem Oppositionsredner, aber im Allgemeinen erreicht die Debatte doch niemals einen solchen Höhepunkt, wie im Reichstage. Hier sind aber die Bourgeois unter sich, den Arbeitern ist es durch das elendeste aller Wahlsysteme verwehrt, ihre Vertreter hierher zu entsenden. Aber wenn auch die bösen Sozialdemokraten körperlich nicht anwesend sind, im Geiste schweben sie den Vertretern des Geldbeutels wie ein furchtbares Gespenst vor Augen. Diese Jurat trat auch bei der diesmahligen Statdebatte in den Reihen einiger konservativer Abgeordneter deutlich zu Tage.

Eingeleitet wurde die Debatte durch Eugen Richter, dessen Statreden sich vor denen der übrigen bürgerlichen Abgeordneten vortheilhaft auszeichnen pflegen, dessen heutige Rede jedoch einen großen Fehler hatte: man vermißt an ihr die notwendige Schärfe. Richter hielt sich zu eng an den Stat. Im ersten Theil seiner fast zweistündigen Rede setzte er sich mit dem Finanzminister auseinander, dessen Finanz-Steuerreformprojekt er einer sorgsamten Kritik unterzog. Von den Vorgängen, die in der letzten Zeit die Presse so vielfach beschäftigt hatten, von den Fällen Kronz, Jastrow und ähnlichem schwieg Herr Richter; nur die letzte That des Ministers v. Köller, die Auflösung der sozialdemokratischen Wahlvereine, brachte er zur Sprache, wohl weniger aus Gerechtigkeitsgefühl, als weil er für seine eigene Partei zu fürchten beginnt. In äußerst scharfer Tone erwiderte ihm der Finanzminister. Miquel's Rede, die fastlich nichts bot, verfolgte zwei Zwecke: einmal verfuhr er wiederum die Reichs-Finanzreform zu verteidigen, bei welcher Gelegenheit er seinem Feinde, Herrn Richter, einige wohl-sprechende Hiebe austheilte. Sodann wollte er sich die Gunst der Agrarier sichern; er bewies den Junkern, daß sie, wenn auch alle übrigen Minister von ihnen abfielen, doch stets sicher auf ihn rechnen könnten. Er erkannte die traurige Lage der Landwirtschaft vollkommen an, er sei auch jederzeit bereit, ihnen neue Liebesgaben zu bewilligen, und wenn man ihn, der keinen Kr und Palm besitze, deswegen zu einem Agrarier gestempelt habe, so erblicke er hierin nichts beleidigendes; im Gegentheil er sei stolz auf diesen Ehrentitel. Der Beifall der Rechten, der dieser Rede folgte, ist unbeschreiblich. Herr Miquel hat seinen Zweck erreicht, er sitzt fest im Sattel, und die Agrarier können getrost nach Hause gehen. Mögen sie im Reichstage und wo sonst immer auch noch so viele Niederlagen erleiden, mag sich auch ein Minister nach dem anderen von ihnen abwenden, mag man sogar ihre Agitation als gemeingefährlich bezeichnen — was schadet es? Herr Miquel wacht über sie und sorgt dafür, daß ihnen kein Leid geschieht.

Der freikonservative Führer von Jeddih, der nach Miquel zu Worte kam, fand wenig Gehör. Er billigte das Vorgehen gegen die sozialdemokratischen Wahlvereine, da man Personen, die den Staat und die Gesellschaft untergraben wollten, scharfer anfaßen müsse, als andere, die nur gemeinnützige Zwecke verfolgten. Ein neues Abgemessenheit sei dringend notwendig, um den Ausschreitungen der Sozialdemokraten wirksam entgegenzutreten. Herr v. Jeddih versuchte auch einen kleinen Vorstoß gegen das allgemeine Wahlrecht, das nach seiner Meinung weit mehr Schaden bringe, als das Dreiklassen-Wahlsystem. Ungefähr in demselben Sinne äußerte sich der konservative Graf Limburg-Sturum, der die Regierung aufforderte, im Verein mit den staatsverhaltenden Parteien die Sozialdemokratie energisch zu bekämpfen. Gegen diese Leute, die täglich dokumentiren, daß sie sich nicht für verpflichtet fühlen, dem Staate Treu und Glauben zu wahren, die die Untreue von Beamten für ihre Zwecke auszunutzen und mit Hilfe solcher treuloser Diener sogar geheime Erlasse veröffentlichten, brauche man keinen Geisteskampf mehr zu führen. Hier handelte es sich um eine einfache Machtfrage. Das der konservative Graf als Lohn für seine Hilfe im Kampfe gegen den Umsturz nichts weniger als die Durchführung des Antrages Kanitz verlangte, ist weiter nicht wunderbar. Die Junker fühlen sich als so unentbehrliche Staatsknechte, daß sie nach jeder Niederlage von neuem muthig ihr Haupt emporheben. Die Reden des Polen Dr. v. Jazdzewski und des Nationalliberalen Dr. Sattler boten nichts Er-wähnenswerthes. Am Mittwoch wird Dr. Bachem vom Zentrum die Debatte fortsetzen.

Der nationalliberale Staatsmann — in spe —, natürlich Herr v. Bennigsen, hielt zu des Kaisereichs-Geburtstag auf dem Bankeit der nationalliberalen Reichs- und Landtags-Fraktion die Festrede, in der er nach den üblichen Jubelphrasen auch auf die inneren Kämpfe des Reiches kam. Bei dieser Gelegenheit sagte er nach dem „Leipziger Tageblatt“:

Wir haben noch andere Ereignisse erlebt, noch andere Kämpfe in unserem Vaterlande, die uns vor der Begründung des Deutschen Reiches unbekannt waren: das Anwachsen einer großen sozialdemokratischen Partei, die den Kampf zwischen Arbeit und Kapital zu einem Kampfe, zu einem zerstörenden Kampfe auszubilden versucht hat, der Art, daß dieser Gegensatz und Kampf eine solche Höhe erreichte, wie die Kelterer von uns ihn nicht kannten, da im ersten Reichstage kaum eine sozialdemokratische Debatte zu Stande kam und fast nur Herr Bebel diese Partei vertrat.

Nach und nach ist diese Bewegung zu großem Umfang angewachsen. Kann uns das aber im ganzen wunder nehmen,

Wenn wir bedenken, wie stark dieselben Gegensätze in Frankreich schon in der Revolution der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts hervortraten, und in England zwei Menschenalter, ehe sie in Deutschland sich geltend machen? Es war auch dieses fast eine selbstverständliche Folge des großen Aufschwunges, welchen die deutsche Nation und Wirtschaft in ihrem neuen Einheits- und Kraftgefühl. Die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit müßten bei dieser erstaunlich raschen Entwicklung der wirtschaftlichen Tätigkeit nach 1870 auch bei uns notwendig rasch zur Erscheinung kommen. Es liegt in der ganzen Natur des deutschen Wesens, daß wie die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit, zwischen bürgerlicher Gesellschaft und revolutionärer Sozialdemokratie in anderen Ländern auch hier zu einem Gegensatz der Grundlagen sich entwickeln — der Deutsche ist nun einmal dazu geschaffen und angelegt, daß er alle diese großen Dinge, welche den Menschen bewegen, tiefer und innerlicher erfährt, als die meisten anderen Völker. Das ist ein Vorzug, aber unter Umständen auch ein Unglück, wenn es ihm nicht immer gelingt, diese tiefere Erfahrung nun glücklich zu überwinden und in den Formen, die dafür gegeben sind. So ist es auch in Deutschland gekommen.

Aber wenn das so ist, meine Herren, so liegt darin zugleich auch vielleicht die Lösung. Denn ich habe schon lange die Ueberzeugung gehabt, die viel verbreitet ist in Deutschland, daß es sich gar nicht allein um die Lösung der wirtschaftlichen Frage, sondern wesentlich darum handelt: daß diese Gegensätze unter den Menschen menschlich überwunden werden müssen. (Lebhafte Beifall) mag das nun in der kirchlichen oder in der menschlichen Art geschehen. (Wiederholter Beifall.) Und diese menschliche Ueberwindung, die endlich geschehen muß, wenn die europäische Kultur nicht zu Grunde gehen soll, die muß es in die Hand nehmen und auch durchführen, daß hier eine Brücke gewonnen wird, die wieder den Menschen dem Menschen näher, bei uns aber noch keineswegs verloren ist. (Rufe: Sehr wahr! Lebhafter Beifall.) auch bei Männern, die mitten im wirtschaftlichen Leben stehen und welche nicht bloß im eigenen wirtschaftlichen Interesse ein gutes Verhältnis mit den Arbeitern herzustellen suchen, sondern als menschliche Aufgabe erfassen ein herzliches Verhältnis zu den Arbeitern. (Lauter Beifall.)

Wenn also auch dieser Kampf bedrohlich sich zu solcher Höhe entwickelt hat und in solchen Zahlen die Sozialdemokraten auftreten und vorhanden sind, auch hier dürfen wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß das deutsche Volk, welches diese Gegensätze auch mit tiefem Gefühl erfährt, endlich doch die Lösung finden wird. (Beifall.)

So Herr Bennigsen. Während seine Bemerkungen über die französische Revolution, in der schon „dieselben Gegensätze“ hervorgetreten sein sollen, wie jetzt, von gründlichster Unwissenheit zeugen, erhebt aus anderen Stellen der Rede ein gewisses Verständnis für die organische Notwendigkeit des Sozialismus und folglich auch der Sozialdemokratie. Schon in seiner ersten Rede über das Sozialistengesetz im Jahre 1878 gab Herr Bennigsen diese Notwendigkeit zu, was ihn jedoch nicht hinderte, für das Sozialistengesetz zu stimmen. Ebenso wenig wird die „menschliche Ueberwindung“ der sozialen Gegensätze, die er jetzt als seinen Wunsch hinstellt, Herrn Bennigsen hindern, den un-menschlichen Knebel- und Ausnahmestellen gegen die Sozialdemokratie jubelnd zuzustimmen. Denn das einzige, worin sich dieser Tiefenbacher tatsächlich „vertieft“ hat, ist der Sumpf der Reaktion, in dem er bis an den Hals steckt. —

Kalter Wasserstrahl an die Bimetallisten. Dem Herrnhause ist eine Uebersicht der von der Staatsregierung gefassten Entschlüsse auf Anträge und Resolutionen des Hauses aus der Tagung 1895 zur Kenntnissnahme zugegangen. Am 16. Mai v. J. beschloß das Herrenhaus auf Antrag des Grafen von Mirbach:

Die königliche Staatsregierung aufzufordern, den Herrn Reichsminister zu ersuchen, umgesehen und nachdrücklich alle diejenigen Schritte zu thun, welche geeignet sind, zu einer internationalen Regelung der Währungsfrage mit dem Endziel eines internationalen Bimetallismus zu führen.

Dazu heißt es in vorerwähnter Uebersicht: Die Staatsregierung wird ihre Stellung zu der Resolution bei Gelegenheit der Beratung der vom Reichstage beschlossenen, auf demselben Gebiete liegenden Resolution im Bundesrathe zum Ausdruck bringen und hält mit Rücksicht hierauf die Abgabe einer bestimmten Erklärung zur Zeit für unthunlich.

Also auch das zweite große Mittel, das die Agrarier fordern, will die Reichsregierung nicht anwenden. —

Die Wacht des Herzens. Zu den Fürsten, die es lieben, durch persönliche Kundgebungen in die Parteikämpfe einzugreifen, gehört auch der Großherzog von Baden. Er hat am 18. Januar gelegentlich des Brunnmachs in Karlsruhe die Anwesenden durch einen Trinkspruch auf das deutsche Heer erheitert, in dessen Verlauf es heißt:

„Sie, meine Freunde, haben oft „Die Wacht am Rhein“ gesungen, wenn der Ruf an Sie ertönte. Es war ein Freudensong und Sie haben schöne Erfolge gehabt. Heute brauchen wir die „Wacht am Rhein“ nicht mehr in diesem Sinne zu singen, weil die Grenzen weitergerückt sind. Aber, meine Freunde, dieser Wacht gegenüber steht noch eine andere Wacht, die Wacht des Herzens. Sie verstehen, was ich darunter meine: diese Wacht zu halten und zu stärken, damit wir vor dem Unglück bewahrt bleiben, daß sich der Umsturz mehr und mehr Bahn bricht, daß die Wacht des Herzens begründet wurde, soll auch in Zukunft andauern und uns vor allem Unglück bewahren. Sie, meine Freunde, wirken Sie in Ihrem Kreise, diese Wacht zu stärken.“

Der Großherzog hat auch zur Proklamierung der „Wacht der Herzen“ gesagt: „Sie verstehen, was ich darunter meine.“ So ganz deutlich ist das schöne Gleichnis nun aber doch nicht. Deuten wir es nach der Analogie „der Wacht am Rhein“, so meint er jedenfalls, daß die Umsturzbestrebungen nicht in die deutschen Herzen eindringen sollen. Die Warnung kommt etwas zu spät. Da wir wohl nicht fehl gehen in der Annahme, der Großherzog meine mit dem „Umsturz“ die sozialdemokratischen Bestrebungen, so sind wir berechtigt festzustellen, daß diese Bestrebungen, gegen die er die deutschen Herzen schützen will, bereits in zwei Millionen deutscher Männerherzen Wurzel gefaßt haben, und diese Herzen rechnen wir zu den besten, die in Deutschland schlagen. —

Für und wider Kanitz tobt noch immer der Wortstreit. Den 200 Hildesheimer Bauern, die für Kanitz sich ausgesprochen, sehen ultramontane Blätter eine Kundgebung der weissen Landwirthe des Wahlkreises Pöhl-Ditterndorf, wo der bekannte Bismarck-Bahn gewählt wurde, entgegen. Die Generalversammlung nahm eine Resolution an, in der jegliches Zusammengehen mit dem Bunde der Landwirthe abgelehnt wird. Als Ablehnungsgründe werden zum Theil weisse Parteigrundsätze angegeben, zum Theil wittern die Leute in dem Antrage Kanitz irrtümlich sozialdemokratische Tendenzen. Dann heißt es aber noch über den Antrag Kanitz:

„Dieser Antrag ist zu verwerfen, weil er, wenn er Gesetzeskraft erlangte, a) nur einer geringen Zahl Großgrundbesitzer Vortheile verschafft auf Kosten der anderen Staatsbürger, der ungeheuren Mehrheit unserer Landwirthe dagegen gar nichts nützt, b) den Frieden mit den Handels-Vertragsstaaten bedroht, da beim Mangel geeigneter Kompensationsobjekte eine gälliche Vereinbarung nicht möglich ist, c) unerträglichen Streit unter den Interessenten und zwischen diesen und der Regierung hervorruft, d) das Rullergewerbe als Mittelstand-Gewerbe vernichtet, e) die Latifundien-Bildung fördert, f) den realen Handel, speziell den Export-Handel und dadurch Industrie und ihre Arbeiter schädigt.“

Andererseits gehen die „Kreuz-Zeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ mit dem Freiherrn v. Marschall ins Gericht. In letzterem Blatt hat der Vize-Präsident des Bundes der Landwirthe das Wort ergriffen. Der Refrain aller dieser Polemiken ist: Es bleibt beim Antrag Kanitz.

Einen Tropfen Balsam in die Wunden der Agrarier träufelt ein Dementi der „Staatsbürger-Zeitung“. Es soll danach nicht richtig sein, daß der Kaiser bei dem Festbanket am Sonnabend Abend den Landwirtschaftsminister, v. Hammerstein, wegen seiner Rede in der Reichstags-Debatte über den Antrag Kanitz beglückwünscht habe. Thatsächlich habe der Kaiser über die scharfe Wendung der Rede zunächst sein Mißfallen ausgesprochen und sich erst zufrieden gegeben, nachdem ihm versichert war, daß die scharfen Worte durch Zwischenrufe aus den Reihen der Rechten provokirt worden seien. —

Am 18. Februar soll hier im Zirkus Busch die Generalversammlung des Bundes der Landwirthe stattfinden. Für diesen Tag wird die „Antwort auf die Ministerreden vom 16. und 17. Januar“ in Aussicht gestellt. Wir finden die Wahl des Versammlungsortes außerordentlich glücklich. Zirkus Busch, wo bei der Festvorstellung am 18. Januar, wie uns die „Kreuz-Zeitung“ ahnungslos belehrt, der Schulbengel „Fauler Zauber“ in der Manege vorgeführt wurde, — das ist ganz der Ort für die bevorstehende Galavorstellung der Landwirthe. Mit welcher Grazie werden die Kanitz und Kardorf den Schulbengel „Fauler Zauber“ tummeln! Herr v. Blüh wird den Reigen zum Durchspringen halten und wiederholtes Gelächter werden die Späße des Bundesklowns Liebermann von Sonnenberg auf den Tribünen erwecken. —

Der Gladiatorenruf des Hospredigers Faber hat, wie die „Germania“ mittheilt, an Ort und Stelle, wo er erschlalte, in den Kreisen der protestantischen Abgeordneten sehr peinlich berührt; ein Abgeordneter soll sogar halbblau den mit Rücksicht auf den Ort unparlamentarischen Zwischenruf haben fallen lassen: „Wir sind aber doch keine Gladiatoren!“

Das Zentrumsorgan, das gegen die Ausführung des „Vorwärts“ eifert, fühlt sich bei dieser Gelegenheit übrigens bemüht, von einer „erkünstelten Entrüstung“ der Sozialdemokratie zu sprechen. Wir halten diesen hässlichen Ausfall der mangelhaften Einsicht der „Germania“-Redaktion zu gute. Würden wir uns entrüsten über jenen Vorgang als eine Entweihung einer christlichen Kirche, welcher Gedanke der „Germania“ wohl gekommen ist, so würde das allerdings erkünstelt sein. Wir fühlen nicht den Beruf in uns, die christlichen Kirchen zu schützen und verstehen auch nach den Folgen, die die Aufdeckung der Kameel-Inschrift gehabt hat, durchaus nicht, wie sich überhaupt noch jemand in Berlin über eine Kirchenentweihung entrüsten kann. Was uns entrüstet, ist, daß Leute, die auf dem Empfindungsniveau des Hospredigers Faber stehen, in unserem Vaterlande eine einflussreiche Rolle spielen können.

Im Zusammenhange damit wollen wir übrigens einen Entrüstungsausbruch mittheilen, den wir in konservativen Zeitungen finden:

„Ein Vorgang, der sich am letzten Sonnabend in der Kapelle des königlichen Schlosses nach Schluß des Festgottesdienstes abspielte, wird gegenwärtig in Abgeordnetenkreisen vielfach besprochen. Von Augen- und Ohrenzeugen wird uns darüber folgendes mitgeteilt: „Am Ausgang der Kapelle hatten zwei Kirchendiener mit den üblichen Büchsen aufgestellt, um den Gabeln für kirchliche und wohlthätige Zwecke entgegenzunehmen. Ein älterer Herr in goldgezierter Uniform näherte sich dem Ausgang, und als er in der Nähe des Altars angelangt war und die beiden Kirchendiener erblickte, sagte er zu den Herren seiner Umgebung: „Hier wird wohl für die nothleidende Landwirtschaft gesammelt?“ Dieser Herr, der es für angemessen hielt, an jenem Orte und in der gegenwärtigen Zeit über die Nothlage der Landwirtschaft derartig zu witzeln, ist der frühere Staatssekretär im Handelsministerium, spätere Staatssekretär des Reichsschatzamt, Staatssekretär a. D. von Jacobi, Mitglied des Staatsraths und Kolonialraths. Der Geist, der aus diesem Vorgange spricht, ist im hohen Grade befremdlich. Kann man von jemandem, der an solcher Stelle und unter den heutigen Zeitverhältnissen seinen Willen hat, dazu beizutragen, daß der Landwirtschaft in ihrer Bedrängniß Hilfe gebracht würde?“

Nun, was dem Schwächsten recht, ist dem Jacobi billig. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Aus Harburg wird gemeldet: „Der Arbeiter August Sch. aus Jamlich, Kreis Lübben, soll sich im hiesigen Krankenhaus, wo er als Kranker war, wiederholt beleidigend über den Kaiser geäußert haben. Er wurde deshalb verhaftet.“

Unser dortiges Parteiorgan, das „Volksblatt für Harburg“, bemerkt zu dieser Denunziation aus der Krankenkasse:

„Es ist sehr bedauerlich, wenn trotz aller so oft wiederholten Warnungen einzelne Personen absolut nicht im Sinne sind, ihre Zunge im Zaum zu halten. Fast scheint es, als ob dieselben denken würden: „Ich was, diese Warnungen gelten nicht für mich — ich bin viel zu schlau, als daß ich mich vergaloppiren könnte!“ Der Schlusseffekt ist dann die Untersuchungszelle. Meist sind es dieselben Leute, welche auch jeder Organisation mit großen Schritten aus dem Wege gehen und sich für Versammlungsbesuche oder irgend eine andere Betätigung des Solidaritätsgedankes absolut nicht begeistern können. — Mäße doch jeder lernen, seine Zunge im Zaum zu halten!“

Deutsches Reich.

— **Abwehr des Petroleum monopol.** Im Reichsamte des Innern haben, wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, in voriger Woche neue Beratungen über Maßregeln zur Abwehr des Petroleum-Weltmonopols begonnen. Den Vorsitz führte Ministerialdirektor Dr. Kolbe. Sachverständige waren beigegeben und sollen auch ferner aus den Kreisen des Handels und der Industrie gehört werden. Es handelt sich, wie die „Frankf. Zeitung“ erzählt, wieder um den Plan, durch zolltarifliche Maßregeln das Importkommen einer inländischen Raffinerie zu begünstigen.

Mit diesen Mitteln wird man der Standard Oil Co. nicht an den Leib rücken können. —

— **Das christlich-soziale „Volk“** setzt sich energisch gegen die Konservativen zur Wehr. Es theilt mit, daß infolge des Auftretens der konservativen Parteiliste Professor Hüpeden bereits die Partei verlassen habe. In einer weiteren Polemik sagt das Blatt dann: „Der Druck, der unser politisches Leben in bestimmte Richtung drängt, ist wieder der mitleidsparteiliche, ist die unselbige Phrase von dem „Zusammenfluß aller bürgerlichen Parteien“ gegen die Sozialdemokratie. Hat aber dieses Schlagwort überhaupt einen Sinn, so kann es nichts anderes heißen, als daß die Konservativen sich mit auf den Boden der National-liberalen, d. h. auf den Boden des Kapitalismus stellen sollen. Auf diesem aber ist schlechterdings kein Platz mehr für die christlich-Sozialen.“

Rehlich hat sich gestern Abend der Redakteur des „Volk“, Herr v. Gerlach, in einer Versammlung ausgesprochen. Seiner Abgabe an die Konservativen als Partei des Kapitalismus fügte er hinzu: „Ich hätte gewünscht, daß Stöcker den Beschluß des Eifer-Ausschusses mit seinem Austritt beantwortet hätte. Ich bin kein begeisterter Anhänger, so lange ich denken kann; aber auch ihm gegenüber kann ich meine sachliche Ueberzeugung nicht opfern.“

Darüber, was Stöcker thun wird, giebt der „Reichsbote“ eine dem „Wunsch“ des Herrn v. Gerlach diametral entgegengesetzte Ansicht von sich mit den Worten: „Nachdem das „Volk“ und sein Redakteur ihr Beharren auf ihrem vom Eifer-Ausschuss desavouirten gegenständlichen Standpunkt so scharf ausgesprochen haben und Stöcker im Eifer-Ausschuss selbst erklärt hat, daß er mit der Haltung des „Volk“ nicht einverstanden sei, dürfte der Inhalt seiner an den Eifer-Ausschuss abzugebenden Erklärung nicht mehr zweifelhaft sein.“

Das glauben wir auch; Volk wird zur Rechten gehen. —

— **Die konservative Partei** und Hammerstein. Die „Konservative Korrespondenz“ veröffentlicht folgende „Nichtigkeitsklärung“: „In verschiedenen Blättern wird berichtet, sicherem Vernehmen nach habe der Eifer-Ausschuss der konservativen Partei in seiner Sitzung am 16. d. M. beschlossene, eine Erklärung in der Richtung zu erlassen, daß er von der Hammerstein-Angelegenheit nicht so zeitig unterrichtet war, daß er etwas zur Verhaftung des Freiherrn v. Hammerstein hätte beitragen können.“ Dieses „sichere Vernehmen“ beruht auf Erfindung. Weber in der oben erwähnten noch in der dieser vorangegangenen Sitzung des Eifer-Ausschusses ist auch nur mit einem Worte von dem „Fall v. Hammerstein“ die Rede gewesen.“

Wir glauben das gern. Hammersteinereien sind auch ein höchst unbedeutendes Redethema für die Herren. —

Sonderburg, 20. Januar. Der preussische Landtags-Abgeordnete für den Wahlkreis Aprenrade-Sonderburg, Hans Lassen aus Esfabel (Däne), ist heute im Alter von 64 Jahren gestorben. Der Verstorbene gehörte 1880/89 auch dem Reichstage an. —

— **Aus Rachen, 19. Januar, wird der „Frankf. Ztg.“** geschrieben: „Wie wenig man in den Kreisen der Seminarianer von der ihnen wohlgebilligten einjährigen Dienstreit erbaute ist, geht wohl deutlich daraus hervor, daß auf eine Anfrage des Seminardirektors Dr. Schmidt in Rinnich (Reg.-Bez. Rachen) kein einziger der im nächsten Monat am Seminar zu Rinnich zur Entlassung kommenden Jünger sich für die einjährige Dienstreit gemeldet hat.“

Oesterreich

Wien, 21. Januar. Die gestern in sämtlichen Bezirken Wiens abgehaltenen, stark besuchten sozialdemokratischen Versammlungen mit der Tagesordnung: „Unsere Rechtlosigkeit in der Gemeinde Wien“ verliefen durchaus ruhig. —

Wien, 21. Januar. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine Bekanntmachung betreffend die Errichtung eines Eisenbahnministeriums, welches vorgestern seine Thätigkeit begann. Ein Militär wurde zum Chef des Ministeriums gemacht, so daß künftighin wohl mehr die strategischen als die kommerziellen und allgemeinen Verkehrsinteressen bei der österreichischen Eisenbahnverwaltung überwiesen werden. —

Frankreich.

— **Der neue Senatpräsident** Loubet hielt gestern bei Uebernahme seines Amtes eine längere Ansprache, in der er den Senat als den besten Beschützer der Freiheit gegen die Utopisten und Diktatoren hinstellte. Ferner wandte er sich gegen die progressive Einkommensteuer und endigte mit einer Lobrede auf Floquet. Es wurde sehr bemerkt, daß Loubet gegen die Einkommensteuer, welche das Cabinet Bourgeois vorschlägt, heftig aufgetreten ist. —

Paris, 21. Januar. In der gestrigen Sitzung stellte die Kammer die Tagesordnung fest. Die Gültigkeitserklärung der Wahl Wilson's, des Schwiegerjohnes des früheren Präsidenten Greys, wurde auf derselben nicht beantragt. Wilson ist bereits 2 1/2 Jahre Deputirter, indes hat es die Kammer beifällig verurtheilt, dessen Wahl gut zu heißen.

— **Arton's Auslieferung** aus London an die französische Regierung wird in 14 Tagen erfolgen, da seine Berufung sicher abgelehnt werden dürfte.

Afrika.

— **Die Italiener** sind in einer verzweifelten Lage — das erhebt auch aus den gefährdeten und gefälschten Berichten, welche Eridi verbreitet. Dieser mit allen Händen gehegte Geschäftspolitiker kennt alle Kniffe des Geschäfts. Er spekulirt auf die Unwissenheit des Volks, das von dem Kriegsschauplatz keine Ahnung hat, und sucht durch künstliche Vermengung der Operationen des Obergenerals Baratieri mit der Belagerung von Makalle über das Schicksal des hier stehende, mit unverantwortlichem Verdictum preisgegebenen italienischen Bataillons zu täuschen. Makalle scheint, mit dem Bataillon Galliano's, sich schon ergeben zu haben. Ob Baratieri an anderen Punkten Vortheile erlangen kann, die diesen schweren Verlust auch nur annähernd aufwiegen, das bleibt abzuwarten. —

Kuba.

— **Ämtliche Depeschen**, welche in der letzten Nacht aus Havannah hier eingetroffen sind, melden: Die Lage ist günstig; das Gros der Aufständischen wird von den spanischen Kolonnen lebhaft verfolgt. Das Gros ist zum Verlassen der Provinzen Pinar del Rio und Havannah gezwungen worden und zieht sich in östlicher Richtung zurück. —

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung vom 21. Januar 1896, 11 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Etats.

Abg. Richter (fr. Rp.): Selten, meine Herren, hat sich ein Finanzminister so bei Schätzung der Einnahmen geirrt, die Einnahmen unterschätzt, wie dies Herr Miquel gethan hat. Wenn wir hier die Einnahmen höher einschätzen wollten, so sagte man, wir lägen uns etwas in die eigene Tasche hinein. Jetzt zeigt sich, daß wir in 1894/95 48 Millionen mehr einnahmen haben, als im Etat veranschlagt war. Freilich sind dabei 11 Millionen Rücknahmen der Forstverwaltung infolge von Windbruch. Aber 11 Mill. sind doch nicht 48 Mill.! Und nun das laufende Jahr. Nach der Etatsfestsetzung im Reich

Fällen wir 20 Millionen zu zahlen gehabt an das Reich. Nach den jetzigen Schätzungen dagegen werden wir etwa 12 1/2 Millionen vom Reiche bekommen. Leider hat das Herr Miquel in seiner Staatsrede nicht deutlich genug hervorgehoben. Es wäre aber das notwendig gewesen, dies ausdrücklich zu konstatieren, denn Preußen ist also doch jetzt wieder Kostgänger beim Reiche geworden, und das beweist doch wiederum, daß Preußen in seinem Verhältnisse zum Reiche jetzt besser dasteht, als es bei Annahme und infolge des Automaten dastehen würde. Das erklärt es auch, weshalb der Herr Finanzminister neulich eine Art Jornebrede gegen das Reich gehalten hat; weil dasselbe uns so in einen gewissen embarrass de richesse versetzt hat. Daher die Worte des Finanzministers über Wittwar, über Unsicherheit in der Gestaltung der Finanzen. Dabei hat ja sogar auch der Automat diese Unsicherheit keineswegs beseitigen sollen, denn der Finanzreform-Entwurf würde den Matrifularbeiträgen wohl nach oben hin, aber nicht nach unten hin Grenzen gesetzt haben. Auch der Automat, welcher der Wohlthätigkeit des Reiches gegenüber Preußen keine Schranken setzte, würde also das, was wir heute haben — einen Ueberschuß der Ueberweisungen — gar nicht verhindert haben! Ich bin ein Gegner solcher automatischen Einrichtungen in jeder Form. In der absolutistischen Zeit sind wir ihnen ja öfter begegnet, sie sollten damals die mangelnde Kontrolle ersetzen. Aber jetzt fällt dieser Zweck fort, und wir haben um so weniger Anlaß zu derartigen automatischen Einrichtungen, als unser Staatsrecht ohnehin schon eingeschränkt genug ist. Auch das sogenannte Garantiegeseß ist mit recht schon damals von dem Staatssekretär Stephan als Schaumlos bezeichnet worden. Auch das von Herrn Miquel in Aussicht gestellte Schuldentilgungsgeseß würde nur ein neuer solcher Schaumlos sein. Die Folgen desselben sehen Sie ja auch schon aus der Rede des Finanzministers selber, denn aus derselben geht hervor, daß die Festlegung der Schuldentilgung eventuell zu höheren Einkommensteuern, Zuschlägen führen würden. Das will ich aber gerade nicht, denn ich will, daß wir uns bei den Einkommensteuern nur nach den jedesmaligen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen des jeweiligen Jahres richten. Wir brauchen auch die Schuldentilgung nicht in dieser Form, denn das werdende Kapital des Staates — bestehend in Eisenbahnen u. — hat sich ja stetig vermehrt. Herr Miquel meint, die Privatbahnen tilgten mehr an Schulden, das glaube ich aber nicht.

Dem Staate neue Mittel geben zum Kapitalisieren möchte ich auch gerade nicht wegen der Person dieses Finanzministers und angesichts seiner ganzen Vergangenheit (Heiterkeit); denn der Herr Minister neigt immer mehr zu staatssozialistischen und feudalen Anschauungen und läßt seiner Phantasie zu viel Spielraum. Für seine bedenklichen Probleme möchte ich ihm nicht noch mehr Kapitalisten zuwenden. Für Kulturzwecke dagegen stellt Herr Miquel viel zu wenig Geld zur Verfügung, namentlich auch nicht für die Justiz und Gesundheitspflege. Auch den Botanischen Garten will Herr Miquel nicht der Stadt Berlin ohne hohe Bezahlung überlassen, als ob Berlin so oft neue Plätze vom Staate verlangte. Gerade umgekehrt liegt die Sache. Die Kommunen sollen weiter wie wir oft Plätze für nichtkommunale Zwecke, für Kirchen, Kasernen u. unisoni hergeben. Jetzt wieder soll an stelle der Kaserne am Kupfergraben eine andere Kaserne errichtet werden, obwohl es uns an einem Plage für die Kunstakademie fehlt. Es wäre doch endlich einmal Zeit, auch an andere als nur militärische Interessen zu denken.

Redner berührt die Frage der Beförderungsveränderungen. Einem allgemeinen Vorgehen damit sei vorzuziehen, daß man überall da Verbesserungen eintreten lasse, wo sich Mängel zeigten. Sowohl im Ordinarium wie im Extraordinarium ließen sich jetzt leicht Mehrausgaben ermöglichen, zumal wenn man sich zur Konversion entschliesse, was Redner für geboten erklärt. Dann würden auch die allgemein gewünschten Eisenbahntarifreformen möglich werden, sowie die Herabsetzung der Einkommensteuersätze der mittleren Klassen. Was den Landwirtschafts-Minister betrifft, so sammelt derselbe wieder feindliche Kräfte an die Häupter der Agrarier. Dabei müßte doch Herr v. Hammerstein merken, daß alles das, was er im Reichstage so schon gegen die Preisprobleme gesagt hat, auch zutrifft gegen die Zudersteuer.

Es würde ferner manches anders und besser sein, wenn die Landräthe aufhörten, sich mit großen Problemen zu befassen, mit Wahrung und Antrag Kanis, und sich mehr mit den bauerlichen Verhältnissen beschäftigten. Redner empfiehlt sodann Veräußerung oder Verkleinerung der Domänen. Landwirtschaftliche Genossenschaften seien ganz gut, aber — nicht mit Staatshilfe. Die Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaften seien erst in Flor gekommen, als sie auf das Subventionsprinzip verzichteten. Sehr fragwürdig seien die jetzigen Maßnahmen gegen die Vieheinfuhr. Verzehrt seien solche Maßnahmen doch nur gegen Seuchen, aber nicht aus Gründen einer Konkurrenzabwehr. Die preussischen Seehäfen führen jetzt bittere Klage über die ungenügend motivierte Schließung der mit großen Opfern hergestellten Quarantäne-Anstalten. Hierüber bedarf es auch einer eingehenden Darlegung des Ministers.

Im Vorjahre führte ich Klage über die Art, wie bei uns Ministerwechsel stattfanden. Um so mehr erkenne ich an, daß bei dem diesmaligen Ministerwechsel alles korrekt zugegangen und Herr Lucanus dabei nicht in Frage gekommen ist. (Heiterkeit.) Ein Verdienst hat Herr v. Köller sich erworben durch die „Berl. Korrespondenz“, leider aber werden auch jetzt noch trotzdem amtliche Nachrichten an dritte abgegeben. Den neuen Herrn Minister des Innern möchte ich bitten, die neuen Vorschriften über die Lebensversicherung-Gesellschaften nachzuprüfen, denn die Anforderungen an die Gesellschaften über Angabe von Ziffern zu statistischen Zwecken gehen vielfach zu weit. Es freut mich, daß der Minister den Sparkassen-Gesetzesentwurf einstweilen zurückgestellt hat.

Zum Justizminister sich wendend, wünscht Redner Einstellung der Prozesse gegen die sozialdemokratischen Vereine, da man hier nur den Splitter verfolgte, während man an dem Balken der landwirtschaftlichen Vereine vorbeigehe. Hoffentlich werde der Minister sich mit dem freisinnigen Antrage im Reichstage einverstanden erklären, welcher dies In-Verbindung-treten politischer Vereine überhaupt freigegeben wolle. Weiter berührt Redner die Verschlechterung des Wahlrechts durch die preussischen Steuerreformen. Eine entsprechende Korrektur des Wahlrechts sei unerlässlich und ohne weiteres möglich.

Was den Kultusminister und dessen Lehrerbefordnungs-Geseß anlangt, so müssen wir uns deshalb mit demselben befremden, weil es der bisherigen Rechtslosigkeit und Willkür ein Ende macht. Aber nichts habe unangenehmer überrascht, als die Benachteiligung der großen Gemeinden in diesem Entwurf. Dabei besitze deren Hauptgewinn in Leuten, welche der Stadt wenig einbrachten und ihre Schulleist enorm vermehrten. Das neue Geseß prämierte geradezu die Anstellung möglichst weniger Lehrer und die Bildung überfüllter Klassen. Sei denn überhaupt die Einwohnerzahl ein Beweis größerer Wohlhabenheit? Will man aus Interessenpolitik treiben, dann kann man wohl ein solches Geseß zum Nachtheil der Städte machen, aber sonst nicht. Es ist Unzufriedenheit doch schon genug im Lande, und da sollte man doch nicht durch eine trasse Ungerechtigkeit die Unzufriedenheit noch steigern!

Finanzminister Miquel: Ich kann mich nicht erinnern, daß Herr Richter jemals für ein Geseß stimmte, welches die Staatseinnahmen vermehren sollte. Auch der Eisenbahn-Verstaatlichung hat er widersprochen, obwohl diese unsere Einnahmen jetzt um

500 Millionen vermehrt hat. Wo wären Staats- und Reichseinnahmen, unsere Landesverteidigung, unsere Beförderungs-Beförderungen u., wenn überall Herr Richter mit seinem Widerstande gegen Einnahmevermehrung Erfolg gehabt. Man braucht sich den sich daraus ergebenden Wahnsinn nur vorzustellen (Beifall rechts), um zu erkennen, welches Vertrauen auch der jetzige Widerstand des Herrn Richter gegen Finanzreformen verdienet. Diese unsere Reform wollte die Einzelstaaten sichern gegen künftige Mehrforderungen vom Reich. Ich verzichte gern für Preußen auf alle Ueberweisungen vom Reich, falls man uns sicher stellt dagegen, daß künftig die Matrifularbeiträge die Ueberweisungen überschreiten. Gerade diese jetzigen Schwankungen sind das für die Einzelstaaten gefährliche; zumal bei den großen Schwankungen auch in unseren Betriebsverwaltungen. Gerade diese machen auch — wie das jeder Privatmann in guten Jahren thut — Amortifikationen, Reformentstellungen erforderlich. Organische Einrichtungen, um diese Schwankungen zu verhindern und einen dauernden mittleren Durchschnitt zu gewinnen, sind nicht Schablone, nicht Mechanismus, wie Richter es nennt. Zur Rechtfertigung der Einnahme-Unterschätzungen in den letzten Jahren verweist Redner dann auf die Schwierigkeit der Schätzungen. Auf die Möglichkeit großer Einnahmen im Reiche könne man jedenfalls keine dauernden Ausgaben in Preußen gründen. Der Vortredner warf mir eine zu lebhaft Phantasie und eine zu starke Hinneigung zu sozialpolitischen Ideen vor. Das Urtheil darüber überlasse ich der öffentlichen Meinung und diesem hohen Hause. Auch für agrarische Zwecke sei ich, so sagt Herr Richter, immer bereit. Aber sehen Sie sich doch an, wie wenig der Etat für das landwirtschaftliche Ministerium im Laufe der Jahre gestiegen ist. Ich mache mir nichts daraus, wenn man mich einen einseitigen Agrarier nennt. Ich habe keinen Agrarier und keinen Palm. Wer nicht begriff, daß es sich hier um ein starkes Gild handelt, der mag mich immerhin einen Agrarier scheitern. (Bravo rechts.) Der Staat muß eingreifen zum Schutze der Schwachen, natürlich innerhalb bestimmter Grenzen. Ueberall hat man das begriffen, nur Herr Richter sieht als Mandaristemann wie ein Fels im Meere (Heiterkeit), während ich immer bemüht gewesen bin, meine Politik den Verhältnissen anzupassen. (Beifall.)

Herr v. Jedlich (l.) bestritt zunächst, daß bei dem Lehrerbeförderungs-Geseß die großen Städte zu benachteiligt seien, wie Richter dies behauptete. Dieser kenne das Geseß gar nicht. Wenn am Wahlrecht etwas geändert werden sollte, wie Richter das wolle, so müsse das im Reiche geschehen, und zwar müsse das Wahlrecht der Gebildeten vergrößert werden. Und handele es sich um Beseitigung von Mängeln im Vereins- und Versammlungsrecht, dann bedürfte es vor allem auch eines wirksameren Schutzes gegen den Mißbrauch dieses Rechts. Richter habe niemals neue Einnahmen bewilligt und nur dann auf deren Nothwendigkeit hingewiesen, wenn er neuen Ausgaben für die Sicherheit des Reiches widersprochen habe. Irrthümer in den Einnahmeschätzungen könne Richter um so weniger anderen vorwerfen, als Richter selbst bei Verleihung der Ehrenkreuz-Erhörungen stets voraussetzliche Ertragsrückgänge verheißt und sich darin, wie die Gegenwart zeige, stark geirrt habe. Eine Fürsorge für die Landwirtschaft sei unumgänglich. Ein Staat, der sich dem entziehen wolle, wäre werth, von den Sozialdemokraten vernichtet zu werden. Möge deshalb der Staat weiter energisch mit den sogenannten kleinen Mitteln fortfahren!

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Dr. von Jazdzewski (Polen) und Sattler (nall.) erklärt

Abg. Graf Limburg-Solimna (kons.), seine Partei sei im allgemeinen mit der Schilderung der Lage seitens des Ministers einverstanden. Von den Verhältnissen in der Landwirtschaft zeuge neuerdings wieder der Nachweis über den Rückgang der Domänenpachten. Nur gerecht sei das Streben nach einer Finanzreform, bei welcher den Einzelstaaten gesagt werde: das und das ist das Maximum dessen, was Ihr an das Reich zu bezahlen habt. Er hoffe, die Regierung werde nicht aufhören, diese Reform anzuführen. Redner spricht der Regierung sodann das Bedauern seiner Partei aus, daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht energischer geführt werde. Hier handele es sich nicht um einen Geisterkampf, sondern um einen Kampf gegen die platte Macht. Die Konservativen hätten stets auf christlichem Boden gestanden, aber mit einer christlich-sozialen Richtung haben sie nichts zu thun, welche nach Art der Sozialdemokratie hebe. (Beifall.) In Bezug auf die Landwirtschaft müsse er sagen, die Regierung erkenne den Ernst der Lage nicht. Redner verteidigt schließlich den Antrag Kanis. Wir glaubten früher, so bemerkt er, wenn die Regierung immer sagt: Ich kann nicht, so heiße das: ich will nicht. Ist dem anders, glaubt die Regierung wirklich, sie könne nicht, so muß ich sagen, die Lage ist doch anders, als vor 6 Jahren. Ist denn das bedenklich, wenn die Konservativen auf den Ernst der Lage aufmerksam machen? Wir Konservativen hier halten jedenfalls an dem Antrage Kanis fest und sehen auch in dem Vorgehen des Bundes der Landwirthe nichts Unzulässiges. Will man alles ausschließen von den Konservativen, was zum Bunde der Landwirthe gehört, — was bleibt dann übrig? Die Regierung müßte doch nothwendigerweise den unheilvollen Folgen der Handelsverträge (Gedächtnis links) vorbeugen, und wenn sie jenes Mittel nicht ergreifen will, trägt sie die Verantwortung. (Beifall rechts.)

Morgen 11 Uhr Fortsetzung.
Schluß 4 Uhr.

Partei-Nachrichten.

An die Frauen und Mädchen Berlins! Freitag, den 24. Januar wird in der Norddeutschen Brauerei, Chausseest. 58, eine Volksversammlung abgehalten, wo Frau Clara Zetlin aus Stuttgart über die Prostitution und ihre Bekämpfung durch die Bourgeoisie referiren soll. In anbetragt der wichtigen Tagesordnung wird zahlreicher Besuch der Versammlung erwartet.

Von der Agitation. Die erste Volksversammlung, die unser Genosse Bollmar nach seiner Genesung am 20. d. M. im Kindkeller zu München abhielt, gestaltete sich, wie uns ein Privat-Telegramm meldet, zu einer impotenten Demonstration; mehr als 6000 Personen füllten den mächtigen Raum. Bollmar, bei seinem Erscheinen stürmisch begrüßt, besprach die Politik des Deutschen Reiches in den vergangenen 25 Jahren und zeigte, daß die heutigen politischen — äußere wie innere — die wirtschaftlichen und die Rechtszustände den energischen Widerspruch der übergroßen Mehrheit unseres Volkes herausfordern. In einer Resolution wurden von ihm die Forderungen der Sozialdemokratie kurz zusammengefaßt und erklärt, daß diese Partei einzig und allein für eine gründliche Aenderung der unwürdigen Zustände, für politische Freiheit und wirtschaftliche Erlösung eintritt. In der Diskussion sprachen Genosse Grillenberger und der Demokrat Prof. Quide, der gegen jenen Passus der Resolution protestirte, wo gesagt wird, daß die sozialdemokratische Partei allein für gründliche Aenderungen sei. Auf Quide's Verlangen erfolgt über die Resolution getrennte Abstimmung; aber nur acht Theilnehmer der Versammlung hoben ihre Hände für Bollmar, alle anderen stimmten den Ausführungen und der Resolution des Genossen Bollmar bei.

Von der Amnestie wurden weiter noch betroffen Genosse Wiehle, Redakteur der „Thüringer Tribune“, der sich wegen Lucius-Belädigung eine Strafe von 50 M. zugezogen; Genosse Ohl in Stettin, dem die Strafen und Kosten aus den Septemberprozessen erlassen sind; auch Genosse Herbert in Stettin hat von der Amnestie noch Vortheil, da noch eine Kostenrechnung über die 6 Wochen Gefängniß, die er kürzlich „verbüßte“, zu begleichen ist. Ebenso fällt unter die Amnestie das vorige Woche gegen Genossen Steinweg in Stettin ergangene Urtheil.

Das „Volkblatt für Halle“ ist am 18. d. M. in ein neues Heim übergesiedelt; Redaktion, Expedition und Druckerei des Blattes befinden sich jetzt in der Geiße Straße 21 zu Halle a. d. Saale.

In Wriegen, nicht in Burzen, wie in gefriger Nummer stand, hat unsere Partei durch den Grundstückskauf des Genossen Salomon wieder einen Saal zur Verfügung.

Gewerkschaftliches.

Sämmtliche Wittkellungen von Organisationen, vor allem solche über Ausstände oder Ausperrungen, müssen seit den Stempel der betreffenden Organisation tragen.

Die Ladrer und Anstreicher Berlins beschlossen am Montag in einer Versammlung einstimmig die energische Durchführung folgender Forderungen: 24 M. wöchentliches Mindestlohn für jede im Ladrergewerbe beschäftigte Person; 5 stündige Arbeitszeit; 25 pct. Lohnzuschlag für Ueberstunden; Sonnabends eine Stunde früher Feierabend; bei Bedarf an Arbeitskräften sollen die Meister den unentgeltlichen Arbeitsnachweis der Gehilfen benutzen. Jeder Kollege wurde verpflichtet, bis zu einem etwa ausbrechenden Streik wöchentlich 25 Pf. an die Streikliste beizubehalten an die Lohnkommission zu zahlen. Es werden nur nummerirte und gestempelte Streikarten ausgegeben werden. Die Arbeitslosen haben sich im Arbeitsnachweis bei Röllig, Neue Friedländerstr. 44, zwecks Abstempelung der Karten zu melden. Näherer Bericht über die Versammlung folgt morgen. Bemerk sei nur noch, daß sich die Unternehmer bis jetzt ablehnend verhalten haben, so daß der Streik als kaum vermeidlich betrachtet wird.

Die Firmenschilder-Fabrik von N. Pochsch in Berlin, Brüderstraße 24, sucht, wie uns aus Kopenhagen geschrieben wird, durch Annoncen in unserem dänischen Parteiorgan, dem „Sozialdemokraten“, Schriftsteller zu dauernder Beschäftigung bei der bevorstehenden Berliner Industrie-Ausstellung anzuerwerben, wobei die patriotische Firma natürlich „hohen Verdienst“ verspricht. Weiter empfiehlt sie sich in dem Inserat als „beste eingearbeitete Firmenschilder-Fabrik“.

Da im Berliner Adressbuch nur eine Firmenschilder-Fabrik genannt ist, die den Namen Pochsch führt, so gehen wir wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die in unserem dänischen Parteiorgan Arbeiter suchende Firma die selbe Firma Pochsch ist, von der wir in der Nummer 14 des „Vorwärts“ vom 17. Januar die Mittheilung brachten, daß sie den Maler Filz wegen dessen Weigerung, sich dem Kontrollmarken-System zu unterwerfen, nicht nur entlassen hat, sondern ihm auch jedwede sonstige hiesige Arbeitsgelegenheit in seinem Fach abzuschneiden sucht, indem sie unter Berufung auf einen Fabrikantenbeschuß die übrigen Firmen ersuchte, Filz nicht in Arbeit zu nehmen oder, wenn dies geschehen sein sollte, ihn sofort zu entlassen, oder, wenn man nicht selbst Gehilfen beschäftige, bei dem betreffenden Zwischenmeister dahin zu wirken, daß er Filz keine Arbeit gebe.

Es bedarf keiner besonderen Versicherung, daß die dänischen Firmenschildermaler sich's zweimal überlegen werden, unter solchen Umständen dem Anerbieten der Firma Pochsch Folge zu leisten.

In Warschau haben am 11. Januar die Weber der Gardinenfabrik von Szekuler, Wyszogau u. Meyer die Arbeit eingestellt. Die Fabrikleitung beabsichtigt, die Plätze der Streikenden durch auswärtige Arbeiter zu besetzen. Sollten auch deutsche Weber Arbeitsangebote dieser Fabrik empfangen, so erwarten die Warschauer Kameraden, daß sie der Pflicht der internationalen Arbeitersolidarität eingedenk sein werden!

Depeschen und letzte Nachrichten.

Leipzig, 21. Jan. (Reichsgerichts-Korresp.) Referat über eine Majestätsbelädigungs-Verhandlung. Der Redakteur des „Vorwärts“, Roland, wurde am 5. Okt. 1895 vom Landgericht Berlin I wegen Majestätsbelädigung zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt. Inkriminiert war ein Nr. 65 des „Vorwärts“ abgedrucktes Referat über eine Verhandlung vor dem Landgericht Zwickau vom 11. März 1895, in welcher der Weber H. wegen Majestätsbelädigung zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt wurde, weil er in einer Textilarbeiter-Versammlung in Beziehung auf den Kaiser eine Aeußerung gebraucht hat, in der das betreffende Gericht eine Herabwürdigung des Kaisers erblickte. Der Verhandlungsbericht, in der Gerichtszeitung des „Vorwärts“ unter der Spitzmarke „Wie man in Sachen Sozialisten verurtheilt“ abgedruckt, wiederholte auch die inkriminierte Aeußerung, worin das Landgericht Berlin I eine neue Majestätsbelädigung erblickte. Das Reichsgericht erklärte die Prozeßbeschwerde für haltlos, materiell fehle es jedoch an einer ausreichenden Feststellung des Dolus des Angeklagten. Da das Urtheil in dieser Beziehung nicht klar sei, hob das Reichsgericht auf die Revision des Angeklagten das Urtheil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück.

Der Brausewetter-Kammer genügte beinahe die Tendenz des „Vorwärts“, um den Dolus einer Majestätsbelädigung festzustellen. So genügsam war diesmal das Reichsgericht jedoch nicht.

Leipzig, 21. Januar. Schoenlant erklärt sich in einem Aufrufe bereit, in der sächsischen Wahlrechtsbewegung die nöthigen Anstöße zu ertheilen, mit Rath und That einzugreifen und nach allen Richtungen hin Ausschüsse über Mittel und Wege zur Durchführung der Agitation zu geben.

Triest, 20. Januar. (W. L. W.) Im Landtage erklärte der Landeshauptmann, der Antrag des radikalen Abgeordneten Spadoni, betreffend eine Sympathie-Kundgebung für die italienischen Truppen in Afrika sei der Kompetenz des Landtages entriekt und könne nicht zur Verhandlung zugelassen werden. Beim Schluß der Sitzung wurden vereinzelt Rufe des Galleries-Publikums laut: „Evviva Baratieri, Evviva Galliano.“

London, 21. Januar. (W. L. W.) Die „Times“ meldet aus Kapstadt unter dem 20. d. M.: Jameson und der Rest seiner Anhänger sind unter Bedeckung nach Natal abgegangen. Aus Pretoria wird gemeldet, daß der größte Theil der politischen Gefangenen gegen eine Sicherstellung von je 2000 Pfund Sterling in Freiheit gesetzt worden ist.

London, 21. Januar. (W. L. W.) Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Yokohama: Der frühere japanische Gesandte in Seoul, Viconte Mura, und die anderen der Betheiligung an dem Staatsstreich in Korea im Oktober 1894 Verurtheilten sind mangels Beweises freigesprochen worden.

Petersburg, 20. Januar. (W. L. W.) Während einer Tagesvorstellung im Holstheater in Jelaterinowlaw entstand ein Brand, welcher das ganze Theater einäscherte. Bis 11 Uhr abends war die Auffindung von 49 Leichen gemeldet worden.

Washington, 21. Januar. (W. L. W.) Der Präsident Cleveland hat von dem Kongreß die Summe von 20 000 Doll. zur Dotirung einer besonderen amerikanischen Sektion auf der diesjährigen Kiefer internationalen Fischerei-Ausstellung verlangt.

Reichstag.

20. Sitzung vom 21. Januar 1896. 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: von Stephan, Graf Posa-

bowitzky.
Die Beratung des Postetats wird fortgesetzt.
Der Referent Abg. Württemberg erstattet über die dem Hause zugegangenen auf den Postetat bezügliche Petition des Magistrats zu Gerresheim Bericht. Die Petition, welche auf Ermäßigung der Fernsprechnetze abzielt, soll nach dem Antrag der Budgetkommission den verbündeten Regierungen zur Berücksichtigung überwiesen werden.

Abg. Lenzmann (fr. Sp.): Die großartige Entwicklung des deutschen Reichspost- und Telegraphenwesens ist hauptsächlich in der Hauptsache ein Verdienst des Herrn von Stephan, aber das war noch der alte General-Postmeister Stephan, nicht der heutige Staatssekretär des Reichs-Postamtes. In den letzten Jahren ist, wenn man auch einige kleine Fortschritte anerkennen kann, doch im ganzen zu wenig geschehen, um die berechtigten Klagen sowohl des Publikums wie der Beamten zu beschwichtigen. Auch sind an vielen Stellen im Lande die postalischen Verhältnisse nichts weniger als befriedigend geordnet. (Nedner führt einen bezüglichen Fall aus seinem Wahlkreise näher an.) Aber besonders auf dem sozialpolitischen Gebiete hat die Verwaltung in letzter Zeit fast alles zu wünschen übrig gelassen. Wie läme es sonst, daß fast alle Unterbeamten Sozialdemokraten sind? Die Landbriefträger erlangen erst mit 18 Jahren die Anciennitätsberechtigung, während zahlreiche junge Leute schon mit 16 Jahren mit vollem Dienst eingestuft werden. Warum wird die berechtigten Klagen der Oberpostsekretäre auf Erhöhung des Maximalgehaltes nicht berücksichtigt? Weshalb macht man immer noch Schwierigkeiten bei der definitiven Anstellung als Postkassierer? Allerdings kann der Schatzsekretär der Postverwaltung zu Hilfe. Er lehnt jedes Eingehen auf die finanziellen Wünsche ab, so lange der Reichstag keine neuen Einnahmen, also neue Steuern oder ein neues Monopol bewilligt hätte. Solche Drohungen aber versagen beim Reichstage nicht. Herr v. Stephan weist auf die großen Ueberschüsse seiner Verwaltung hin und Herr v. Stumm hebt hervor, daß die Post doch vielleicht mit einem Defizit arbeiten würde, wenn sie die Leistungen der Eisenbahn bezahlen müßte. Das beweist, daß die rein kaufmännischen Verdienste der Postverwaltung doch nicht so weit her sind, als Herr v. Stephan gestern behauptete. In dieser Hinsicht würde mehr gewonnen, wenn an den Bauten mehr gespart würde. (Zustimmung auf mehreren Seiten.) Namentlich in der Provinz werden viel zu prächtige und großartige Dienstwohnungen gebaut, welche die Beamten von ihrem dürftigen Gehalt garnicht mobilisieren können. Da sollte gespart werden, nicht kostspielige, sondern einfache und zweckmäßige Bauten! Die Finanznoth, von der Graf Posa-bowitzky sprach, muß auch herhalten, wenn das Publikum seine Wünsche laut werden läßt; auch billigere Bestellung der Stadtbriefe, Herabsetzung des Briefgewichtes, Ermäßigung der Telegraphengebühren, Ermäßigung des Zeitungstarifs. Die 15 Millionen Ausfall sind durchaus willkürlich berechnet; die zu erwartende Zunahme des Verkehrs viel zu gering angeschlagen. Das Monopolwesen hat der Staatssekretär rechtzeitig zum Monopol gemacht und ist von seinem Standpunkte aus mit recht stolz darauf. Das Publikum hat aber wenig davon. Der 20. deutsche Handelstag hat festgestellt, daß, wenn auch der absolute Zahl nach Deutschland das größte Fernsprechnetz hat, doch in Schweden schon auf 300, in der Schweiz, Dänemark und Norwegen auf eine noch erheblich geringere Anzahl Einwohner ein Anschluß kommt, in Deutschland erst auf 573. Wir sind also keineswegs in dieser Richtung am meisten vorgeschritten. Wenigstens sollte der Vorschlag, daß es gestattet würde, zu einem geringeren Satz auf 3 oder 6 Monate sich anzuschließen, berücksichtigt werden. In rigorosster Weise ist vorgeschrieben, daß die Benutzung des Telephons nur dem Angehörigen freistehen soll, da aber diese Bestimmung in dieser Strenge ganz unausführbar ist und auch nicht ausgeführt wird, so sollte dieser bürokratische Jozp doch endlich beseitigt werden. Wir müssen gerade in den kleineren Städten dahin kommen, wozu man in Schweden und Norwegen längst gekommen ist, daß jeder kleine Handwerker seinen Telephonanschluß hat; der nützt ihm viel mehr als der Befähigungsnachweis und das ganze Zwangsinnungswesen! (Heiterkeit rechts.)

Staatssekretär des Reichs-Postamtes v. Stephan: Das Annahmealter der Landbriefträger ist früher auf sechszehn Jahre normirt gewesen; es hat sich aber gezeigt, daß dieser Termin zu frühe ist, da die jungen Leute in diesem Alter noch nicht die notwendige Charakterfestigkeit besitzen. Ein reiferes Alter festzusetzen, war eine Nothwendigkeit für die Verwaltung. Mit dem Vordredner stimme ich in dem großen Bedauern überein, daß den Ober-Postsekretären noch immer nicht das Maximalgehalt zu theil geworden ist, aber nicht die Verwaltung hat daran schuld, sondern der hohe Reichstag. 1890 haben wir die Gehaltsverbesserung hinaus bis zum Postrathe beantragt, der Reichstag hat aber gerade vor den Ober-Postsekretären Halt gemacht. So liegt die Sache! Die Ueberschüsse der Verwaltung sollen durch die Transportfreiheit auf den Eisenbahnen ausgeglichen werden. Auch hier liegt die Sache ganz anders. Schaffen Sie die Portofreiheit der Eisenbahn und aller Behörden ab, so haben wir reichlich das Geld, um die Eisenbahnpostwagen zu bezahlen. Die von dem Vordredner so gelabelten kostspieligen Postbauten reichen schon heute für die kolossal gestiegenen Verwaltungsbedürfnisse entfernt nicht mehr aus. Was die Wohnungen betrifft, so hören wir von den Beamten field die entgegengesetzten Klagen, daß sie nicht groß und nicht geräumig genug sind. Die verfallenen Ermäßigungen werden allerdings 15 Millionen Ausfall herbeiführen, und nur sehr viel weniger, wenn die Herabsetzung der Fernsprechnetze auf gewisse Distrikte beschränkt wird. Welche ungeheuren Kosten die neuen Fernsprechanlagen verursachen würden, wird bei diesen Forderungen stets übersehen. In der Schweiz hat der Staat schon zweimal den Tarif erhöhen müssen. In Schweden sind die Telephonanlagen im Privatbetrieb, dort werden die Beamten jämmerlich bedollet; die Apparate, die wir unentgeltlich liefern, müssen dort bezahlt werden; das wird immer übersehen und immer und nur der niedrige Tarif vorgehalten. Der Zonentarif in Oesterreich-Ungarn ist ein besonders unglücklicher Beweis; erst vor drei Tagen ist der Tarif erheblich erhöht worden. Im vorigen Jahre hat sich der Handelstag in Abänderung seines vorherigen Beschlusses gegen die Ermäßigung ausgesprochen. Die Frage des Postzeitungstarifs ist eine sehr schwerwiegende. Auf eine Ermäßigung der schon jetzt bei uns im Minimum herabgesetzten Postzeitungsgebühr ist unter keinen Umständen zu rechnen, wenn auch manche Zeitungen darüber sehr schreiben werden. Die gestern hier erwähnten Vorschläge stammen ja sammt und sonders von interessirten Verlegern, dazu treten die verschiedenen Interessen der verschiedenen Zeitungsgruppen. Wie die „Kölnische Zeitung“ und andere verfahren, ist uns ja bekannt; einschreiten werde ich dagegen nicht, ich gönne den armen Leuten, die

dabei Potendienste verrichten, ihren Erwerb sehr gern, ebenso wie denjenigen, welche bei den verschiedenen Privatpostanstalten in den großen Städten beschäftigt sind; es ist das einer der Gründe, weshalb ich das Stadtbriefporto nicht ermähige.

Abg. Förster-Neustettin (Antisemit) kann nicht umhin, einem gewissen Pessimismus Ausdruck zu geben, denn Jahr für Jahr werden im Reichstage dieselben Klagen und Beschwerden erhoben, dieselben Anregungen gegeben, und Jahr für Jahr erhält das Haus dieselben Antworten von der Postverwaltung. Nur in einigen untergeordneten Punkten sei man dem Hause entgegengekommen. Dennoch gebe er die Hoffnung nicht auf, daß doch endlich einmal etwas dabei herauskommen werde. Vom Bundesrathstische werde immer schweres Geschick aufgeföhren, Herr v. Stephan und Herr Fischer hätten von heftigen Angriffen gesprochen. Das sei doch nicht zutreffend; man müßte sonst auch den ironischen Ton, in welchem Herr v. Stephan Herrn Lenzmann geantwortet, als heftig bezeichnen. Die Post sei leider zu sehr an die Berechnungen der Finanzverwaltung gebunden und unterlasse deshalb vielfach Maßregeln, deren Zweckmäßigkeit ihr sicherlich einleuchte. Aber auf den einen Ueberschussstandpunkt soll sich die Postverwaltung nicht stellen lassen; der Einspruch der Reichs-Finanzverwaltung hatte nicht abschredend zu wirken. Bei den gewaltigen Aufgaben, welche zur Sicherheit des Reiches vom Reichstage gefordert werden, fragt man nicht danach, wo die Gelder hergenommen werden, das ist cura posterior. Befriedige man die berechtigten Ansprüche der Beamten, so trage man zu derselben Sicherung des Reiches eben so viel bei, wie durch die Bewilligung von Militär-vorlagen. Die Mehrheit des Hauses werde Mehrforderungen dieser Art auch auf die Gefahr hin bewilligen, daß die Gelder nicht gleich bereit lägen. Nedner verweist auf den unvermeidlichen Rückgang der Einnahmen. Jede Verkehrsverbesserung sei doch auch eine finanziell vortheilhafte Maßregel. Mit finanzieller Engbergzigkeit hätte man auch früher das 10 Pf.-Porto, das Weltpostporto, die bisherigen Verbilligungen der Telegraphengebühren nicht erreicht. Eine schablonisirende Regelung des Paketverkehrs am Sonntage verlange der Reichstag keineswegs; in dieser Beziehung solle die Verwaltung freie Hand haben, wenn nur am Sonntage keine gewöhnlichen Pakete bestellt werden. Unterstaatssekretär Fischer habe gestern bestritten, daß der Erholungsurlaub nur in geringem Umfange und parteiisch ertheilt worden sei; die für Berlin angeführten Zahlen genügen aber nicht. Die Verwaltung könne nicht einseitig über die Bedürfnisfrage in dieser Hinsicht entscheiden. Der Erholungsurlaub sei ein Recht jedes Beamten; nach dem Alter und der Dienstzeit abgestuft müsse er jedem Beamten zu theil werden. Ueber die Aeußerungen des Herrn v. Stumm, der der Regierung ausdrücklich seinen Dank dafür ausgesprochen, daß sie den Beamten (Zuruf rechts: Ausschreitungen!)... nun gut, den Ausschreitungen der Beamten energisch entgegengetreten sei, sei er geradezu erschrocken gewesen, weil er in diesem so allgemein ausgesprochenen Satze eine sozialpolitische Gefahr erblicke. Allerdings sei Herr v. Stumm einig mit der Verwaltung in der Abneigung gegen den Postassistenten-Verband, der doch nur von seinen staatsbürgerlichen Rechten Gebrauch mache. Herr von Stumm fordere mit seiner Ausführung geradezu zu einem Mißbrauch der Verwaltungsbesugnisse auf, womit lediglich Sozialdemokraten gezeichnet würden. Staatsverhalteude könne man jedenfalls eine solche Aufforderung nicht nennen, eher gehöre sie in das Kapitel des Umsturzes von oben. Die ersten Beamten der Post brauchten wahrlich nicht erst scharf gemacht zu werden, sie seien gegen die unteren Beamten doch schon scharf genug. Andererseits müsse er auch den Versuch des Abg. von Jozdewski zurückweisen, der den deutschen Postbeamten in den polnischen Theilen verschränken wollte, von ihren staatsbürgerlichen Rechten Gebrauch zu machen. Nedner weist auch wiederum auf die mangelhafte Einrichtung der deutschen Postanstalten im Innern hin, plädirt ebenfalls für billigere Postbauten und tritt wie im Vorjahre dafür ein, daß den Militär-anwärtern auch im ersten Jahre ihres Dienstes wenigstens eine Entschädigung von 2/3 des Stellengehaltes gewährt werde. Eine „informativische“ Beschäftigung dieser Personen leime das Gesetz nicht. Wieht man den höheren Beamten gern Zulagen, so müsse man auch die Ansprüche der kleinen und kleinsten Beamten befriedigen, sonst befördere man auch auf diese Weise den Umsturz von oben. Die beharrliche Ignoranz dieser Forderung sehe fast wie eine Mißachtung der im Reichstage zur Kenntniz der Verwaltung gebrachten Beschwerden aus. Schließlich stellt Nedner zur Erörderung, ob nicht von Amts wegen auf eine mehr unparteiische Behandlung der Privatposten und derjenigen des Wolff'schen Telegraphen-Bureaus hinzuwirken sollte. Oft werden Privatposten bei der Telegraphen-Verwaltung zurückgestellt, weil man denen des Wolff'schen Bureaus den Vorrang einräume.

Es sind inzwischen zwei Anträge Schäbler eingegangen. Zum Ausgabebetitel „Staatssekretär“ ist der folgende gestellt: „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, möglichst bald einen Gesetzentwurf zur Umgestaltung des bestehenden Post-Zeitungs-tarifs dem Reichstage vorzulegen, zu diesem Zwecke in eine eingehende Prüfung der von sachverständiger Seite gemachten Vorschläge eintreten zu wollen, jedenfalls aber in den neuen Post-Zeitungsstarif auch das Gewicht der zu besördernden Zeitungsnummern zu berücksichtigen.“

Bundeskommissar Seheimer Ober-Postrathe Schadow: Der Militär, der vielleicht drei oder vier Jahre lang in der Front gestanden hat, kann nicht in drei Monaten alle Interna des Postdienstes sich zu eigen machen; dazu gehören mindestens sechs bis neun Monate; hätte die Verwaltung, was ihr Recht gewesen wäre, diese Leute in den ersten neun Monaten auf ihre Militär-pensten angewiesen, so wären sie vielleicht in Bedrängniß geraten. Um dies zu vermeiden, haben wir von Anfang ihnen trotz des Bundesrathesbeschlusses von 1882 einen Tagesatz von 2,50-2,75 M. für die zugehörige informativische und Probe-Dienstzeit gewährt. Wir haben das Verhältnis als ein solches angesehen, welches von den Bedingungen von 1882 überhaupt nicht getroffen wurde. Allerdings behielt die Militär-Verwaltung die Pension ein Jahr länger auf dem Etat, und nur sie hätte sich darüber zu beschweren gehabt. Sie hat das auch gethan, zog ihre frühere Zustimmung zurück, und wir waren zu einer Neuordnung dieser Geldfrage gezwungen. Inzwischen war auch das Gehalt der Postverwalter erhöht worden, und dieser Umstand mußte ungünstig auf das Verhältnis der Militär-anwärter zurückwirken. Um sie nicht zu schädigen, haben wir von der informativischen Dienstzeit abgesehen und alles als Probe-dienstzeit behandelt. Ein Recht auf Nachzahlung haben nach dieser Darstellung die früheren Militär-anwärter absolut nicht.

Abg. Hammacher (natl.): Dem gestrigen Angriff auf den Verein zum Schutz der deutschen Interessen in den polnischen Landes-theilen muß entschieden entgegengetreten werden. Die Anerkennung für Herrn v. Stephan, daß seine Energie, sein organisatorisches Talent unser Postwesen zur heutigen Entwicklung gebracht hat und daß eines seiner größten Verdienste die Monopolisirung des Fernsprechnetzes ist. Allerdings ist die Ausdehnung dieses Dienstes in weniger bevölkerten

Gegenden nur durch das Monopol zurückgehalten worden. Ein gut Theil der Unzufriedenheit und Erbitterung der Beamenschaft geht auf das System der Dienstalterszulagen zurück, welches lediglich auf Andringen des Reichstages zur Einführung gelangt ist. Herr Förster überschätzt den Einfluß des Generalpostmeisters auf die Reichs-Finanzverwaltung; leider sind unsere Reichsfinanzen auch auf die Ueberschüsse aus der Postverwaltung angewiesen. So lange die Reichsfinanzen nicht anders geordnet werden, können wir die Ueberschüsse der Postverwaltung nicht entbehren. Vom Standpunkte des Verkehrswezens müßte aber doch ernstlicher geprüft werden, ob nicht in einem oder anderen der immer wieder zur Sprache gebrachten Punkte reformirt werden könnte. Die Bedenken gegen die Herabsetzung des Briefportos könnte die Verwaltung wohl fallen lassen, wenn sie beachtet, daß das Publikum allmähig von leichtem Briefpapier, von „Magler's Verdruf“, zu schwerem Briefpapier übergeht, ein Kulturfortschritt, der durch die Herabsetzung des Portos noch weiter gefördert werden würde. Das Fernsprechnetz hat sich in Deutschen Reich ganz ungleichartig verbreitet. In Dänemark ist fast jeder Ort, jedes Dorf mit dem übrigen Lande durch eine Fernsprechnetz verbunden. Keinesfalls wird ja für Deutschland nicht so bald durchführbar sein, aber die Verwaltung sollte doch zu einer besseren Entwicklung des Fernsprechnetzes auf dem Lande selbst den Anstoß geben.

Abg. v. Stumm (Sp.) erklärt, dem Antrage Schäbler wegen des Post-Zeitungsstarifs nicht zustimmen zu können. Er habe natürlich nur von Ausschreitungen der Beamten gesprochen und habe von seinen Aeußerungen nicht zurückzunehmen. Weiter spricht sich Nedner gegen den Antrag Eisingens wegen Frohnleichnam und Allerheiligen aus, man könne für die Postbeamten nicht Ausnahme-gesetze machen. Sollen die Postbeamten nicht arbeiten, dann müssen in überwiegend katholischen Gegenden auch die Arbeiter feiern. Er sei gern bereit, so weit mitzugehen, weil nach den neuen Bestimmungen über die Sonntagsruhe in der Gewerbe-Ordnung völig unklar geworden, welches gesetzliche Feiertage seien.

Abg. Eisingens (Z.) hält sich für verpflichtet, die ihm zugegangenen zahlreichen Petitionen, welche sich theilweise in sehr bitteren und harten Ausdrücken darüber auslassen, daß den Petenten immer noch keine Sonntagsruhe gewährt werde, wenigstens zu erwähen, um daran die Erklärung zu knüpfen, daß es in der Postverwaltung, wie in der Militärverwaltung nicht genüge, wenn entgegenkommende Erklärungen im Reichstage abgegeben würden, die praktische Erfüllung der abgegebenen Versprechungen aber ausbleibe. Er findet, daß die gestrigen Erklärungen des Unterstaatssekretärs Fischer bezüglich des Paketverkehrs gar keine Gewähr dafür bieten, daß wenigstens etwas in dieser Beziehung für die Beamten geschehen werde.

Abg. Förster (Reform-P.) ist mit dem Abg. Eisingens und im Gegensatz zu dem Standpunkte des Herrn v. Stumm der Meinung, daß die Frage der Sonntags- und Feiertagsruhe allerdings zur Kompetenz des Reichstages gehöre.

Abg. Förster (Neustettin) bleibt dabei stehen, daß den Militär-anwärtern, die im Postdienste stehen, hinsichtlich der Beförderung für die Beschäftigung vor der definitiven Anstellung nicht ihr volles Recht wird.

Abg. Dine (Z.) tritt dem Abg. v. Stumm entgegen.

Abg. Schall (L.) erkennt die Tendenz des Antrages Eisingens als berechtigt an; die Erledigung der Frage müsse aber im preussischen Landtage erfolgen; er werde in diesem Sinne im Abgeordnetenhause wirken. Seine Partei habe das Vertrauen zur Postverwaltung, daß sie auf dem Wege immer ausgiebigerer Gewährung der Sonntagsruhe fortschreiten werde.

Abg. v. Stumm: Da es nicht möglich ist, die katholischen und evangelischen Arbeiter und Arbeitgeber vollständig zu trennen, so müßte nothwendig der Feiertag ein allgemeiner sein.

Abg. Lieber (Z.) kann nicht einsehen, weshalb man dem Antrage Eisingens, dessen Tendenz allgemeine Billigung finde, nicht zustimmen wolle.

Damit schließt die Diskussion. Die Abstimmung über die Anträge Eisingens und Schäbler wird ausgesetzt, da diese Anträge noch nicht 3 Tage dem Reichstage vorgelegen haben. Die Resolution der Kommission betreffend den Paketverkehr wird vom Hause anscheinend einstimmig angenommen und das Gehalt des Staatssekretärs bewilligt.

Im Titel 2 wird das Gehalt von 15 000 M. für einen neuen Direktor mehr gefordert. Die Kommission hat die Nothwendigkeit der Forderung insolge des vermehrten Dienstbedürfnisses anerkannt. Zu demselben Ergebnis ist die Kommission hinsichtlich der sämtlichen in Antrag gebrachten Personalvermehrungen der Zentral- und der Betriebsverwaltung gekommen.

Der Titel wird bewilligt, ebenso die sonstigen Ausgaben für die Zentralverwaltung. Nur beim Postausgabebetitel „Postarchiv“ wird vom Abg. Werner über den langweiligen Inhalt des Blattes und die einseitige Wiederergabe der parlamentarischen Verhandlungen in demselben Beschwerde geführt und die Abschaffung des Blattes anbegehrt.

Unterstaatssekretär Fischer bittet, dieser Anregung keine Folge zu geben.

Abg. Werner: Herr Direktor Fischer scheint, seitdem er Unterstaatssekretär geworden ist, das Bedürfnis zu empfinden, die Abgeordneten möglichst zu schulmeistern. Ich habe mich dagegen zu verwahren und halte meine Ausführungen aufrecht. Bei den Ausgaben für die Betriebsverwaltung, Titel „Ober-Postsekretäre“, tritt

Abg. Werner für die Aufbesserung des Gehaltes dieser Beamtenklasse ein.

Der Titel wird bewilligt. Zum nächsten Titel „Assistenten“ liegen zwei Anträge vor.

Abg. Werner beantragt: Den Reichskanzler zu ersuchen, die Gleichstellung der Post- und Telegraphenassistenten sowie der Postverwalter aus der Klasse der Zivilanwärter mit den Assistenten sowie den Postverwaltern aus der Klasse der Militär-anwärter in der Zulassung zur Sekretärprüfung von neuem in Erwägung zu ziehen.

Auf die Begründung des Antrages erwidert Staatssekretär v. Stephan nur mit der Nichtignellung, daß er nicht aus den Reihen der Assistenten, sondern der Eliten hervorgegangen sei.

Abg. Schäbler (Z.) beantragt: Den Reichskanzler zu ersuchen, falls eine ernete Prüfung der Frage, ob die Zivil-anwärter unter den Post- und Telegraphenassistenten den Militär-anwärtern in der Zulassung zum Sekretärsexamen gleichgestellt werden können, wieder zu einer verbindlichen Entscheidung führen sollte, wenigstens die Zulassung zum Sekretärsexamen denjenigen unter den Zivilanwärtern, welche die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst haben, zu gewähren und bei den übrigen Zivilanwärtern die Zulassung zum Sekretär-Examen von dem anderweit zu erbringenden Nachweis einer entsprechenden Vorbildung abhängig zu machen. Nedner bezeichnet den Antrag als einen Mittelweg, der namentlich die Zurücksetzung beseitigen solle, welche die zum einjährigen Dienst Berechtigten bisher erfahren, die immer noch mit dem Ober-Postassistenten ihre Karriere abgeschlossen sehen.

Unterstaatssekretär Fischer bittet, die beiden Anträge abzulehnen.

Abg. Gröber (Z.) weist die Berufung auf den bestehenden Rechtszustand als nicht stichhaltig zurück. Das Haus würde am besten thun, beide Anträge anzunehmen, dann könne die Verwaltung wählen.

Staatssekretär v. Stephan: Die Gleichstellung wäre ein entchiedenes Unrecht gegen diejenigen, die 12 Jahre vorher in der Armee gedient haben. Mit dem Antrage Schädler wurde ja der Erisapsel in diese Beamtenkategorie hineingeworfen. Eine Anzahl Beamten hat den Wunsch höheres Gehalt zu bekommen, als ihnen in ihrer Karriere in Aussicht steht; sie treten zusammen, sie machen auf dem Wege der Petition beim Reichstage dafür Propaganda. Wäre man hier nach, so ginge die ganze Organisation der Beamtenenschaft zu Grunde.

Abg. Schädler: Wo gleiche Arbeit ist, muß auch gleicher Anspruch auf Avancement sein. Auch für die Unteroffiziere ist seit 1871 sehr viel geschehen und man kann zweifelhaft sein, ob eine solche Unterscheidung heute überhaupt noch angebracht ist. Wie der Antrag Zwietracht in die Reihen der Assistenten tragen kann, ist mir mit Rücksicht auf den Schluß unseres Antrages zu tief.

Staatssekretär v. Stephan: Gerade in diesem Schlupfah steckt der Erisapsel, indem dort auch anderweit zu erbringender Nachweis der Einjährigbildung zugelassen wird.

Abg. Werner: Der innere Trieb zu eifriger Arbeit muß fehlen, wenn der Beamte weiß, daß er mit 27 Jahren schon am Ende seiner Karriere angekommen ist. Wenn das einem recht ist, ist es dem andern billig.

Staatssekretär v. Stephan: Den Zivilanwärtern fehlt eben die Schule, welche die Militär-Anwärter im 12jährigen Dienste in der Armee durchgemacht haben. Und wo sollen denn die tausende von Sekretärstellen plötzlich herkommen?

Abg. Gröber: Wenn der 12jährige Dienst einen Unterschied begründen soll, dann müßte doch wenigstens nach 12 Jahren auch der Zivilanwärter zum Examen zugelassen werden. Diese Konsequenz wird aber der Staatssekretär wohl nicht ziehen wollen. Die Militärverwaltung hat uns in eine Zwangslage gebracht; machen wir den Versuch, die Schwierigkeiten, die daraus hervorgehen, zu beseitigen, so finden wir gerade bei Herrn v. Stephan das größte Hindernis.

Damit schließt die Diskussion. Die Abstimmung über die Anträge wird angezettelt.

Beim Titel „Unterbeamte“ ertheilt der Präsident dem Abg. Bebel das Wort. Da jedoch — es ist nahezu 6 Uhr geworden — Ausruf: „Vertagung!“ laut werden, verzichtet Abg. Bebel vorläufig auf das Wort.

Die Vertagung wird beschloffen. Schluß 6 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Anträge betr. den Schutz der Bauhandwerker und Abänderung des Reichs-Wahlgesetzes.)

Parlamentarisches.

Die Justiznovellen-Kommission trat gestern Vormittag zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Es wurde zunächst beschloffen, die Vorlage zwei Lesungen zu unterziehen. Ferner wurde ein Antrag des konservativen Abgeordneten v. Bucha berathen, nach dem die Paragraphen des Gerichtsverfassungsgesetzes und die meisten der Straf-Prozessordnung bis § 800 in der Form als in erster Lesung beschloffen gelten sollten, welche ihnen in der Kommission vorigen Jahres vorläufig gegeben war. Vergänglich wiesen unsere Genossen und einige Abgeordnete des Zentrums darauf hin, daß diese außergewöhnliche Behandlung die Verhandlungen wider Willen der Abgeordneten in die Länge ziehen müßte, daß sie ferner der parlamentarischen Gepflogenheit und dem Prinzip der Nichtkontinuität der Sessionen widerspreche und daß hauptsächlich dadurch nur eine Lesung für die Kommission geschäftig werde — nur die Abg. Koerner (Z.), Stephan (Z.), Frohme und Stadthagen stimmten gegen den konservativen Antrag. Dieser Erfolg machte die begeisterten Anhänger für Nachgiebigkeit zu Gunsten der Regierung heilungsfähig. Abgeordneter Hintken beantragte: alle Anträge, welche nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit den Vorwürfen der Regierung stehen, bis nach Vollendung der ersten Lesung zurückzustellen. Dieser Antrag und ein noch weitergehender des Abg. Frhr. v. Salkingen fielen denn doch als zu offensichtlich das parlamentarische Ansehen schädigend durch. Es wurde nach dieser langwierigen Geschäftsordnungsbekanntmachung, die lediglich eine Verzögerung der Verhandlung herbeigeführt hat, endlich in die Beratung der Materie selbst eingetreten. Begonnen wurde mit § 818, vor dem die letztjährige Kommission ihre Arbeit beendet hatte. Die fast nur formellen Bestimmungen der Vorlage zu §§ 818, 819, 820, 827 und 846 wurden debattelos angenommen. Eine längere Debatte entspann sich über § 854, der die Berufung gegen in erster Instanz erlassene Urtheile der Strafkammern einführen will.

Stadthagen und Frohme beantragten, die Berufung auch gegen Urtheile der Schwurgerichte und gegen solche Urtheile zuzulassen, die das Reichsgericht in erster Instanz (bei Hochverrat) fällt. Ferner beantragten sie, dem Staatsanwalt lediglich das Recht einzuräumen, zu Gunsten des Angeklagten Rechtsmittel einzulegen. Zur Begründung wurde insbesondere auch angeführt, daß das Rechtsbewußtsein des Volkes dahin gehe, die kolossalen, meist nach einer unter Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgten Verhandlung seitens des Reichsgerichts verhängten Strafen seien meist völlig Unschuldigen auferlegt. Wie wolle man es rechtfertigen, jemanden, der zu 1 M. Strafe wegen Polizeibekretung durch Polizeimandat verurtheilt wird, 2 1/2 gerichtliche Instanzen zu geben, dem aber, der zu vielen Jahren Zuchthaus vom Reichsgericht verurtheilt wird, kein Rechtsmittel zu geben? Im Fall Reue sei niemand von der Schuld des zu Zuchthaus Verurtheilten überzeugt gewesen. Ja, in weiten Kreisen gehe die Ansicht dahin, Reue sei zu unrecht verurtheilt und so hoch verurtheilt, um ihn möglicherweise durch die Zuchthausstrafe geisteskrank werden zu lassen. Den Regierungen könne diese Ansicht und die Thatsache nicht unbekannt sein, daß Reue infolge der Zuchthausstrafe geisteskrank geworden sei. Und in solchen Fällen solle es keine zweite Instanz geben! Die Regierungsvorrede beklämpfte beide Anträge unserer Genossen. Auf den Fall Reue, der bekanntlich durch einen Spittel nach Deutschland gelockt war, gingen sie nicht ein. Aus der Kommission wurden einige Verbeugungen gegen die Anträge der Genossen gemacht, deren Ablehnung aber damit motivirt, daß die Regierung ja gegen die Anträge sei. Sie wurden gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt und dadurch deutlich dokumentirt, ob in der That die Mehrheit der Kommission zu Gunsten oder zu Ungunsten des Angeklagten Bestimmungen schaffen wolle. § 854 in der Fassung der Vorlage, und damit die Einführung der Berufung wenigstens gegen Strafkammer-Urtheile, wurde mit allen gegen des Abg. Schröder Stimme angenommen. Zu § 857, der die Zustellung des Urtheils nach Einlegung der Berufung behandelt, verlangten Stadthagen und Frohme die Aufnahme einer Bestimmung, daß gleichzeitig mit dem Urtheil eine Belehrung über das Recht oder die Pflicht des Angeklagten, die Berufung zu rechtfertigen, zugestellt werde. Für diese Bestimmung traten alle Abgeordneten ein, die die Unkenntnis der Laien mit vielen Schlingen der strafprozessualen Gesetze kennen. Der Regierungsvorrede, ehemaliger Staatsanwalt Lucas und der sächsische Generalstaatsanwalt Krüger beklämpften den Antrag lebhaft. Letzterer war sehr unwillig darüber, daß ein neues Prinzip in die Gesetzgebung eingeführt und der Laie über den Inhalt der Prozessgesetze belehrt werden solle. Stadthagen war es ein Leichtes, dem Sachsen vorgzuführen, daß dies Prinzip sehr verständlich sei, im übrigen bereits in Reichs-

gesetzen, z. B. im Gewerbegerichts-Gesetz und in preussischen und anderen Verwaltungsgerichts-Gesetzen zur Zufriedenheit aller Beteiligten seit langer Zeit fungire. Die Kommission nahm den Antrag Stadthagen-Frohme mit großer Mehrheit an. Nur Pastor Schall (kons.), v. Bucha (kons.), Seno (kons.), v. Bernstorff (freikons.) und Homburg (kons.) stimmten gegen diese kleine Erweiterung einer Belehrung des Laien über Gesetzesbestimmungen. Daraus wurde die Debatte abgebrochen und auf Donnerstag, den 23., 10 Uhr morgens vertagt.

Die Margarine-Kommission begann am 21. d. M. ihre Beratungen und beschloß, zwei Lesungen des Entwurfes stattfinden zu lassen.

Die Bestimmungen über Fabrikation von Margarine und Margarinefäse wurden vorläufig außer Diskussion gestellt, weil ein diesbezüglicher Antrag des Abg. Klose (Z.) noch nicht gedruckt vorlag.

Derselbe lautet: „Zur Herstellung von Margarine darf nur Olee-Margarine, welches bei einer Höchsttemperatur von 45 Grad C. nach dem Verfahren von Mège-Mourier abgeschmolzen und einem diesem Abschmelzungsgrade entsprechenden niedrigen Schmelzpunkt hat, von Milcherzeugnissen darf nur durch Centrifugiren gewonnene Rahmgermilch mit einem Fettgehalt von höchstens 0,05 pCt. benutzt werden. Auch dürfen nicht mehr als 100 Gewichtstheile Milch auf 100 Gewichtstheile nicht der Milch entkommene Fettsäure in Anwendung kommen; dazu verwendete Oele müssen entfärbt sein.“

Die §§ 1, 2, 3 werden nach der Regierungsvorlage angenommen; zu § 4 beantragen v. Pilsch und Graf Solstein (L.), daß die Polizei-Aufsicht über Margarine auch auf Butter und zwar Händler wie Produzenten ausgedehnt werde. Staatsminister v. Bötticher erwidert auf den Hinweis Wurm's, daß die polizeilichen Polizei-Revisionen zur größten Belästigung und Schädigung der Verkäufer führen können, dies werde auf dem Verwaltungsweg zu mildern sein; die Ausdehnung der Polizei-Aufsicht auf Butter könne die Regierung nicht gutheißen; es fehlen dazu die geeigneten Organe. Der Antrag Pilsch wird mit 18 gegen 4, der § 4 mit dem Antrag Pilsch mit 12 gegen 5 Stimmen angenommen. Zu § 5, der die Margarinefabriken unter Polizei-Aufsicht stellt und die Fabrikanten verpflichtet, den Polizeibehörden Auskunft über das Verfahren bei Herstellung der Margarine zu geben, beantragt Abg. Krüger, die Polizeibehörde und deren Beauftragte zu bevollmächtigen; Wurm beantragt anstatt der Polizeibehörde zu setzen: sachverständige Beauftragte der Polizeibehörde, nachdem er darauf hingewiesen, daß eigentlich nur Beauftragte des Reichs-Gesundheitsamtes zugezogen werden sollten, was aber jetzt unmöglich ist, da das kais. Gesundheitsamt nur beratende, nicht organisatorische Funktionen hat. Der Antrag Wurm wird mit 12 gegen 5 Stimmen abgelehnt, der Antrag Krüger von der Mehrheit angenommen, ebenso § 5 mit dem Amendement Krüger. An Stelle des § 6 der Vorlage, der für den Großbetrieb getrennte Lagerräume für Margarine und Butter fordert, beim Kleinhandel nur besondere Vorrathsgefäße und besondere Lagerstellen, beantragen v. Pilsch und Solstein: Der Verkauf und die Aufbewahrung von Margarine darf nicht in solchen Geschäftslökalen stattfinden, in denen a) Naturbutter, Butter, Schmalz und Schmalz, b) Kunst-Speisefett aufbewahrt werden.“ Ein Antrag Humann (Zentr.) will diese Beschränkung nur auf Ortschaften über 5000 Einwohner ausgedehnt sehen. Beide Anträge werden von Wurm und Herbert, sowie von Lüttich (fr. V.) bekämpft, der Antrag von Pilsch mit 9 gegen 8 Stimmen angenommen. — Nächste Sitzung Donnerstag Vormittag 10 Uhr.

Unabhängigkeit der Richter. Unsere Genossen Frohme und Stadthagen haben nachstehenden Antrag in der Justiznovellen-Kommission eingebracht, dessen Forderungen früher von allen Anhängern einer Rechtsstaats-Idee verlangt wurden:

I. § 8 des Gerichtsverfassungsgesetzes erhält folgende Fassung: § 8. Richter können wider ihren Willen nur kraft richterlicher Entscheidung und nur aus den Gründen dauernd oder zeitweise ihres Amtes enthoben oder in den Ruhestand versetzt werden, aus welchen nach §§ 128 bis 131 des Gerichtsverfassungsgesetzes ein Mitglied des Reichsgerichts dauernd oder zeitweise seines Amtes enthoben werden oder in den Ruhestand versetzt werden darf. Richter dürfen wider ihren Willen nicht an eine andere Stelle versetzt werden. Die von Einzelstaaten erlassenen Disziplinarergesse für richterliche Beamte werden aufgehoben. — II. Nach § 8 ist einzufügen: § 8a. Zum Richter darf nicht ernannt werden, wer länger als drei Jahre ein Verwaltungsamt oder das Amt eines Staatsanwalts bekleidet hat. Richtern ist die Annahme von Orden und Titulaturen verboten. § 8b. Die dauernde oder zeitweise Enthebung vom Amt sowie die Versetzung in den Ruhestand wider den Willen des Richters kann nur durch Zweidrittel-Mehrheit des Plenums des Amtes, Land- oder Oberlandesgerichts ausgesprochen werden, dem der Betreffende als Mitglied angehört. An Stelle derjenigen Amtsgerichte, die aus weniger als 3 Mitgliedern bestehen, tritt das Landgericht. § 8c. Der Richter ist in seinen Amtsverrichtungen von keiner Behörde abhängig. Das Recht, Entscheidungen des Gerichts durch Rechtsmittel anzuzureifen steht keiner Behörde zu.

Der Antrag kommt nach vorläufiger Beratung der Vorlage der Regierungsvorlage zur ersten Beratung und wird wohl im Fall seiner Ablehnung durch die Kommission im Plenum wiederholt werden.

Kommunales.

In seiner anherverordentlichen Magistrats-Sitzung am Dienstag hat das Magistratskollegium infolge des kaiserlichen Amnestie-Erlasses angeordnet, die bis zum 18. Januar cr. rechtskräftig gewordenen Schulverschäumnis-Strafen den betroffenen Eltern zu erlassen.

In Fortsetzung seiner Beratung der Einzel-Gesetze zur Feststellung des Stadthaushalts-Gesetzes für das Verwaltungs-Jahr 1898/97 erledigte das Magistratskollegium den Spezial-Etat für die Armenverwaltung. Derselbe schließt ab mit 671.100 M. in Einnahme und mit 799.500 M. in Ausgabe, so daß aus der Stadthauptkasse ein Zuschuß von 792.400 M. erforderlich wird. Die offene Armen-Krankenpflege erheischt eine Summe von 807.400 M., die geschlossene die Summe von 970.000 M. Die Armenunterstützungen erfordern die Summe von 5.900.000 M., für außergewöhnliche Unterstützungen sind im Etat eingestellt 390.000 M., die Verwaltungskosten belaufen sich auf 66.104 M. — Der Spezial-Etat der Geschäftsbedürfnisse Abschnitt I (die Verwaltungskosten der fünf mit Bureau besetzten Dienstgebäude und der außerhalb dieser Dienstgebäude belagerten Bureau) schließt in Einnahme mit 191.810 M. und in Ausgabe mit 344.958 M. ab und ist somit ein Zuschuß von 213.143 M. erforderlich. Abschnitt II (sonstige Geschäftsbedürfnisse) erfordert einen Zuschuß von 982.147 M., denn die Ausgaben betragen 1.067.823 M., denen eine Einnahme von 85.676 M. gegenübersteht. In der Ausgaben-Summe befinden sich 69.900 M. zur Herausgabe des Gemeindeblattes, 105.800 M. als Kosten zur Ausstattung der Gewandweber- und Schöffenliste, sowie der Abgeordneten- und Stadtverordneten-Wahlen. Die allgemeineren sächlichen Verwaltungskosten betragen 690.590 M. — Der Spezial-Etat der Waisenspflege im engeren Sinne sowie Fürsorge für konfirmirte Waisen schließt ab in Einnahme mit 154.600 M.

und in Ausgabe mit 940.506 M., so daß ein Zuschuß von 794.646 M. erforderlich ist.

Der frühere langjährige Bureaudirektor des Magistrats, Mai, welcher am 1. Oktober 1894 mit vollem Gehalt in den Ruhestand trat, ist heute Morgen hier verstorben. Er war am 28. Februar 1829 in Potsdam geboren.

Lokales.

Die Parteigenossen von Niddorf werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Wählerlisten für die Wahlen zur Gemeindevertretung bis zum 30. Januar im Amtshause, Zimmer 24, ausliegen. Es ist Pflicht eines jeden Wählers, sich davon zu überzeugen, ob sein Name auch in den Listen steht; erforderlichen Falles ist beim Gemeindevorsteher gegen die Richtigkeit der Listen Einspruch zu erheben.

In Weiskensee finden laut Bestimmung der Landgemeinde-Ordnung im März dieses Jahres die Wahlen zur Gemeindevertretung statt. Um über die Frage zu entscheiden, ob die sozialdemokratische Partei sich an diesen Wahlen beteiligen werde, wird am Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Hähling, Langhausstraße 106, eine Volksversammlung abgehalten. Im Falle die Versammlung die Beteiligungsfrage an der Wahl beschließt, ist ein Wahlkomitee zu wählen. Der wichtigen Tagesordnung halber ist eine zahlreiche Beteiligungs notwendig.

Deutscher Unternehmer-Patriotismus. In der Berliner Hofschaubühne von W. Bölow, in Firma Busch, Kottbuser Damm 100, mußten die Arbeiter am 18. d. Mts. feiern, da der Geschäftsinhaber der Meinung war, an einem „konservativ-patriotischen Feiertage“ dürfte nicht gearbeitet werden. Der Unternehmer verstand sich aber nicht dazu, den Arbeitern den Lohn für den Tag auszugeben; als einer seiner Arbeiter ihm Vorhaltungen über diese Art Patriotismus machte, entließ er ihn auf der Stelle. Es sei noch erwähnt, daß Herr W. Bölow am Vortage seine Leute, aller modernen Frömmigkeit zum Troh, tapfer arbeiten ließ. Der entlassene Arbeiter, der unter 14 tägiger Kündigung eingestellt ist, hat die nötigen Schritte eingeleitet, um den Lohn, den Herr Bölow ihm schuldig ist, vor dem Amtsgericht zu Niddorf — ein Gewerbe-gericht besitzt dies „Dorf“ bekanntlich immer noch nicht — einzulagern.

In der Gummiwaren-Fabrik des mehrfachen Millionärs S. Herz, Köpnickstr. 187—188 mußten die Arbeiter gleichfalls von 1 Uhr ab feiern, ohne entschädigt zu werden. Die Arbeiter glauben, daß diese Anordnung nicht auf den Inhaber der Firma, sondern auf den Geschäftsführer Schulz zurückzuführen ist. Die Arbeiter verdienen bei täglich 10 1/2 stündiger Arbeitszeit wöchentlich 16 M.

Mit der Vernichtung von Menschenmaterial auf den Bauten der Berliner Gewerbe-Ausstellung beschäftigt sich die neueste Nummer der „Bildhauer-Zeitung“. Das Fachblatt schreibt:

„Alle modernen Ausstellungsbauten werden mit einer Hast ausgeführt, daß Unglücksfälle unaussprechlich sind. Auch die Leiter der Berliner Gewerbe-Ausstellung haben schon einiges in dieser Beziehung auf dem Gewissen: Weit über ein halbes Hundert Menschen sind bis jetzt in dem Treptower Park auf dem Ausstellungs-Terrain verunglückt! Und wer soll dafür verantwortlich gemacht werden, wenn nicht die Leiter der Ausstellung, da erwiesenermaßen die meisten Unglücksfälle hätten verhütet werden können durch Anbringung guter, dauerhafter Gerüste. Sie haben darauf zu achten und sich zu vergewissern, daß das Unternehmertum mit seinem Menschenmaterial mindestens so schonend umgeht, wie mit seinen Gebrauchstieren. Aber das Prinzip ist ja, um nur recht billig dabei zu fahren, die Arbeiten in einer feierlichen Eile herstellen zu lassen. Es heißt natürlich: am 1. Mai muß alles fertig sein! Ja, zum Teufel, dann fange man früher an oder eröffne die Ausstellung später, aber Menschenleben sind doch wahrlich werthvoller als die ganze Gewerbe-Ausstellung. Daß Sonn- und Feiertags bis zum Abend flott an den Ausstellungsbauten gearbeitet wird, sei nur so beiläufig erwähnt, denn das ist ja jetzt schon so allgemein geworden — seitdem die Frömmigkeit en masse betrieben wird — daß man sich darüber schon gar nicht mehr wundert. Und das Gewissen der Arbeiter wird durch ein paar Pfennige Ausschlag für die Ausstellungsarbeiten erlöset; während sonst Wochen und Monate darum gestreift werden müßte. Leider finden sich immer noch Leute, die mit Freuden danach greifen, ganz unbekümmert darum, was nachher aus ihnen wird.“

Das Fachblatt hat leider nur zu recht, wenn es auch den Arbeitern bei dieser Gelegenheit einige bittere Wahrheiten sagt.

Wenn die Selbstschad-Interessenten wählen. Bei den gestrigen Wahlmännerwahlen für die Landtags-Erwahl im vierten Berliner Wahlbezirk waren insgesammt 312 Wahlmänner zu wählen. Es wurden 245 liberale und 18 konservativere Wahlmänner gewählt. In 49 Wahlbezirken kam kein Wahlmann zu stande, weil keine Wähler erschienen waren!

Friselanz. Das Streben deutscher Künstler wird in folgender Mitteilung gekennzeichnet: Eine neue studentische Tracht haben sich die Akademiker der Hochschule für die bildende Kunst angeeignet. Die Ausschmückungsgegenstände tragen jetzt die Festhalten das sogenannte Rubens-Röstm. Die materielle Tracht besteht aus Antheifen, einem Wams von schwarzem, gepreßtem Sammet, um das eine breite, bronzefarbene Schärpe gelegt ist; dazu kommen ein Degen mit leiblicher Scheide und Gebänge und der niederländische Hut mit gelber wallender Feder. Was sagt Schiller? Wie er sich räuspert und wie er spuckt, das habt Ihr ihm glücklich abgequodet u. f. w.

Ueber Dr. Jadel's Vortrag „Schule und ansteckende Krankheiten“ (vergl. „Vorwärts“ Nr. 14) wurde am Montag in der „Deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege“ diskutiert. Die Redner äußerten sich ziemlich ohne Ausnahme im Sinne des Vortragenden. Einmüthigkeit herrschte darüber, daß für die Schulen größere Reinlichkeit zu fordern sei. Die folgende, dem Magistrat zu übermittelnde Resolution wurde auf Jadel's Antrag angenommen: „Die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege hält es für erforderlich, die Schulen täglich nach auszuwischen.“

Viel auf einen Dieb. Nach Ansicht des Amtsgerichts I soll die konfiszirte Nr. 3 des „Sozialist“ in nicht weniger als fünf Artikeln gegen das Strafgesetz verstoßen haben. Beauftragt sind die folgenden Artikel: 1. Zum 18. Januar. 2. Vergangeneit und Zukunft der Gesellschaft. 3. Arbeitsloß-Obdachlos. 4. Prohetismus (Aus der „Ethischen Kultur“ abgedruckt). 5. Das Gedicht von Moriz Hartmann „Ein Kaiserlied“. Den inkriminirten Artikeln wird Aufreizung und Beamtenebeidigung zur Last gelegt.

Die „Reichslokale“ des Herrn Gehlert soll, wie die „Volks-Zeitung“ zu berichten weiß, ihr Erscheinen wegen Geldmangels bereits wieder eingestellt haben.

Der Revolutionär auf dem Reichsjubelfeste. „Mit großem Besremden wurde es, wie die „Post“ meldet, bei der Feier im Weißen Saale bemerkt, daß der Abgeordnete Köhler, Mitglied der Deutschen Reformpartei und Vertreter des 1. Kreises des Großherzogthums Hessen, in kurzer grauer Joppe erschien, obwohl in der Einladung ausdrücklich gesagt worden war, daß der Anzug für die nicht Uniform tragenden Abgeordneten Fraed und weiße Hinde sei.“ Schrecklich!

Der Buchhändler Hermann Teißler, welcher im Jahre 1894 wegen Verbreitung verbotener Schriften zu 18 Monaten

Gefänglich verurtheilt wurde, ist in der Strafanstalt Pödensee, wo er seine Strafe verbüßt, schwer erkrankt.

Eine Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung wird in dieser Woche nicht abgehalten.

Die Arbeitsverhältnisse, welche theilweise im modernen Bauwesen herrschen, erhalten durch folgende Mittheilung eine Beleuchtung: Der Schlossermeister Hartmann erbat Anfang vorigen Jahres in der Marienfelderstraße zu Groß-Vichterfelde ein Fabrikgebäude, in dem er sein eigenes Handwerk, wie auch die Tischlerei betrieb. Die Tischlerwerkstatt wurde am 1. Oktober an einen Tischlermeister Kaufuß aus Berlin verpachtet. Bis zum 23. November bekam jeder der dort beschäftigten elf Arbeiter regelmäßig den verdienten Lohn ausbezahlt; von da an aber haperte es damit und die Reste sammelten sich so an, daß Kaufuß seinen Gesellen am 11. Januar 580 M. Lohn schuldig war. Als an diesem Tage der Meister erklärte, daß er für die verfloffene Woche überhaupt keinen Lohn zahlen könne, legten die Arbeiter am darauffolgenden Montag die Arbeit nieder. Sein Versprechen, das Geld bis zum Mittag herbeizuschaffen, hielt Kaufuß nicht, und als die Arbeiter am folgenden Morgen wieder kamen, erklärte Herr Hartmann ihnen, daß sie fortan wieder bei ihm selber beschäftigt werden könnten; von der Auszahlung des Lohnes, den K. ihnen schuldig geblieben, war aber keine Rede, die Arbeiter waren um das fauer verdiente Geld geprellt worden. Ein Zahlungsbefehl blieb ohne Erfolg.

Als in Folge der Begnadigung am Sonnabend Abend gegen 8 Uhr zahlreiche Gefangene aus dem Moabitier Gefängnis entlassen werden sollten, boten — wie ein Berichtserfasser mittheilt — verschiedene der Beglückten dringend, man möge sie doch wenigstens die bevorstehende Nacht noch „brin“ lassen, da sie nicht wüßten, wo sie um diese Zeit hinföhlten.

Ein Anarchistenprozeß in größerem Stile wird heute vor der zweiten Strafkammer statufunden. Die Vorgänge, die sich in dieser Angelegenheit abgepielt haben, stehen im Zusammenhang mit dem Höllemaschinen-Attentat gegen den Polizei-Oberst Krause und der Verbreitung der anarchistischen Schrift „Gretchen und Helene“. Um dieser Schrift habhaft zu werden und den Verbreitern derselben auf die Spur zu kommen, wurden besonders in Nixdorf viele Hausdurchsuchungen vorgenommen. Dieselben verliefen jedoch resultatlos. Schließlich wurde der in der Kirchhofstraße wohnende Mechaniker K. verhaftet und zwar unter dem Verdachte, bei dem Attentatsversuche auf den Polizei-Obersten Krause theilhaftig zu sein. Dieser Verdacht erwies sich jedoch als grundlos und mußte K. wieder entlassen werden. Einige Tage später wurde K. jedoch wiederum verhaftet und zwar auf Anzeige eines Mannes, den er bei einem Feste in Johannisthal kennen gelernt hatte und dem er auf vieles Bitten das polizeilich verbotene Heftchen „Gretchen und Helene“ verschafft hatte. Infolge der weiteren Recherchen und Hausdurchsuchungen, die in Nixdorf großes Aufsehen erregten, wurde schließlich gegen sieben Personen die Anklage erhoben, auf deren Ausgang man flüchtig gespannt sein darf.

Zwei Menschen verbrannt. Ein Brand von großer Ausdehnung, wobei elf Menschen in Lebensgefahr schwebten und leider eine Frau und ein vierjähriges Mädchen den Erschickungstod fanden, beschäftigte Montag Abend die Feuerwehr. Es wird darüber berichtet: Nach 4 Uhr brach in dem Wohnhause des Rentners K. Klose, Bergmannstr. 24 und Preisenstraße, gegenüber der Markthalle am Vorheinekeplatz, in dem Posaumentorenladen von F. Müller aus noch nicht aufgeklimter Ursache Feuer aus, das sich schnell den oberen Stockwerken mittheilte. Der Rauch füllte die Treppen an, so daß an ein Betreten nicht zu denken war. Um 1/2 Uhr wurde der Feuerwehr von mehreren Seiten Meldung ertheilt. Sie rückte sofort zur Brandstätte aus, wo sie nach kaum zehn Minuten Fahrzeit eintraf. Die Lage war bereits sehr bedrohlich für die Hausbewohner geworden. Aus den unteren Stockwerken schlugen die Flammen und der Qualm heraus und aus den Fenstern der oberen Stockwerke riesen die geängstigten Frauen und Kinder laut um Hilfe. Branddirektor Giersberg, der mit dem Stabswachen persönlich erschienen war, ließ sofort mit drei Höfen den Angriff eröffnen und eine Stiegeleiter mit mehreren Palenklatern von außen bis in die 5. Etage einschlagen. Feuermänner begaben sich in die einzelnen Stockwerke, um die Bewohner vor überleitenden Schritten abzuhalten und ihnen Rath auszusprechen, andere versuchten, auf dem Bauche kriechend, auf den Treppen in die oberen Stockwerke zu gelangen, hierbei alle erreichbaren Thüren und Fenster mit ihren Kerten einschlagend, damit der Rauch freien Abzug bekam. Als gemeldet wurde, daß mehrere Frauen im 1. und 2. Stock in Lebensgefahr schwebten, erging sofort der Befehl, die gefährdeten Menschen herauszubringen. Mit eigener Lebensgefahr drangen die Feuerwehrmänner in die verqualmten Wohnräume und schafften nach und nach Frau Hofsekretär Profowitsch mit ihrer 2 1/2-jährigen Tochter, Frau Buchhalter Franke mit ihren zwei Kindern Margarethe und Charlotte, ferner Frau Barbier König, Frau Steinfeher Wösch, Frau Günther und die drei Kinder des Kaufmanns Cohn ins Freie und alsdann nach dem Krankenhause am Urban. Hier wurden alle bis auf die Frau Hofsekretär Profowitsch und die vierjährige Margarethe Franke ins Leben zurückgerufen. Nach 8 Uhr war der Brand gelöscht. Der Materialschaden ist sehr bedeutend, größtentheils aber durch Versicherung gedeckt. Zu dem Brande wird noch von Augenzeugen berichtet: Das Feuer entstand um 1/4 Uhr scheinbar durch eine Gaderplosion. Der Glühstrumpf einer im Schaufenster angebrachten Lampe pöchte, die durch den Riß austretende Stichtamme sprengte den Zylinder und sprang sofort auf die zunächst hängenden Baaren über, sie in hellen Brand sendend. Die im Laden anwesenden Personen verloren bei dem an sich für geringfügigen Feuer völlig die Geistesgegenwart. Anstatt die Jumenthür des Schaufensters abzuschließen und den Gasbahn abzusperren, klüfteten sie theils nach der Straße, theils nach dem Hofe, wobei sie die Thüren offen stehen ließen. Der so entstandene große Luftzug fachte nun innerhalb weniger Sekunden die Flammen derartig an, daß im Handumdrehen alle Borräthe des Ladens lichterloh brannten. Inzwischen schrien und lärmten viele Menschen auf der Straße und riesen „Feuer“. Dadurch erschreckt, öffneten die Bewohner der oberen Stockwerke die Fenster und sahen hinaus, als plötzlich eine gewaltige Stichtamme aus dem brennenden Laden vom Schaufenster aus an dem Hause emporloderte und in den Wohnungen des ersten und dritten Stockes Gardinen und in der Nähe der Fenster befindliche Möbelstücke in Brand setzte. Bis dahin war die Lage für die Hausbewohner noch nicht kritisch. Jetzt rissen die geängstigten Bewohner die Korridorthüren zu dem schon stark verqualmten Treppenhause auf und von diesem Augenblick an war die Lage der Bewohner lebensgefährlich. In wenigen Sekunden füllten sich die Wohnungen mit undurchdringlichem schwarzen Rauch; was bis jetzt noch nicht geflohen war, sank ohnmächtig zusammen. Auf der Straße war man sich über die Gefahr der im Hause Zurückgebliebenen klar, und noch immer war die Feuerwehr nicht zur Stelle! Endlich, nach langen, langen Minuten rasselten die ersten Jüge der Feuerwehr heran. Leider war das nächste Feuerwehdepot Hasenplatz viel zu weit entfernt von der Unglücksstätte; beim besten Willen hätte der zuerst gerufene Zug nicht eher eintreffen können. Was unsere branden Feuerwehrlente in dem rauchvergifteten Hause geleistet, sei noch ganz besonders hervorgehoben. Während ein großer Theil der Sappeure in dem verqualmten Vorderhause fast nicht mehr verweilen konnte, einige Feuerwehrlente fogar betäubt niedersanken, verließ doch keiner der Mitter seinen gefährlichen Posten, bis es gelungen war, die meistentheils bewußtlos gewordenen elf Personen herauszuholen. Die Meldung lief erst 13 Minuten nach Ausbruch des Brandes auf dem Feuerwehdepot ein. — Die Leistungen der Berliner Feuerwehr sind allen Lobes würdig. Aber dieser traurige Vorfall hat als neue dargethan, wie notwendig

es ist, daß vor dem Halle'schen Thor ein Feuerwehdepot errichtet werde.

Feuer im königlichen Schlosse. In der Nacht zum Dienstag entzünd gegen 1 Uhr in dem nach dem Wasser zu gelegenen Theile des hiesigen königlichen Schlosse, in welchem die königliche Hausbibliothek untergebracht ist, ein Schornsteinbrand, durch den ein Regal mit Büchern der oberen Gallerie der Bibliothek vom Feuer ergriffen wurde. Die Feuerwehr war sehr rasch zur Stelle und löschte in kurzer Zeit den Brand. Der angerichtete Schaden ist nicht erheblich.

Der königl. Museumsbeamte Verdatsch hat sich am Montag auf dem Begräbnisplatze der Zwölfs-Apostel-Gemeinde erschossen. Er wohnte in der Buitmannstraße am Gesundbrunnen. Er bestellte seine in der Nähe wohnenden Freunde nach seiner in der Kulinstraße belegenen Stammtische und gab dort ein Achtel Bier zum besten. „Trinkt nur tüchtig, Kinder, wir feiern heute Abschied, denn ich will mich erschließen!“ rief V. aus und war dabei so heiter, daß keiner der Anwesenden die Neugier ergriff. Nachmittags gegen 2 Uhr reichte V. jedem die Hand und ging fort. Eine Stunde später traf in dem Restaurant die Meldung ein, daß sich auf dem Friedhofe ein Mann erschossen habe, in dessen Tasche ein Zettel steckte des Inhalts: „Meinetwegen Tod meinen Freunden im Fischen Restaurant in der Culmstraße.“ Der Selbstmörder hatte sich am Grabe seiner ersten Frau — V. hatte vor drei Wochen zum zweiten Male geheiratet — getödtet.

Eine furchtbare Viertelstunde durchlebten vorgestern, Montag, Nachmittag um 4 1/2 Uhr die Bewohner der Häuser Wasserthorstr. 41, 42 und 43. Auf dem Hinterlande des Grundstücks Nr. 42 wird gegenwärtig ein Gebäude für die Privatpost-Gesellschaft errichtet, das bereits bis zum vollendeten zweiten Stock gediehen ist. Der Maurer V. bekam nun vorgestern auf der vorletzten Sprosse einer Leiter in der Höhe des zweiten Stockes einen Schreckenschlag und wäre unfehlbar in die Tiefe gefallen, wenn ihn nicht sofort vier kräftige Arbeitsgenossen gefaßt und eine Viertelstunde lang festgehalten hätten. Laut schreiend liefen die Leute aus den Häusern zusammen und sahen der grausenigen Szene zu.

Zwei Selbstmorde aus Noth werden aus Nixdorf gemeldet. In dem einen Fall handelt es sich um den Bildhauer Franz Friedrich aus der Schinlestraße, der sich in seiner Wohnung erhängte; in dem zweiten Fall um den Tischler Gärtner aus der Jahnstr. 5 in Berlin, dessen Leiche man am Montag früh an einem Jaun in der Panierstraße vorfand. In beiden Fällen waren bittere Noth das Selbstmordmotive.

Bei einem Einbruch in die Wohnung eines Steinmetzstraße 12 in Nixdorf wohnhaften Arbeiters wurde am Sonntag Abend der häufig vorbestrafte Klemperer Theodor Winkler abgefaßt und der Polizei übergeben. W. war erst Tages zuvor infolge des Gnabenerlasses aus dem Gefängnis in Spandau entlassen worden.

Zum Spandauer Kassenraub erfahren wir, daß sich der Verdacht gegen fünf Personen richtete, die mit der Geschäftsberei in engerer oder weiterer Verbindung gefunden haben. Alle haben jedoch ihr Alibi nachgewiesen und sind nunmehr frei von jedem Verdacht. An weiteren Inhabitspunkten zur Ermittlung der Thäter fehlt es jetzt gänzlich, so daß es fraglich erscheint, ob in das Dunkel überhaupt Klarheit kommen wird.

In dem Raubmord-Versuch im Hause in der Krautstraße wird noch berichtet, daß der Thäter sich bei der Polizei schließlich für einen Studenten ausgegeben hat, eine Wohnung aber nicht besitzen will. Ob das zutrifft, steht noch dahin. Der Thäter ist ein junger Mann von erst 20 Jahren. Dem Gastwirth Vornann waren bereits gegen Abend bezüglich seiner Bedenken aufgestiegen, doch war der gleichfalls mit eingeladene Stellmeister aus dem Latersfeld derartig von dem Gaste bezudert, daß er Vornann's Bedenken beschwichtigte und ihm erklärte: „Das ist ein seiner Junge, dem kommt es auf einen Tausendmarkstein nicht an, für den sage ich gut in jeder Höhe.“ Der junge Verbrecher hat ursprünglich wohl die Absicht gehabt, den Stellmeister und nach dessen Befestigung auch den Vornann unter den Tisch zu trinken, um dann leichteres Spiel zu haben. Ein Droschkenfischer, der ihn und Vornann nach Berlin fahren sollte, war bereits um 10 1/2 Uhr vor der Weinstube erschienen. Der Herr „Baron“ bewirthete zunächst auch den Fischer mit Wein und schickte ihn dann auf den Hof schlafen, bis die Fahrt nach Berlin vor sich gehen sollte. Bezüglich der That hat der Verbrecher schließlich so gethan, als ob er von der ganzen Sache nichts mehr wisse. Vornann hat die letzte Nacht nicht besonders gut verbracht; er hatte Wundstieber. Nach ärztlichem Gutachten ist er aber dennoch gut weggekommen.

Wetter-Prognose für Mittwoch, 22. Januar 1896.

Etwas kälteres, ziemlich heiteres Wetter mit mäßigen südöstlichen Winden; keine oder unerhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Gerichts-Beitung.

Herr v. Nathusius (Ludow) als Geschäftsmann. Das Kammergericht (A. J. S.) erkannte gestern in dem Prozesse des früheren Ehebrechters der „Kreuz-Zeitung“ Herrn v. Nathusius (Ludow) gegen seinen Schwager, einen Hauptmann der Armee. Diesem hatte, wie früher mitgetheilt wurde, Herr v. Nathusius ein notarielles Anerkenntnis aufgestellt, daß er von ihm 30 000 Mark in Gefälligkeitsakzepten erhalten und daß er bei Nichterfüllung der Wechsel sich der sofortigen Zwangsvollstreckung aus dieser notariellen Urkunde unterwerfe. Er löste die Wechsel nicht ein, erhob vielmehr hinterher Klage gegen den Offizier mit dem Antrag, ihn zur Anerkennung zu verurtheilen, daß er gegen ihn (v. Nathusius) aus dem notariellen Anerkenntnis keine Zwangsvollstreckung herleiten könne. Begründet hatte Herr v. Nathusius den Antrag namentlich mit der Behauptung, daß die erwähnte notarielle Urkunde unter Täuschung des Notars über die wahren Absichten der Parteien nur zum Scheine aufgestellt worden sei. Das Landgericht Potsdam erachtete diese Behauptung durch die Beweisaufnahme widerlegt und erkannte, daß die Zwangsvollstreckung aus dem notariellen Schuldanerkenntnis gerechtfertigt sei. Herr v. Nathusius legte Berufung bei dem Kammergericht ein, das, nachdem ein Säbnerversuch erfolglos geblieben war, am 6. Januar d. J. in die Verhandlung über die Berufung eintrat. Der Mandatar des Herrn v. Nathusius bezog sich in bezug auf die von seinem Auftraggeber behauptete Intention der Parteien unter anderem namentlich auf das Zeugnis eines Agenten und einer Frau G. und führte dann aus, daß vor allem die Urkunde selbst einen Anspruch des Offiziers nicht begründe. Es sei gegen die Natur einer rechtsgültigen Urkunde, wenn sich jemand darin einer Zwangsvollstreckung unterwerfe; diese könne erst durch gerichtliches Urtheil ausgesprochen werden. Auch sei der Schuldgrund nicht klar. Ueber die Entstehung der Schuld meinte der Mandatar des Offiziers, dieser habe schon als Kadett unter der Obhut seines viel älteren Schwagers gestanden und zu diesem, der als Ehebrecher der „Kreuz-Zeitung“ eine bedeutende Stellung einnahm und stets viel von seinen hohen Verbindungen zu erzählen wußte, das vollste Vertrauen gehabt. Gleich nach der Verheirathung des Offiziers mit einer wohlhabenden Dame sei nun Herr von Nathusius bei ihm erschienen und habe ihn gebeten, ihm aus einer Geldverlegenheit zu helfen, die aber nur vorübergehend sei, da es ihm demnächst sicher gelingen werde, sich zu arrangiren. Der Offizier habe ihm nun, da es ihm unangenehm gewesen sei, die Hilfe der Familie seiner Gattin in Anspruch zu nehmen, und da er sich gar nicht denken konnte, daß der von

ihm hochverehrte Schwager, dessen äußerst mißliche Verhältnisse er nicht kannte, ihn im Stiche lassen würde, 30 000 Mark in Blanko-Akzepten gegeben und sich darüber das vor Notar und Zeugen aufgenommene Anerkenntnis des Herrn von Nathusius ausstellen lassen. Dieser habe nun die Wechsel in Umlauf gesetzt, aber am Verfalltage nicht bezahlt. Die Wechselklagen hätten sich dann schließlich gegen den Offizier und nicht gegen v. Nathusius gerichtet, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil durchaus nichts mehr von ihm beigetragen gewesen sei. Redner belegte das durch Verlesen des Berichtes eines Potsdamer Gerichtsvollziehers, der Herrn von Nathusius längere Zeit nachstellte, sich aber trotz Tag und Nacht angewandter Bemühungen doch der Person des Herrn v. Nathusius nicht bemächtigen konnte. Auch die in Berlin u. a. in der Wohnung der Frau G. verfaßte Verhaftung sei bei der Schlaubeit, mit der sich der Verfolgte bemahm, vergeblich gewesen. Die wirtschaftliche Existenz des Offiziers habe auf dem Spiele gestanden. Nicht genug aber, daß ihn Herr v. Nathusius in beschriebener Weise hineinlegte, so habe er ihm dazu noch gedroht, ihn, falls er gegen seinen Schuldner vorgehen würde, aus dem Offiziersstande zu bringen. Diese Drohung habe Herr v. Nathusius auch später wahr zu machen gesucht, indem er über die Entstehung des Schuldverhältnisses und das moralische Verhalten des Offiziers unwahre Angaben bei dessen vorgesetzter Dienstbehörde anbrachte. Gegen den Offizier sei thatsächlich auch eine ehrengerichtliche Untersuchung eingeleitet worden. Diese habe aber durchaus nicht den von Herrn Nathusius bezweckten Erfolg der Dienstentlassung, sondern nur den einer Warnung für den Offizier gehabt, sich ferner mit einem solchen Manne wie Herrn v. Nathusius einzulassen. Redner wies noch darauf hin, daß die Wechsel theilweise durch Hilfe von sehr hochstehenden Personen eingekauft seien, wie aus den vorgelegten Schreiben der theilhaftigen Zivilkassette hervorging, es wurde dabei ausdrücklich erklärt, daß die Hilfe durchaus nicht für Herrn v. Nathusius, sondern ausschließlich für den Offizier bestimmt gewesen sei. Bezeichnend für Herrn v. Nathusius sei ferner die Thatsache, daß dieser seinerzeit den Offizier gebeten hatte, ihm doch statt des einen Akzeptes über 10 000 M. lieber drei in diesem Gesamtbetrage zu schicken, da die kleineren Wechsel leichter unterzubringen seien. Der Offizier habe dieser Bitte auch entsprochen, aber Herr v. Nathusius habe diese kleineren Wechsel in Umlauf gesetzt, ohne den Wechsel über 10 000 M. zurückzugeben, diesen vielmehr ebenfalls in Umlauf gebracht, wodurch sich der dem Offizier zugefügte Schaden noch vermehrt habe. Wenn sich Herr von Nathusius auf die Zeugin G. berufe, so sei das ganz besonders charakteristisch, denn die G. sei im hannoverschen Spieleprozeß mit einem Frau L. als gewerbsmäßige Vermittlerin bei der Vermählung der jungen Offiziere entlarvt worden. Trotzdem und obwohl er sich nach einem vorliegenden Schreiben selbst sehr abfällig über diese Person ausgesprochen habe, die ganz unzuverlässig sei, habe er doch bei ihr gewohnt. Nach alledem erachtete der Anwalt eine Schuld des Herrn v. Nathusius in Höhe von noch 32 000 M. für zweifellos und die Zwangsvollstreckung aus der notariellen Urkunde, die einem vor Gericht abgegebenen Schuldanerkenntnis gleich zu achten sei, für durchaus gerechtfertigt. Zu bemerken ist, daß diese Zwangsvollstreckung vor einiger Zeit bis zur Entscheidung dieses Prozesses ausgesetzt worden war. Der Senat setzte am 6. Januar die Entscheidung noch aus und erkannte gestern im Sinne der Ausführungen des Mandatars des Herrn v. Nathusius, und zwar also lediglich aus formellen Gründen, unter Aufhebung der Vorentscheidung dahin, daß der Verklagte aus jenem notariellen Schuldanerkenntnis des Herrn v. Nathusius allein und trotzdem dieser sich darin selbst der sofortigen Zwangsvollstreckung unterworfen, doch noch nicht das Recht zur Zwangsvollstreckung herleiten könne.

Gegen das freisprechende Urtheil, das vom Landgericht Magdeburg am 29. August v. J. in dem gegen einige Anarchisten gerichteten Scheinbunds-Prozeß verhängt worden war, hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Das Reichsgericht erkannte am 20. Januar auf Verwerfung der Revision.

Verfammlungen.

Verband deutscher Barbiers, Friseur und Perrückenmacher, Zweigverein Berlin. In der am 16. Januar zu Ende geführten Generalversammlung legte der Kassirer Friedrich die Quartalsabrechnung vor. Die Einnahme betrug 49.05 M., die Ausgabe 12.58 M. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Resultat: Klotzmann erster, Majewski zweiter Vorsitzender, Swirner Kassirer, Blank erster, Wosi zweiter Schriftführer, Oberhardt und Jakob Revisoren. In dem am 16. und 17. März in Frankfurt a. M. stattfindenden Verbandstag wurden folgende Anträge gestellt: 1. Wahl eines Vertrauensmannes oder einer Zentral-Kontrollkommission für Deutschland; 2. der Verbandsschluß übernimmt gleichzeitig die Funktion einer Prekommission; 3. falls der Druck der Zeitung in Berlin bleibt, die Expedition dahin zu verlegen; 4. das Verzeichnis des Zweigvereins Berlin niederzuschlagen. Der Schriftführer wurde beauftragt, sich mit den Zweigvereinen Potsdam und Magdeburg zur eventuellen Wahl eines gemeinsamen Delegirten in Verbindung zu setzen. Mit einem Votum auf die internationale Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Arbeiter-Bildungsschule. Unterricht am Mittwoch, Sadoh-Schule, Waldstraße 11: Geschichte. — Nordhölle, Müllerstraße 17a: Rechnen. Beginn abends 8 Uhr, Schluß 10 1/2 Uhr. Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials schon von 4 Uhr an geöffnet.

Kandemannschaft der Schleswig-Holsteiner in Berlin. Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Geistliche Sitzung im Berlin-Hotel, Restaurant Kommandanten-Garten, Kommandantenstr. 10/11. — Sonntag, den 2. Februar, abends 8 Uhr: Anatomischer Vortrag des Naturforschers Herrn Otto Grundmann in 24. Holz's Residenz, Alte Jakobstr. 76.

Deutscher Verein für internationale Friedenspropaganda von 1874. Mittwoch, den 22. Januar, hält Präsident Ida Wittmann in Tafel's Residenz, Neue Friedrichstr. 28, einen Vortrag über: „Einige Stimmen über die vereinigten Staaten von Europa.“

Freie literarische Vereinigung. Heute Mittwoch, den 22. Januar abends 8 1/2 Uhr: Vortrag des Dr. W. Höpfer, Direktor der Sternwarte, über: „Das Wesen der Naturerkenntnis und ihre sittliche Bedeutung.“ Gölle haben freien Zutritt.

Musik-Vergnügungsverein Jubante. Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Frankfurt a. bei Krüger: Uebungsstunde. Mitglieder erwünscht. Große öffentliche Versammlung aller Markthallen-Standhaber und Geschäftleute Berlin heute Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in Holz's (Pfeuerstein's) Residenz, Alte Jakobstr. 76. Tagesordnung: Wie stellen sich die Markthallen-Standhaber gegenüber dem Straßengandel und zur Gewerbe-Ordnungs-Novelle im Reichsges. Referent Herr Ad. Jäcker.

Vermischtes.

Feuerbrunst in Budapest. Ein großes Schadenfeuer zerflürte in der Nacht zum Dienstag das Mittelgebäude des Establishments der Schlick'schen Eisengießerei, Maschinenfabrik Aktiengesellschaft. Infolge der Zerstörung der Maschinen für die Brückenkonstruktionen ist eine längere Betriebsstörung im Brückenbau wahrscheinlich. Der entstandene Schaden beläuft sich auf 80 000—100 000 Gulden. Die Entstehungsurache des Feuers ist unbekannt.

Briefkasten der Redaktion.

Vertrauensperson Nixdorf. Die Abstempelung der Mittheilungen sollte nicht vergessen werden.

W. V. Von morgen Mittag ab. Gruß.

C. Stehr. Von dieser Sache ist schon in gestriger Nummer Mittheilung gemacht worden.

H. M. II. Wenden Sie sich an den Vereinsvorsitzenden H. Nassini, Solmsstr. 37, Berlin.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 22. Januar.
Opernhaus. Der Freischütz.
Schauspielhaus. Nathan der Weise.
Deutsches Theater. Die Jüdin von Toledo.

Festung-Theater. Komtesse Sudeck.
Berliner Theater. König Heinrich.
Neues Theater. Der Herr Direktor.
Residenz-Theater. Hals über Kopf.
Vorher: In doppelter Belehrung.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Geschlossen.

Theater Unter den Linden. König Chilperich.

Schiller-Theater. Viktoria. Onkel Bräsig.

Adolph Ernst-Theater. Frau Söhngren.

Central-Theater. Eine tolle Nacht.

Alexanderplatz-Theater. Die kleinen Gämmer.

National-Theater. Opfer der Großstadt.

American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Bausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Reichshagen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)

Mittwoch, abends 8 Uhr: Zum ersten Male: Viktoria. Daraus: Onkel Bräsig.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Viktoria. Onkel Bräsig.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.

Große Doppel-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Opfer der Großstadt.

Schauspiel in 3 Akten von J. F. Reich.
Regie: Fritz Schäfer.

Zum Schluss:
Fischens, das Waldmädchen.

Burleske von Hugo Busse.
Regie: Max Samst.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Zum 32. Male:
Frau Söhngren.

Schauspiel mit Gesang in 3 Akten von Ed. Jacobson und W. Mannstädt.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30.
Mittwoch, den 22. Januar 1896:

Zum 140. Male:
Eine tolle Nacht.

Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund und Wihl. Mannstädt.

Musik von Julius Einödshofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Louis Keller's Festsäle
Koppenstraße 29.

Größtes u. schönstes Etablissement der Residenz.

Jeden Mittwoch und Sonntag:
Humor. Soirée

der beliebten
Hamburger Sänger

Steidl, Böhmer, Harnisch Ehrke,
Ottwald, Ehrhardt, Werner u. Müller.
Stets neues Programm!

Anfang 8 Uhr. — Entree 30 Pf.

Nach der Soirée:
Familienkränzchen.

Walhalla-Theater

Oranienstr. 52 (dicht am Moritzplatz).
Eine Stunde im
Zukunftsstaat.

Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Urania

Anstalt für volkstümliche Naturkunde.

Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.

Näheres die Anschlagzettel.

Passage - Panopticum.

Täglich um 5 1/2 und 8 Uhr:
Affentheater und Circus.

30 Affen,
30 Hunde,
12 Pferde,
Esel, Ziegen,
Schweine, Hasen

Kaiser-Panorama (Passage).

V. J. J. hochinteressant. Erinnerungen vom Feldzug 1870-71. Dritte Reise durch d. malerischen Alpen Odritaliens.

Eine Reise 20 Pf., Kinder 10 Pf., Abonn., 8 Reisen, nur 1 M.

Das Löwenweib.

Allerseelen.

!! Der Eden - Garten !!
Marionetten

Castan's Panopticum.

Alexanderplatz-Theater.

Heute 8 Uhr: Zum 94. Male:
Die kleinen Gämmer.

Vaudeville in 2 Akten von L. Varney.

Nach Urtheil der gesamten hiesigen Presse die beste Novität dieser Saison.

Vorher: Fortunio's Lied. Operette.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Sonntags: Zum 1. Male: Pitts.

Operette in 1 Akt von Hans Doewenfeld.

Dienstag, den 28. Januar: Unter Leitung des Komponisten Louis Varney aus Paris: Zum 100. Male:
Die kleinen Gämmer.

Seh'n Sie, das ist ein Geschäft!!!
ausverkauft!!!

Kaufmann's Variété-Theater
Königsstraße, Kolonnaden.

Das Karneval-Programm
Zum Todtschreien

Blanck's Stadt-Klatsch
Hammerstein's Memoiren.

Transvaaler Friedenstanz
Ehränen muß man lachen über
Hals über Kcpf!!!

Apollo-Theater

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Täglich sensationeller Erfolg von
Dora Parness.

Salerno. Toni Daré.
Sergeant Simms
mit seinen 12 Negerknaben

u. f. w. u. f. w.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53, Amnistr. 42/43
(City-Passage).

Neu! Berlin! Neu!
letzter Nachtwächter.
Posse.

Signorina Cati. Alfredo Rosso.
Lotte Siger. Käthechen Möller.
Wochent. 10 Pf., Anf. 8 U.
Entree: Sonntag 30 " " 6 "

R. Winkler.

W. Noack's

Konzert- und Gesellschafts-Säle,
Brunnenstr. 16.

Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag:

Großes Konzert
Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.

Sonntag, Dienstag und Donnerstag
nach der Vorstellung:

● Großer Ball. ●

Empfehle meine hocheleganten Säle für Vereine, Privatfeiern zu den billigsten Bedingungen.

W. Noack.

Concerthaus Sanssouci
Kottbuserstraße 4a.

Morgen, Donnerstag, sowie jeden Donnerstag und Sonntag:

Große Soirée der altberühmten
Stettiner Sänger

(Meyzel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Köhl und Schrader)

Anfang präz 8 Uhr. — Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. (f. Platate).

Feen-Palast
Burgstrasse 22.

Direktion: Winkler & Gröbel.
Das riesengroße, für Berlin neue
Januar-Programm.

Kolossal Erfolg sämtlicher
Spezialitäten.

Um 10 Uhr: Auftreten der mit stürmischem Beifall aufgenommenen originellen Miniatur-Soubrette
Princess Colibri.

Anfang (Sonntags 8 Uhr,
Wochentags 7 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf. Reserv. Pl. 50 Pf.)

Neuer Circus. (Bahnhof Börse).

Mittwoch, 22. Januar,
Abends 7 1/2 Uhr:

Grosse Extra - Vorstellung.
Fischens, das Waldmädchen.

Festlagen: 1. Barbarossa's Erwachen. 2. Hurrah Germania.

Neue Einlage: Elektrisches Ballet.

Außerdem:
Ein hippol. Pottpourri, dress' und vorgeführt vom Dir. Busch. Die 5fache Postfahrschule, ger. von Dr. Kloske.

Mme. Maria Doré als Schulkreiterin a. Petronius, ohne Sattel und Zaum.

Moderne Reiterstücke, ger. v. 4 Damen.

100 Clowns, männliche u. weibliche. Auftreten der beliebtesten Clowns.

Donnerstag: Fischens. Festlagen und elektrisches Ballet.

Großer Inventur-Ausverkauf zu bedeutend herabges. Preisen
Teppiche!

Eine große Partie Teppiche mit kleinen Farbentfäulern zu spottbilligen Preisen.

Größe
138x200 cm = 8,50, 5,-, 8,50 bis 15 M.

170x250 " = 8,75, 11,50, 13,50 bis 30 M.

200x300 " = 8,50, 13,-, 17,- bis 50 M.

Portièren in reiner Wolle, das Stück 1,80 M.

in allen Farben, reine Wolle, 160x200cm, das Stück 5,50 M.

Otto Büchler, Berlin O.
Königstr. 26, Ecke Klosterstr.
Versand-Abtheilung D.

Achtung! Künstl. Zähne v. 8 M. an. Zerbis. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervödten bei Bestellung umsonst.

Gnadel, Laufherplatz 2, Gieserstr. 12

Neu eröffnet!
Hippodrom u. Reitbahn
Rungestrasse 8

Großes Musikreiten für Herren und Damen täglich bis abends 11 Uhr. Entree frei.

Allgemeiner Deutscher Tapezirer-Verein (Filiale Berlin).

Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Jubel, Lindenstr. 106. 177/14

Mitglieder-Versammlung.

L. D.: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Abrechnung pro 4. Quartal. 4. Bericht der Ortsverwaltung. 5. Neuwahl derselben. Erscheinen aller unbedingt notwendig. Der Bevollmächtigte.

Achtung, Töpfer!

Im Interesse der Bequemlichkeit mache die Kollegen darauf aufmerksam, daß die freiwillige Sammlung von Sonnabend, den 25. Januar 1896, im Lokal des Kollegen Thieme, Gieserstr. 52, entgegengenommen wird.

C. Borkowski,
Vertrauensmann der Töpfer Berlins und Umgegend. 193/9

Unentgeltliche Behandlung

Minderbemittelter. Heilanstalt unter ärztl. Leitung, C. an der Stadtbahn 38, I., täglich 3-5 Uhr. 40478*

Unbemittelten Kindern Musikunterricht. Off. „Konservatorium“ Postamt 79.

Aquarium m. Fischen u. Fontaine verl. Brunnenstr. 39, Quergeb. 1 Trpp. 18.

Der Kutscher, welcher vom Halteplatz Weinmeisterstraße am Mittwoch, den 15. cr. abends, eine Dame nach Glückerstraße gefahren, wird gebeten, den in der Drochle vergessenen Damen-Regenschirm gefl. bei Eugen Pinous, Neue Schönhauserstr. 9, gegen gute Belohnung abzugeben.

Der Schirm hat oben längs des Stocdes bronzenen Beschlag und am runden Griff einen gemalten Kopf.

Sehmoke's Werke
Bandklub.

Der Maskenball in Brochnow's Ball-Sälen findet nicht am 25. Januar, sondern am 29. Februar statt. Bilets behalten Gültigkeit.

Große Betten 12 M.

(Chebet, Unterbeten, zwei Betten mit gereinigten neuen Federn bei Gustav Zukig, Berlin S., Brunnenschloß 46. Verlässliche bester. Diele Anerkennungs-schreiben.

Empfehle mein Weiss- u. Bayrisch-Bier-Lokal, Vereinszimmer, b. zu 20 Pers., mit Piano, für die ganze Woche frei.

W. Thielow, Lothringersstr. 112.

Masken-Garderobe

Otto Runge, Gr. Frankfurterstr. 75, empf. Auswahl von 2000 Kostümen in allen Preislagen. Empf. den geehrten Vereinen meine 18 verschiedenen Carnevals-Aufführungen. 2295b

Adlershof.

Bismarckstraße 16b,
habe ich ein Cigarrengeschäft verbunden mit Weinhandlung eröffnet.

Ich führe alle Sorten Cigarren, Cigaretten, Rauch-, Kan- und Schnupftabak prima Qualität, in allen Preislagen, aus den renommiertesten Fabriken.

— Eine in schöner Auswahl zu Original-Engrospreisen. 2294b

Bitte um geneigten Zuspruch.
A. Rittmeister.

Kleines Cigarrengeschäft für einz. Person, über 20 Jahre bestehend, sofort veräußert. Neue Grünstr. 15.

Kleiderspind, Wäschepind, Bettstellen, Federboden, Sopha, Sophatisch, Plüschgarnitur sofort billig Reichensbergerstr. 160, v. 1 Tr. I. 2254b

Strickwoll-Neste, Zephyr, Rockwolle zu Partiepreisen jetzt Holzmarktstr. 80, Hof links 1 Tr.

Unfallfaden, Klagen, Eingaben, Puzger, Steglitzerstr. 65.

Ferdinand Ewald's
Restauration
Schöneinstrasse No. 8.

Empfehle den geehrten Vereinen meine Spezialitäten zu Versammlungen. 2 Regelmäßig stehen zur Verfügung: ff. Weiß- und Baitisch-Bier.

4. Wahlkreis.

Todes-Anzeige.

Allen Parteigenossen hiermit die traurige Nachricht, daß unser langjähriger treuer Mitkämpfer, der Dreher

Friedrich Wengler

im Krankenhause Am Urban verstorben ist. Wir verlieren in dem Verstorbenen einen braven Genossen.

Ehro seinem Andenken.
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nach M. 3 1/2 Uhr, vom Krankenhause Am Urban nach dem St. Emmanuels-Kirchhof in Preigstatt und erfucht um zahlreiche Betheiligung.

Der Vertrauensmann.

Allen Freunden und Bekannten hiermit die betrübende Mitteilung, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Tischler

Aug. Gärtner

am Sonntag, den 19. d. M. plötzlich verstorben ist. Alle die ihn kannten, werden unseren Schmerz zu würdigen wissen. Die Beerdigung findet am 22. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Neuen Nixdorfer Kirchhof aus statt.

Frau Wittwe Gärtner nebst Kindern.

Nähe Ringbahn, Frankfurt Alee 16, 16a. Zum 1. April 1896 zu vermieten: 1 kleiner Laden. Vorderwohnungen: 2, 3 und 4 Zimmer, Bad, Erker, Balkon u. Hinterwohnungen: 1 u. 2 St., R., Cor. zc. St. mit Kochof. zc. Stall, Rem., gr. Lagerkeller. Näh. Baudureau daselbst.

Möbel u. Polsterwaaren, reelle Baare empf.

Franz Tutzauer,
Tischlermeister, 18961*

Berlin SW., Glückerstraße 14.

Butbuserstraße 26 *

gefunde, kleine Wohnungen per sofort, auch zum 1. April 1896 bill. zu verm.

Schöne gesunde Wohnungen, Stube, Korridor und Küche, 200 M., bis April ev. mietsfrei. 40889*

Charlottenburg, Goethestr. 68.

große und kleine Wohnungen, Gartenausicht, vorn Balkon, kein vis-à-vis, hinten mit Garten, auch ohne, billig. 12182b*

Schönhauser Alee 150, 1.

Möbl. Zimmer, sep., Theiln. zum 1. Februar gesucht. Stabenow, Markgrafenstr. 9, S. r. l. 2288b

Arbeitsmarkt.

Verfäbiger verlangt Admicalstr. 7.

Xylograph, tüchtig, sucht

H. Ahuert, Berlin SW., Mittenwalderstr. 25. 2291b

Tüchtige Schleifer für Glasbuchstaben werden verlangt bei

Eduard Wilhelm Heiß, 2291b
Marcussstr. 50.

Galanterietischler auf Schreibzeuge und Bureauartikel werden verlangt.

Adresse mit Angabe für wen bisher geliefert unter L. A. 314 an Rudolf Mosse, Prinzenstr. 41.

Verfäbiger für Leder- und Filz-Pantoffelfabrik sucht

Alex. Schwegler, Brunnenstr. 29. Meldungen 6-10 abends. 2289b

Tüchtiger Cinnäher

für Sandschuh-Nähmaschinen, der auch Zirkelnadeln, Hacken und Präzisions-Bestandtheile dazu selbständig herstellt, wird gegen hohen Lohn gesucht. H*

Offerte sub B. R. 130 an Haasonsteln & Vogler, A.-G. in Berlin.

Chemisettes. Schnurnäb. verl.

Adlerstr. 6, 2. Quergeb. 2301b

Ein Silberpreffer, nur solcher verlangt Sebastianstr. 20. 2295b

Goldleisten. 2296b

Tüchtige Balzer finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung Nöpnickerstr. 109a.

Tücht. Marmorfleischer verlangt

B. Prieß, Gr. Frankfurterstr. 125.

Fünf Tischler auf Bau werden gef.

Platz u. Eichholz, Friedrichsberg, Jungstraße 47. 2296b

Karton-Arbeiterinnen aus d. S. verl. Gutmann u. Meyer, Mendelssohnstraße 2.

Junger Buchbinder zum Pappenzuschneiden verl. Gutmann u. Meyer, Mendelssohnstr. 2.

Ein Modelleur

nur fertig und tüchtig in guten Barock, findet in einem besseren Verdauer Atelier Stellung. Angabe des bisherigen Wirkungskreises und Gehaltsanprüche erb. unt. O. J. 168 an Daanstein u. Vogler A.-G., in Dresden.

Die Lohnbewegung in der Berliner Konfektionsindustrie.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Konfektionsindustrie nahmen gestern in sechs außerordentlich gut besuchten öffentlichen Versammlungen endgültig Stellung zu der geplanten Lohnbewegung. Das für wirklich tiefgehende gewerkschaftliche Bewegungen charakteristische Merkmal, die Einigkeit der Massen, trat bei diesen Versammlungen deutlich zu Tage. Damit ist der im Solde des Kapitalismus hantierenden bürgerlichen Journalist das Argument entzogen, die Bewegung im Konfektionsgewerbe sei künstlich von den Zentralisten gemacht.

Außerordentlich stark besucht war die Versammlung für den Norden, die im Berliner Prater abgehalten wurde. Schon frühzeitig hatten aus dem Saal die Tische entfernt werden müssen, um den zufließenden Massen Raum zu schaffen. Die Mehrzahl waren Frauen. Das Referat hatte Pfeiffer. Als er das Glend der im Konfektionsgewerbe beschäftigten Arbeiterinnen schilderte, die infolge der Hungerlöhne das härteste Kontingent zur Prostitution stellen, brach ein großer Teil der Versammlungsbefucherinnen in Thränen aus. Nach dem außerordentlich wirkungsvollen Vortrag wurde die zum Schluß dieser Berichte abgedruckte Resolution einstimmig angenommen. In der Diskussion opponierte ein Herr Hirschfeld, früher Zwischenmeister und jetzt Meisterhändler, gegen die Ausführungen des Referenten. Nicht die Meister seien die Ursache der Lohnrückfälle, sondern lediglich die Frauen, die sich billig anbieten, wozu sie von ihren Männern, die nichts thun wollten, sondern auf der faulen Pörscherei lagen, in den Kneipen heranzuführen und sich von den Frauen ernähren ließen, veranlaßt würden. Im übrigen sei es so der Weltlauf und würde immer so sein, daß derjenige, der die Arbeit vergibt, den Lohn zu bestimmen hat und nicht derjenige, der sie verrichtet. Zum Schluß glaubte der Herr, nachdem er noch mit verschiedenen beleidigenden Ausfertigungen, wie „bezahlte Redner“ und dergleichen um sich geworfen hatte, der Versammlung dadurch einen Schreck einzujagen, daß er mit großer Wichtigkeit erklärte, die ganze Bewegung sei sozialistisch. Das Bureau hatte große Mühe, den Unwillen der Versammlung über dieses Gerücht zu beschwichtigen. Pfeiffer ließ dann dem Herrn Hirschfeld die entsprechende Belehrung zu theil werden. Zum Schluß seiner Ausführungen ersuchte Pfeiffer noch die Versammlungsbefucher, beim Einkauf die Geschäfte zu beachten, wo Betriebswerkstätten eingerichtet sind. Mit einem dreimaligen Brausenden Hoch auf die Bewegung wurde die Versammlung geschlossen. Eine große Zahl der Versammlungstheilnehmer ließ sich hierauf in den Verband aufnehmen.

Die zweite Versammlung für den Norden fand im Gaudel'schen Lokal in der Brunnenstraße statt. Der polizeilich wegen Ueberfüllung gesperrte Saal faßte gegen 600 Personen, unter denen das weibliche Geschlecht dominierte. In einem wirkungsvollen Vortrage begründete Schulz, Mitglied der Agitationskommission der Schneider, die bekannten, der Versammlung zur Begutachtung und Beschlußfassung vorliegenden Tarife. Dem Vortrage folgte eine lebhafte Diskussion, in der nur einzelne Anmerkungen an den Tarifen gemacht wurden. So wünschte Wiese mann, Vertreter der lokalen Richtung, daß auch für die Tagsschneider der Herren- und Knabenkonfektion ein Mindestwochenlohn von 27 M. gleich wie bei den Büglern festgelegt werde. In diesem Sinne sprachen sich noch mehrere Redner aus. Wiese mann erklärte bezüglich des Damentarifs die Forderung von 1,25 M. für das minderwertigste Jaquet, wofür jetzt 50 Pf. gezahlt würden, für gänzlich unannehmbar. Im allgemeinen sprachen sich indessen sonst alle Redner bis auf Kastrill, welcher einen Streik für aussichtslos erklärte, für die Tarife aus. Dieselben fanden auch schließlich die Zustimmung der Versammlung mit dem Untertrage Wiese mann's, den Tagsschneidern an stelle des vorgesehenen Stundenlohnes von 40 Pf. einen Wochenlohn von 27 M. tariflich festzusetzen. Ebenso wurde einstimmig die gemeinsame Resolution angenommen.

Die Schneider und Schneiderinnen des Ostens waren nach dem Keller'schen Lokal in der Kopenstraße berufen, um über die Forderungen zu beraten. Die Versammlung war äußerst zahlreich besucht; etwa 1200 Männer, Frauen und Mädchen füllten den großen Saal bis auf den letzten Platz. Ottilie Waader besprach unter lebhaftem Beifall in anschaulicher Weise die Entwicklungs der Arbeitsverhältnisse in der Konfektion, wobei sie namentlich das

Glend der Heimarbeiter und Arbeiterinnen schilderte, unter denen infolge der ungesunden Arbeitsverhältnisse, sowie der ungesunden Ernährung die verschiedensten Krankheiten, besonders die Schwindsucht, weit verbreitet seien; sie gedachte auch der ausgedehnten Kindersterblichkeit in diesen Arbeiterkreisen und kam zu dem Schluß, daß die in dem bekannten Lohntarif aufgestellten Forderungen durchaus gerecht seien, um so mehr, als namentlich die besseren Sachen die durch eine Lohnerhöhung verursachte Preissteigerung ganz gut tragen könnten. In der Diskussion stimmte Kaufmann Holz den Forderungen der Schneider und Schneiderinnen zu und billigte ihr Vorgehen. Er empfahl, mit den Unternehmern, die wohl mit sich reden lassen würden, persönlich zu verhandeln und warnte vor einem unüberlegten Streik. Schneider Kulicke und Frau Prohmann schilderten in längerem Neben die Verhältnisse in der Konfektionsbranche. Letztere trat unter anderem für die lebhafte Beteiligung der Frauen an allen öffentlichen Angelegenheiten ein. Nachdem Ottilie Waader gegenüber dem ersten Redner betont hatte, daß man nicht leichtfertig und unüberlegt in einen Streik eintreten, sondern zunächst eine gütliche Vereinbarung mit den Unternehmern versuchen werde, wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Das Konzerthaus Sanssouci erwies sich als viel zu klein, um die herzufließenden Scharen der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen des Süd-Ostens zu fassen. Bereits um 8 Uhr war polizeilich abgeschlossen, während die vor dem Lokal auf und ab wogenden Massen immer mehr anschwellten. In diesem Lokal referierte Timm. Er schilderte die blühende Entwicklung der Konfektion, brachte damit in Vergleich die jammervolle Lage der in dieser gewinnbringenden Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, bewies die Thatsache der krassen Ausbeutung dieser Armen durch eine Fülle amtlichen und sonstigen Materials, und gab dann einen Ueberblick über die Vorarbeiten, die im letzten Jahre gemacht wurden, um bessere Verhältnisse zu schaffen. Zum Schluß erörterte er die aufgestellten Forderungen einzeln und stellte den Entscheid darüber der Versammlung anheim. In der Diskussion bezeichnete Zwischenmeister Pflügge den Tarif für Damenkonfektion als zu hoch, den der Herren- und Knabenkonfektion dagegen für richtig. Der Preis von 7 M. für ein glattes Jaquet des besten Genüres sei nicht möglich (Nuse: Wird ja schon bezahlt — Sie haben keine Ahnung, wieviel Arbeit daran ist!), eine Arbeiterin könne ja 5 Stück die Woche anfertigen. (Großes Gelächter und Unruhe.) Nur mit Mühe und nach Unterstützung des Vorsitzenden gelangte es dem Redner, weiter zu sprechen; seine Ausführungen zeugten jedoch von so geringer Sachkenntnis, daß sie die größte Heiterkeit der Versammlung erregten. Einen ergreifenden Eindruck riefen die Schilderungen eines in der Konfektionsbranche thätigen Redners hervor. Kohlen wurden schon für 1 M. 50 Pf. pro Stück angekauft, und denke man, man erhalte am Rechnungstage sein Geld, so würden noch von der hiesigen Gesamtsumme 2 bis 3 M. abgezogen. Die Meister bringe heute nichts mehr ein; wer im Geschäft nicht gut „schmecken“ könne, bekomme keine Arbeit. Weiter schilderte der Redner die Zustände bei der Ausgabe und Abnahme der Arbeit und verlangte, daß auch hierin Abhilfe geschaffen würde. Frau Jaeger hält den Tarif für Damenkonfektion für nicht zu hoch; bei den erhöhten Ansprüchen könnten Arbeiterinnen von Jaquets zu 7 M. kaum 2 Stück die Woche fertigmachen; sie bezeichnet die Ausführungen des Herrn Pflügge als verständnislos und tritt für Durchführung der Tarife in der vorliegenden Fassung ein. (Stürmischer Beifall.) Alle weiteren Redner erklärten sich ebenfalls für Durchführung der aufgestellten Forderungen; die Arbeiter und Arbeiterinnen sollten geschlossen dafür eintreten, denn zu verlieren hätten sie absolut nichts. Darauf wurde die Resolution einstimmig angenommen und die Versammlung mit dreifachem Hoch auf die Bewegung geschlossen.

Für der Wedding und Gesundbrunnen wurde die Versammlung im früheren Kolberger Salon abgehalten. Hier waren schon um 8 Uhr Saal und Galerien dicht besetzt und immer noch strömten neue Massen hinzu. Referent war Ehr. Bohne. Lebhafter Beifall bezeugte die Uebereinstimmung des größten Theils der Versammelten mit seinen Ausführungen. Herr Abendroth warnte vor Eintritt in einen Streik (Nuse: Es ist ja noch nicht 'ran, ob wir streiken). Als er den Arbeiterinnen schwaches Denkvermögen vorwarf, weil sie sich der Tragweite ihrer Handlungsweise nicht bewußt seien, mußte er unter Schlußrufen abtreten. Herr Mattuschek erklärte es für eine Thorheit, von Ausnutzung der Arbeiterinnen

wichtigste, mächtigste Mann unserer Zeit. Er giebt der öffentlichen Meinung und Stimmung die Richtung von Tag zu Tag. Er bringt immer neues, pulsirendes Leben in die Gesellschaft. Er belebt jeden Einzelnen, indem er ihm Unterhaltung und damit Erholung gewährt. Er erzieht als Kritiker und veredelt den Geschmack. Es wird die nächste Stunde zur angenehmen und doch zur beschwerenden. Neues Lebensinteresse erfüllt uns, wenn die Zeitung kommt, Todesahnung beschleicht uns, wenn der Arzt kommt. — Brambach legte das Blatt bei Seite. „Ja, auch ich“, sagte Georgine, indem sie sich zum Fortgehen anschickte, „fühle eine tödtliche Unruhe, wenn ich daran denke, daß der Doktor unser Segner werden kann. Suche ihn zu gewinnen, schöne Clotilde, daß sie nicht durch ihn unsere Unthat erfährt, gib sie ihm.“ „Wie kommst Du plötzlich darauf: der Doktor liebe Clotilden?“ „Weil er gegen den Baron Eifersucht zeigt.“ „Weißt Du aber auch, daß Clotilde ihn liebt und nicht, wie ich glaube, den Baron?“ „Das wird sich morgen Mittag zeigen, wenn sie bei Tisch neben ihm sitzt.“ — Mit diesen Worten verließ Georgine das Zimmer. Brambach ging in sein Komptoir. Er suchte allmählich seine finanziellen Verhältnisse zu ordnen. Er erzählte jedem unter dem Siegel der Verschwiegenheit: durch die geheime Unterstützung sei es ihm möglich, zu zahlen, seinen Kredit wieder herzustellen und zu befestigen. Das böse Gerücht, welches über seinem Hause geschwebt wie eine schwarze Wolke, hatte sich etwas verzogen, war mehr zur Neklame für sein Geschäft und seinen Namen geworden, er hatte jetzt viel zu thun und konnte, wie er sagte, jetzt manchmal etwas draußgehen lassen. Er ging daher seltener zum Halben Sechser-Klub in das Weiße Hof, besuchte vielmehr seine Restaurants. Dort verzehrte er viel und gab ansehnliche Trinkgelder, wenn die Kellnerin ihn fleißig „Herr Kommerzienrath“ nannte. Er gefiel sich darin, mit Knopslochebändernten Herren und Hofmännern zu verkehren. Jedes, auch das geringste Equisitil unterzeichnete er nicht nur mit

zu sprechen (Lachen und Unruhe), er selbst müsse 12—16 Stunden arbeiten (Lachen). Die Tarife fand er zu hoch; eine Zulage von 50 Pf. bis 1 M. pro Stück werde für die Arbeiterinnen genügen (Protestrufe und unwilliges Gelächter). Weiter erklärte er: wir haben uns den Weltmarkt erzwungen durch billige Preise (Nuse: Auf Kosten der Knochen der Arbeiterinnen). Ferner wies er auf die große Konkurrenz der polnischen Arbeitskräfte hin, meinte auch, Berlin käme nicht allein in Betracht; er erkannte zwar die ungemein miserable Lage der Konfektionsarbeiterinnen an, rief ihnen jedoch, sich vorerst mit wenigem zu begnügen und mit weiteren Schritten bis zu einer anderen Zeit zu warten (Nuse: Bis wir verhungert sind!). Unter Gelächter und Protest mußte dieser Redner abtreten. Nachdem der Vorsitzende Witte die erregte Versammlung wieder beruhigt hatte, übernahm es Bohne und Witte, beide Vordredner unter lebhaften Zustimmungsbekundungen der Versammelten zu wiederlegen. Herr Funke fand den Tarif für Herrenkonfektion zu niedrig in Verhältnis zu dem der Damenkonfektion; er hielt die Bewegung der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen zwar für notwendig, rief letzteren aber, ihre Existenz zu bedenken (Lachen), und wandte sich dann „im Interesse der mitarbeitenden Arbeiterinnen“ gegen Errichtung von Betriebswerkstätten. (Nuse: Schluß, Schluß.) Dann rühmte er seine Gutherzigkeit, die seine Arbeiterinnen abgehalten habe, in die Versammlung zu kommen. (Lachen.) — Witte replizierte: Soeben geht mir die Mittheilung zu, daß Herr Funke seinen Arbeiterinnen bei Strafe der Entlassung verbot, heute Abend in eine Versammlung zu gehen. (Große Unruhe.) Herr Schmitt ermahnte zur Einigkeit, wenn die Tarife durchgesetzt werden sollen. Rowalski vernichtete das Kritizieren der Tarife von Nichtfachleuten und Frau Kohls wandte sich unter Gelächter und Schlußrufen der Versammlung ebenfalls gegen Errichtung von Betriebswerkstätten. Nach einem kernigen Schlußwort des Referenten verlangte die Versammlung Einführung der Tarife in der vorliegenden Fassung und stellte sich einstimmig auf den Boden der Resolution. Mit begeisterndem dreifachem Hoch auf die Bewegung in der Konfektion ging die imposante Versammlung auseinander.

Für die in Moabit wohnenden Kollegen und Kolleginnen war eine Versammlung nach Schmiedel's Salon einberufen. Auch hier war die Theilnahme recht gut. Das Referat hatte J. A. D. In eingehender Weise schilderte er die krassen Zustände der Konfektionsindustrie und gab die Wege zur Abhilfe an. Im Anschluß hieran unterbreitete er den Versammelten die aufgestellten Forderungen, zu welchen zustimmende Zwischenrufe laut wurden. Irgeendwelche Opposition machte sich nicht geltend und einstimmig stellten sich die Versammelten auf den Boden der Resolution.

Die von sämtlichen Versammlungen angenommene Resolution lautet:

„Um die elenden Zustände in der Konfektion in etwas zu heben, hält die Versammlung an den im vorigen Jahre auf den Konferenzen der Konfektionsarbeiter und -Arbeiterinnen zu Berlin und Genert aufgestellten Forderungen mit aller Energie fest, und beauftragt die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen, dieselben den Unternehmern, Händlern und Meistern zu unterbreiten.“

Ferner wird die Kommission beauftragt, mit den betreffenden über die aufgestellten Forderungen zu verhandeln und die Entscheidung bis zum 1. Februar entgegenzunehmen. Die Versammelten verpflichten sich, mit allen zu gebote stehenden, zulässigen Mitteln für die Verwirklichung der Forderungen einzutreten.“

Die als Ziel der Lohnbewegung aufgestellten Forderungen lauten nach dem Ergebnis der Versammlungen nunmehr wie folgt:

1. Anerkennung von festgesetzten Lohntarifen.
2. Errichtung von Betriebswerkstätten. Der Endtermin wird auf den 1. Februar 1896 festgesetzt.
3. Einsetzung einer Kommission zur Austragung etwaiger Streitigkeiten, welche zu gleichen Theilen aus Geschäftsinhabern oder deren Vertretern und aus Schneidern bestehen soll.
4. Eine anständige, eines Menschen würdige Behandlung.

„Kommerzienrath Brambach“, sondern er schrieb auch „Ritter des Rothen Adlerordens“ dazu.

Genie war er mit seinem Diener, dem neuen Hausburgen, Jean Barbo, ausgegangen und hatte in verschiedenen großen Geschäften Einkäufe gemacht.

Der Geburtstag seines Lieblings war morgen. Er hatte seiner Clotilde außer verschiedenen Kleinigkeiten ein schönes Kleid und einen Mantel, dazu einen kostbaren Pelzjacket gekauft.

Jean mußte die Pakete tragen. Er imponierte Brambach in seiner Dienstmütze nicht nur wegen seiner robusten Gestalt und dem schwarzen Vollbarte, sondern er hörte es gern, daß Jean bei jedem Nuse und Befehle sich „zu Befehl“ stellte und: „zu Befehl, Herr Kommerzienrath“ sagte.

Jean, dem ehemaligen Militär und Offiziersdiener war dies zur zweiten Natur geworden, allein er wendete das „zu Befehl“ um so häufiger an, weil er wohl wußte, daß dies sein Herr gern hörte.

Mit den Worten: „Tragen Sie jetzt die Pakete in mein Zimmer und holen Sie nach Dunkelwerden die Blumen, die ich ausgesucht habe“, verabschiedete ihn zuletzt Brambach, worauf Jean mit dem üblichen „zu Befehl“ Recht machte.

Clotilde war am Morgen ihres sechzehnten Geburtstages überglücklich. Der Geburtstaglich, von Georgine geschmackvoll arrangirt, glück einer kleinen Anstellung. So reichlich war er noch nie besetzt gewesen. Clotilde wurde nicht fertig mit Bewunderung, Lob und Dank. Sie legte eine so unendlich reine Freude an den Tag, daß dem ständhaftesten Elternpaare die Augen vor Thränen übergingen.

Auch Briefe und Gratulationen von ihren Freunden waren angekommen und ergötzen Clotilden. Besonders aber ein Brief war da, den sie nicht genug lesen konnte. Was ihr noch nie begegnete, hatte der heutige Tag gebracht. Sie war besungen worden durch ein Gedicht und zwar von einem Herrn.

(Fortsetzung folgt.)

35
Clotilde. (Nachdruck verboten.)
Roman aus der Gegenwart von
H. W. M. von Walthausen.
„Eben darum mühten wir ihn uns geneigt und verbindlich zum Hausfreund zu machen suchen.“
„Den Doktor Langenberg?“
„Ja. Er zeigt sich sehr gefällig.“
„Weil er Deine Einladungskarten ausfällt? Dir zu Konzerten Bilette bringt, wo Du Deinen Staat zeigen kannst.“
„Ja. Er hat uns auch schon in vornehme Familien eingeführt und dafür geforgt, daß ich und Clotilde eingeladen wurden, weil —“
„Run?“
„Weil er sich für Clotilde interessiert.“
„Georgine“, sagte aufspringend Brambach, „komm mir nicht damit!“ Er schritt hastig auf und ab.
Ein Mutterauge sieht scharf. Bemerkst Du nicht, daß er Clotilden allerhand Aufmerksamkeiten erzeigt, nur ihr zur Liebe mir gefällig ist?“
„Ich sage Dir, es ist Espionage. Ich gebe ihm mein Kind nicht. Ich selbst will Clotilde genießen, mich weiden an dem anmuthsvollen Wesen, an der keuschen Jungfräulichkeit und Jugendlust.“
„Und willst sie doch dem Baron in die Arme werfen?“
„Das ist etwas Anderes, wenn ich den Schwiegerjohn in der Hand habe, dann halte ich ihn und meine Tochter in der Nähe, um immer bei ihr zu sein.“
„Wenn nun aber Clotilde für den Doktor schwärmt?“
„Ah bah! Kindliche Verehrung ist doch nicht Liebe! Das verfliegt. Was habe ich von einem Doktor, der mir mein Kind wegführt und entfremdet, dabei aber täglich so und so viel Frauen nach dem Puls fühlt.“
„Und was hast Du von einem Zeitungsschreiber?“
„O, der liefert mir billig das Material, mit dem ich meine Zeitung fülle, von dem ich lebe.“ — und Brambach nahm die Beilage der „Landeszeitung“ zur Hand — „höre was Klügler darüber sagt: Der Zeitungsschreiber ist der

- Hohe Redensarten oder gar Handgreiflichkeiten (wie sie vorgekommen) müssen unterbleiben.
- Schnelle Abfertigung bei Empfangnahme und Abliefern von Arbeiten. Bei länger als einstündigem Warten wird pro Stunde 40 Pf. vergütet.
 - Mindestens wöchentliche Lohnzahlung am Schluss jeder Woche.
 - Anerkennung von Arbeitsnachweisen in Händen der Arbeiter.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 6-7 Uhr statt.

Gerecht. Vom Tage der Bestätigung des Erbes an. — **H. N. 5.** Eine Schadenersatzpflicht hat eine Dame, deren Tailleumdeln Anlass eines Kleiderunfalls beim Tanzen wurde, nicht. Wer sich in die Gefahr des Tauchbodens legt, hat selbst alle Schäden zu tragen, die ihm aus Mangel oder Uebelstand von Kleidungsstücken anderer zustoßen. — **H. N. 101.** Ta der

freireligiöse Kirchhof nicht einer politischen oder kirchlichen Gemeinde gehört, so hat über die Zulassung von Reden auf dem Kirchhof nur der Vorstand der freireligiösen Gemeinde zu befinden. Es giebt aber „Rechtsgrundsätze“, aus denen heraus eine Behörde vielleicht hier und da anderer Ansicht war. — **H. N. 31.** 1. Ihre Frau hattet für Ihre Schulden nicht. 2. Verjährung scheint vorzuliegen. 3. Amtsgericht Ihrer Wohnort. 4. Die Kosten richten sich nach der Höhe des Gegenstandes. 5. Unbestimmt. 6. Tauschen und Verzeihen des Vermögens Ihrer Frau. Ihre und Ihrer Frau Anwesenheit ist erforderlich. — **H. N. 27.** Nein. — **H. N. 48.** Ohne Einsicht in die Feuerversicherungs-Police nicht zu beantworten. — **H. N. 52**

6. Wahlkreis.

Freitag, 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Zwinemünder Gesellschaftshaus, Zwinemünderstr. 35:

Gr. Volksversammlung

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **W. Klees** (Magdeburg) über: Die Handwerkerfrage. 2. Diskussion.
Zur Deckung der Unkosten Zellerammlung.
Der Einberufer.

Deutscher Holzarbeiter-Verein.
(Zahlstelle Berlin.)
Vertrauensmänner-Versammlungen.

Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Thiel, Fruchtstr. 36a.
Sämtliche Vertrauensmänner und Kontrolleure des Bezirks haben unbedingt zu erscheinen; außerdem ist es erforderlich, daß sämtliche Werkstätten des Bezirks vertreten sind. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.
Wedding und Gesundbrunnen.

Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Holberger Salon, Holbergerstr. 23.
Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt.
Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Mörschel, Schönhauser Allee Nr. 28.
Zu dieser Vertrauensmänner-Versammlung werden die Mitglieder der Werkstatt-Kontrollkommission ersucht, sämtlich zu erscheinen.
Den Mitgliedern für Wedding und Gesundbrunnen zur Nachricht, daß in der Stettinerstrasse, Ecke Bellermannstrasse, eine neue Zahlstelle errichtet ist. Ferner werden die Mitglieder ersucht, die Sammlerliste Nr. 38 anzuhalten und an Helbig, Wolgasterstr. 3, abzuliefern.
80/15 **Die Ortsverwaltung.**

Uhrmacher.

Donnerstag, den 23. Januar 1896, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Pasch, Alte Jakobstr. 83:

Öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Die Vorschläge der Regierung zur Rettung des Handwerks und sind dieselben geeignet, eine Hebung der Lage der Uhrmacher herbeizuführen? Referent: **Otto Naether.**
2. Freie Diskussion.
3. Bericht des Vertrauensmannes und Nennwahl desselben.
4. Wahl eines Delegierten zur Gewerkschaftskommission.
Sämtliche Uhrmacher, Gehilfen wie Prinzipale, sind zu dieser Versammlung eingeladen.
Der Vertrauensmann der Uhrmacher.
Otto Naether, N., Ankamerstr. 44.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter

Berlin und Umgegend.
Heute, Mittwoch, den 22. Januar 1896, abends 8 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlung für den Norden

im „Victoria-Garten“, Bad-Str. 12.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Paul Littin** über „Florian Meyer“. 2. Diskussion.
3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Alle bei nachgenannten Firmen beschäftigten Kollegen werden gebeten, an der Versammlung teilzunehmen: Arnheim, Ade, Aktiengesellschaft vorm. Kappler, Küstermann, Roller, Sponholz & Wreda, Zimmermann & Buchloh, E de la Saucé & Kloss, König, Kücken & Co., Brest & Cie, Brettschneider & Krieger, Seehaus, Rudolf & Kühne, Betriebswerkstätte der Pferdebahn, Krauschütz feiner Pappritz, Uebowstr. 12, und G. Kroy, Uckerstr. 12.
Am zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.
112/15 **Der Vorstand.**

Zimmerer!

Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Cohn, Genthstr. 22 (großer Saal):

Öffentliche Versammlung der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
1. Die Arbeitsniederlegung der Zimmerer in den Baugeschäften von Radix und Pampeln.
2. Sonntag- und Ueberstundenarbeit auf der Gewerbe-Ausstellung.
Das Erscheinen sämtlicher Zimmerer, besonders der auf der Gewerbe-Ausstellung beschäftigten, ist notwendig.
Der Vertrauensmann der Berliner Zimmerleute.

Belle-Alliance-Theater.

Donnerstag, den 26. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Zum zweiten Male: 230/16

Die Räuber.

Tragödie in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.
Karl Moor . . . Mikschla Freyer a. Gast. | Anstie . . . Hedwig Margot.
Franz Moor . . . Julius Tark. | Schweizer . . . Ernst Clefeld a. Gast.
Rosinsky . . . Carl Wesselsky a. Gast.
Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Geschäften zu haben.

Rum

anerkannt gut, Literl. à 1,10, 1,60, 2,10 M., bei 5 Flaschen 10 Pf. billiger.
Glühwein-Extrakt, ausgezeichnet, Liter 1,20 M., 5 Liter 5,50 M.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, vorzüglich, Liter 1,20 M.
Medicin. Ungarwein, beste Qualität, Literflasche 2,10 M. [4184L*]
Cognac fine Champagne * à Fl. 3,50, ** à Fl. 4,50, *** à Fl. 5,50 M.
empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin

Eugen Neumann & Co.

6a Belle-Alliance-Platz 6a 81 Neue Friedrichstr. 81.
8 Oranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

Bilz' Naturheilkunde

Bestes Krankenbuch zur Selbstbehandlung einschl. Knochenkur.
Tausende aufgegebene Kranke wurden dadurch noch gerettet.
Ueber 1/4 Million Exemplare schon verkauft. Prämiiert 1800 Seiten, 350 Abb. Geb. 9.— M. durch Bilz' Verlag, Leipzig und alle Buchhandl.
Bilz, Naturheilkundest. Dresden-Radobenz, zu Winterkuren besonders geeignet. — Günstige Erfolge bei allen Krankheiten. — Prospekt frei.

Wir beehren uns ergebenst anzuzeigen, daß wir mit dem Ausstoß unseres besonders kräftig eingebrauten

Bock-Bieres

am 25. Januar ex. beginnen.
Fernsprecher: Amt III. Nr. 8063. 41758*
Johannisstr. 18/19.

Münchener Brauhaus Act.-Ges.

Pariser Schneider-Akademie

Berlin C., Handelscher Markt 5.
Größte und beste Hochschule für Damen, Knaben- u. Mädchen-Schneiderei. Unterricht von Damen an Damen nach weltberühmten, leicht faßlichen u. tabellosen sich garantirendem **Pariser System**.
Damen Schneiderinnen, welche sich die Zufriedenheit ihrer Kundinnen sichern wollen, sollten nicht versäumen, einen Schneidelaufkurs zu nehmen. Tages- und Abendkurse von 20 M. an, Anfang u. Mitte jeden Monats. Prospekt gratis. 41021.*
Die Direktion.

Außl. Zähne schmerzlos eingesetzt, feilschneid. Reparaturen sofort. Weniger Bemittelte Ermäßigung. **Kreslawski**, Spittelmarkt 13

Sehr billige Knaben-Anzüge, Paletot, Reiter zu Anzügen und einzelnen Hosen. Zuschneiden gratis. 42508*
Soffmann, Veteranenstr. 14.

66. Resterhandlung

66 billige Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an, bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Wintermänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt und Spitzen. 42509*
Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge. **66. Karle**, Waldemarstr. 66.

Sophaplüsch-Beute

in glatt, gepreßt und gewebten Qualitäten, auch echt Feiß und Moquet, enthaltend 6 bis 22 Meter, spottbillig! Muster franco!
Abgepaßte **Satteltaschen** sehr hochlegante billig.
Emil Lelevo, Berlin S., Oranienstr. 158.

Besserer Theaterverein wünscht Damen und Herren als Mitglieder. Sitzung j. Mittwoch im Märkischen Hof, Admstr. 18c. Näheres beim Dirkt. 22178

Deutscher Vortr.

Deffert u. Malzstr. 1. Ranges. **Branerei Burghalter**, Potsdam, gegr. 1736, besond. f. Diätarznei, Wafr. u. reichhaltige, köch. verinnerl. Melonvaler. etc. das leicht verdaulichste, nahrhaft. feinstg. Bier. Ist blutbild. u. d. h. best. Gesichtsfarbe u. Gewichtszunahme über. 14 Flaschen drei, 50 zehn Markt exll. In Gebinden 1/2, 1/4, 1/8 zum Selbstabzieh. wesentl. billiger.
Allein-Verandtsstelle Berlin u. Provinz: **Vortrerkellerei Ringle**, Berlin, Brunnenstr. 152. * Nicht die Flaschenanzahl, die Qualität entscheidet!

Teilzahlung. Monatl. v. 10 M. an liefert elegante Anzüge nach Maß **Temporowski**, Schneidermeister, Berlin C., Jüdenstr. 37, 1 Tr.

Nur mit Oswald Nier's

Hauptgeschäft Berlin
reinen, ungegypsten Natur-Tisch- u. Knochenweinen werden (besten Bereich ihrer Güte) in Frankreich solche

Wunderweine

hergestellt, wie:
Oswald Nier's Antigitzweln
durch Dufflot-Paris zubereitet (in 24 Stunden keine Licht noch arthritische, rheumal. Schmerzen mehr. Brochure bei mir gratis u. franco) und

Oswald Nier's Kraftweine
zubereitet durch **C. Voillard**, pharmacien, Paris mit Quinquina und orange amire steht weit über jedem Chiss.-Bitter, Vermouthweine etc.

Erregt Appetit, stärkt Reconvalescenten und Kranke! Vorzüglichste radicale Cur für Magenleiden! (Verl. Behanlung u. besch. Angestellte widerst.)

Preisconrant mit Preisrebus (500 Ltr. gratis) auf schriftlichen Wunsch, sowie für meine Kunden in allen meinen Geschäften gratis u. franco. erhältl.

Portièren

Restbestände
2 bis 8 Ecks, à 2,50, 3, 4, 0 bis 15 Mark.

Probe-Ecks bei näherer Angabe franco zu Diensten. mit Portièren-Bildungen gr. u. fr. **Toppich-Fabrik** **Emil Lefèvre**, Berlin S., Oranienstr. 158.

Gardinen auch Reste

zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in der Gardinenfabrik v. Bruno Güther, Grüner Weg 80, part. (kein Laden) Eingang vom Hür. 40078*

Auf Teilzahlung
Winterpaletots, Anzüge, Damenmäntel, Jaquets, Gardinen, Teppiche, Möbel, Betten etc. bei **L. Silberstein**, 41528*
Rosenthalerstr. 49, 1.

Adrejbuch 1895 2 Bde. nur 2,50 M. **Lederer**, Knipstr. 37

Bitte unterschreiben, anschnneiden und einsenden, sonst Versand nur gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Betrags.

An die Stahlwaaren- und Waffenfabrik **C. W. Engels in Graefrath bei Solingen.**

Unterzeichneter Abonnent des „Vorwärts“ ersucht um Zusendung eines Probe-Rasiermessers wie Zeichnung mit schwarzem Gest

Nur 1 Mk. 50 Pf. per Stück. Magnetisch.



Nr. 53, fein höfgeschliffen, von prima magnetischem englischen Silberstahl, abgezogen, zum Gebrauch bereit, und verpflichtet sich, das Messer innerhalb 8 Tagen zu retournieren oder den Betrag dafür einzusenden.

Ort und Datum (recht deutlich):

Erstes und einziges wirkliches Fabrik-Geschäft am Plage, welches, außer an Großisten und Detailisten, auch direkt an Private versendet und zwar alles zu Fabrik-Preisen.

Auf Wunsch sämtliche Rasir- und Taschenmesser sowie Scheeren etc. ohne Preisserhöhung magnetisch.

Illustriertes Preisbuch meiner sämtlichen Fabrikate versende ich umsonst und portofrei.